Quittung für Jahre der Misswirtschaft S. 7

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 15 – 16. April 2011

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Traum oder Albtraum: Windräder so weit das Auge reicht – hat Schleswig-Holstein schon seit Jahren zu bieten. Bild: pa

Fragwürdiges Paradies

Die Energiewende wird auch gegen den Widerstand der Bürger durchgesetzt

Vielfältige Probleme drücken unser Land, für die die Politik keine Lösungen parat hat. Da trifft es sich gut, dass die Atomdebatte die Gelegenheit bietet, den Bürgern durch populistische Maßnahmen Problemlösungskompetenz vorzugaukeln.

Seit mit der Energiewende Mitte März neun deutsche Atommeiler vom Netz sind, wird Strom vermehrt im Ausland eingekauft. Dabei handelt es sich nicht etwa um Öko-Strom, sondern um Energie aus französischen und tschechischen Kernkraftwerken. Und die stehen auch noch gleich hinter der Grenze. Der Grund ist einfach: Anders als von den Politikern aller Parteien in den letzten Wochen immer wieder suggeriert, wollen die Deutschen vor allem billigen Strom, unabhängig davon, wer ihn produziert. Und die billigste Energie kommt nun einmal aus Kernkraftwerken. Dafür liegen jetzt heimische Kohle- und Gaskraftwerke still, denn die produzieren zu teuer. Bei Umfragen erklären 80 Prozent der Befragten, Strom aus Wind und Sonne beziehen zu wollen. Das erweist sich aber als bloßes Lippenbekenntnis. Wären die Atomangst und das Umweltbewusstsein wirklich so ausgeprägt, hätte eigentlich schon längst eine Massenabwanderung der Stromkunden einsetzen müssen: Weg von den auf Atomkraft, Kohle und Gas setzenden Branchenriesen hin zu den kleineren Energieversorgern, die mit Öko-Strom Werbung machen. Dem ist aber nicht so.

> Kein hehres Ziel ist der Politik zu ambitioniert

Freie Bahn für „saubere“ Energie – so könnte das Motto von Politikern und der Öko-Branche lauten. Kein anderes Industrieland hat eine so radikale Energiewende vollzogen. So, wie die Politik einst mit der Vision von einer sauberen und grenzenlos verfügbaren Energiequelle für die Kernkraft warb, versucht sie heute, die Menschen von einer Zukunft ohne fossile und nukleare Energien zu überzeugen. Bayerns Umweltminister Markus Söder (CSU), dessen Bundesland bei der Windenergie heute auf dem letzten Platz rangiert, will hier gar an die Spitze. Ein Gewinner dieser staatlich verordneten Öko-Revolution steht in jedem Fall bereits fest: die erneuerbaren Energien. Björn Klusmann, Geschäftsführer des Branchenverbandes BEE, verspricht „riesige Leistungsreserven“ bei den alternativen Energien, die bis 2020 die Leistung aller deutschen Atomkraftwerke ersetzen und die Hälfte des gesamten deutschen Stromverbrauchs decken könnten. Diese Zusage dürfte seiner Branche einen kräftigen Innovations- und Investitionsschub bescheren. Den Preis würden wir alle zahlen müssen. Nicht nur finanziell, sondern auch mit einem Land, das durch riesige Windparks, Solarfelder, Stromtrassen und Biokraftwerken verschandelt und in eine einzige Energiefabrik verwandelt wäre. Viele Bürger würden das aber nicht hinnehmen. Daher sollen ihre Einspruchs- und Mitwirkungsrechte beschnitten und die Energiewende auch gegen den Widerstand von Bürgerinitiativen umgesetzt werden.

Wer das verlockende Bild vom solaren Paradies zeichnet, muss alle Folgen nennen. *Jan Heitmann*

Wilhelm v. Gottberg:

Versailles

Nach der Vereinigung der Altbundesrepublik mit der DDR am 3. Oktober 1990 begannen die Verhandlungen zur Schaffung einer europäischen Währungsunion. Kanzler Kohl gab dem Drängen Frankreichs nach, die Deutsche Mark zugunsten der europäischen Gemeinschaftswährung Euro aufzugeben. Mit dem Vertrag von Maastricht 1992 erlangte dieses Vorhaben Gesetzeskraft. Deutschland war bemüht, der neugegründeten Europäischen Zentralbank (EZB) die erforderlichen gesetzlichen Instrumente für eine unabhängige Stabilitätspolitik an die Hand zu geben. Fachleute sahen damals schon das Scheitern aller Stabilitätsbemühungen voraus, weil man sich – bis heute hin – nicht auf eine gemeinsame Steuer- und Sozialpolitik einigen konnte. Französische Pressestimmen kommentierten das Maastricht-Abkommen mit den Worten „Maastricht ist Versailles ohne Krieg“.

Es gibt nichts zu deuteln, die deutsche Bringschuld am Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) bedeutet, dass Deutschland schlimmstenfalls mit 212 Milliarden Euro für die Schulden anderer Euro-Länder einzustehen hat. Diese Summe übersteigt die Wiedergutmachungszahlungen, die unserem Land aufgrund des Versailler Diktatfriedens auferlegt wurden. Wo blieb der Protest des Parlaments, der Opposition, der Ministerriege? Nur drei Aufrechte – Peter Gauweiler (CSU), Klaus-Peter Willsch (CDU) und Frank Schäffler (FDP) – gaben ihren Widerspruch zur finanziellen Ausplünderung Deutschlands zu Protokoll. Deutschland wurde zum willfährigen Dienstboten für Pleitestaaten gemacht. Geschichtsbewussten wird die Assoziation zum 24. März 1933 in den Sinn kommen.

Direkter Griff in die Tasche

EU-Kommissar hält an Plan zu europäischer Steuer fest

Das deutliche Nein aus den Hauptstädten der EU scheint der Brüsseler Finanzkommissar Janusz Lewandowski geflissentlich zu überhören. Obwohl die Mehrheit der Geberländer des europäischen Haushalts eine eigene EU-Steuer kategorisch ablehnt, plant er weiter den direkten Griff in die Tasche der Bürger. Nach seinem Willen soll künftig ein Teil des EU-Haushalts unmittelbar über europäische Steuern mit einem Volumen von „zunächst“ 40 Milliarden Euro jährlich finanziert werden.

Bisher werden knapp 90 Prozent des EU-Budgets in Höhe von etwa 120 Milliarden Euro von den Mitgliedsstaaten überwiesen. Der Rest kommt durch einen festen Anteil an der Mehrwertsteuer und sogenannte Eigenmittel zusammen, die über Zölle auf Handelsgeschäfte eingenommen werden. Lewandowski, der dem EU-Rat und dem Parlament ein Konzept zur langfristigen Gestaltung des Finanzrahmens der Gemeinschaft vorlegen soll, will durch die EU-Steuer nach eigenen Worten nicht mehr Geld einnehmen, sondern „nur die Proportionen des Haushalts verändern“. Im Klartext heisst das, dass zukünftig in allen Mitgliedsländern auf bestimmte Waren und Dienstleistungen Steuern erhoben und direkt nach Brüssel abgeführt werden sollen. Dafür dürfen die Länder dann anteilig weniger überweisen.

> Zahlen sollen die Verbraucher

Obwohl der polnische Ökonom selbst kein vorbehaltloser Anhänger einer EU-Steuer ist, hält er deren „Machbarkeit und Nachhaltigkeit“ für erwiesen. Nun gehe es darum, sie politisch durchzusetzen. Dass dies nicht leicht wird, gibt er selbst zu. Deshalb will Lewandowski jetzt mit der Bundesregierung – also dem mit rund 21 Milliarden Euro brutto jährlich größten Beitragszahler – klären, was den Bürgern zu vermitteln ist. Im Juni will er sein Konzept zur Umstrukturierung der EU-Finanzen vorlegen. *J.H.*

Berlin knickt ein

Libyen: Bundeswehr wird doch eingesetzt – »Humanitärer Einsatz«

Es waren nur ganz wenige, unter anderem auch diese Zeitung, die vor dem militärischen Eingreifen der Westmächte und der Nato in den libyschen Bürgerkrieg gewarnt hatten. Die drei westlichen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges schlugen ohne Abstimmung mit dem Nato-Bündnis am 19. März militärisch zugunsten der Aufständischen in Libyen los. Zwölf Tage später übernahm die Nato die Organisation und Verantwortung für den Feldzug gegen Gaddafi. Das Land wurde mit moderner Militärtechnik, Marschflugkörpern und Bomben schwer in Mitleidenschaft gezogen. Unter diesen Bedingungen wurde ein schnelles Ende der Gaddafi-Regierung erwartet. Eine Illusion!

Die Bundesregierung hatte gute Gründe, der Entschließung 1973 des Weltsicherheitsrates zum militärischen Eingreifen in Libyen nicht zuzustimmen. Der Fortgang des Konflikts hat ihre Bedenken voll bestätigt. Leider ist die deutsche Regierung aufgrund der massiven innerdeutschen Kritik an ihrem Verhalten eingeknickt. Sie erhöhte ein wenig das deutsche Engagement in Afghanistan, um somit die Partner indirekt in Libyen zu unterstützen. Eine Unterstützung gewissermaßen über Bande.

> Auch der Einsatz in Afghanistan begann so

Nun signalisiert die Regierung Zustimmung zu einem Bundeswehreinsatz „zu humanitären Zwecken“ in Libyen. Dazu erbettelte man geradezu eine Aufforderung der Uno zu einer Aktion, um Libyen zu helfen. Die Opposition hat schon Zustimmung signalisiert. Wir kennen das. Der Krieg in Afghanistan wurde jahrelang als Stabilisierungseinsatz beschönigt. Nun soll also die Bundeswehr der Humanität wegen nach Libyen. Mit „robustem Mandat“. Eine abenteuerliche Wendepolitik. *W. v. G.*

MELDUNGEN

Teure Schulabbrecher

Berlin – Jährlich starten in Deutschland 150000 junge Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung in das Berufsleben. Das kostet den Staat Milliarden. Laut Professorin Jutta Allmendinger vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) kommen auf die öffentlichen Haushalte Belastungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro pro Jahrgang zu, wenn es nicht gelingt, diese Zahl wenigstens zu halbieren. Es sind vor allem die Einnahmeverluste aufgrund geringerer Lohnsteuer-Zahlungen, Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sowie Ausgaben für Arbeitslosengeld, die den Staat teuer zu stehen kommen. *MRK*

Razzia gegen Linksextreme

Dresden – Etwa 400 Einsatzkräfte der Polizei durchsuchten vergangenen Dienstag Wohnungen in Dresden und Umgebung. Die Ermittlungen richteten sich gegen 16 Männer und Frauen wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung. Sie sollen gewaltsame Angriffe auf Rechtsextremisten verübt haben, die sie gezielt und mit äußerster Brutalität ausführten. Mit Faustschlägen und Fußtritten sollen sie ihre Opfer traktiert haben, die zum Teil mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus kamen. *MRK*

Hinweis wegen PAZ im Internet

Hamburg – Einige *PAZ*-Leser konnten sich leider nicht auf die neue *PAZ*-Internetseite einwählen. Dieses Problem betrifft offenbar aber nur Leser, die über ihre Favoriten die *PAZ*-Seite aufrufen. Daher bitte einmal völlig neu www.preussische-allgemeine.de oder www. ostpreussen.de eingeben und neu als Favorit speichern. Danke! *Bel*

Die Schulden-Uhr: Teure Wende

Egal, welche politische Farbe gerade Mode ist, unsere Schuldenuhr muss aufhören, ständig weiter zu laufen“, mahnt Reiner Holznagel, Vizepräsident des Bundes der Steuerzahler. Er weist darauf hin, dass außer den höheren Strompreisen, die die Verbraucher auf die inzwischen von allen Parteien angestrebt Energiewende auch noch andere Kosten hinzukommen. Denn der Wegfall der Einnahmen aus der Brennelementesteuer und mögliche Schadensersatzforderungen der Kraftwerksbetreiber könnten auch den Haushalt des Bundes belasten. Zudem wird diskutiert, ob der Bund den für die Energiewende schneller notwendig werdenden Ausbau der Erneuerbaren Energien durch staatliche Fördergelder zusätzlich subventioniert. Auch hierfür müsse das Geld irgendwo herkommen, so Holznagel. Schulden kämen aber nicht infrage. *Bel*

1.945.977.948.810 €

Vorwoche: 1.944.598.285.748 €
Verschuldung pro Kopf: 23819 €
Vorwoche: 23802 €

(Dienstag, 12. April 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Mit in die Tiefe gerissen

Deutschland will den Euro retten, doch Experten schätzen die Chancen auf Erfolg gering

Für viele Fachleute führt die jetzige Euro-Rettung eher zu einer Schwächung statt zu einer Stärkung Europas. Die Anspruchshaltung der Nehmerländer, die Nachgiebigkeit der Geberländer, allen voran Deutschland, und der Mangel an festen ökonomischen Richtlinien können ihrer Meinung nach nur in einem Scheitern der Euro-Rettung münden.

Die Warnungen namhafter Finanz- und Wirtschaftswissenschaftler vor der stark umstrittenen Euro-Stabilitätspolitik in der Eurozone sind unüberhörbar geworden. Die währungspolitischen Beschlüsse der Regierungen, der Europäische Zentralbank (EZB) und der EU-Kommission laufen den Beinahe-Pleiten der überschuldeten Eurostaaten Griechenland, Irland und Portugal hinterher. Diese Staaten sind nun Kostgänger der EU-Transferunion geworden. Es scheint nur eine Frage der Zeit zu sein, dass weitere marode Eurostaaten Hilfe benötigen. Die Politik in Deutschland – das gilt für die Regierung wie für die Opposition – informiert die Menschen absolut ungenügend über die eingetretenen währungspolitischen Risiken.

Hans-Werner Sinn, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität in München und Präsident des angesehenen ifo-Institutes (Institut für Wirtschaftsforschung), schreibt in einem Gastbeitrag für die „Süddeutsche Zeitung“: Die Bundeskanzlerin habe nun der Öffentlichkeit mitgeteilt, dass mit dem Abkommen über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) die Gemeinschaftswährung Euro dauerhaft stabilisiert sei. Davon könne überhaupt keine Rede sein. Das Rettungssystem sei vielmehr eine tickende Zeitbombe, deren Sprengkraft selbst die schlimmsten Ahnungen der Öffentlichkeit übersteige. Das ESM-Abkommen rette den Euro nicht, aber es laste Deutschland ungeheure Risiken auf.

Blenden wir zurück: Ursprünglich galt für die Bundesregierung, dass kein Land in der Euro-Zone für die Schulden eines anderen Eurolandes aufkommen müsse. Heute ist die Euro-Zone eine Transferunion zur Verschiebung von Schulden. Im Juli 2010 verkündete der deutsche Finanzminister, dass die Rettungsschirme 2013 auslaufen, weil man das so vereinbart habe. Heute haben wir das dauerhaft installierte ESM-Abkommen.

Prof. Sinn beendet seinen Gastbeitrag mit folgenden Aussagen: „Leider hat es Deutschland versäumt, eindeutige Kreditbedingungen in Form einer klar definierten und rechtsverbindlichen Krisenprozedur auszuhandeln, bevor es sich verpflichtete, die verlangten Bürgschaften zur Verfügung zu stellen. Eine solche Prozedur hätte den Übergang von einer bloßen Insolvenzkrise mit großzügigen Hilfen in den Zustand der drohenden Insolvenz mit einer zwingenden Beteiligung der Gläubiger, bei den jeweils fällig werdenden Staatsanleihen bis hin zur vollen Insolvenz, mit einem umfassenden Schuldenmoratorium festlegen müssen. Nicht die weitere Öffnung des Geldhahns, sondern allein eine Prozedur, die seine allmähliche kontrollierte Schließung sicherstellt, kann Europa jetzt noch retten. Der Pakt für den Euro und der sogenannte Europäische Stabilitätsmechanismus aber schwächen den Euro, unterminieren den Zusammenhalt Europas und gefährden das europäische Einigungswerk.“



„Gefühlte Euro-Rettung“: Viele Deutsche haben den Eindruck, dass Angela Merkel allzu leichtfertig deutsche Milliarden für die Euro-Rettungschirme bereitstellt. Bild: Bildagentur Huber/Smetek

Prof. Ulrich Blum, Leiter des Wirtschaftsinstitutes in Halle und Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaft an der Universität Halle, kritisierte in einem Interview mit dem „Deutschlandfunk“ die „Rettungsschirmpolitik“ für den Euro hart. Allen Zentralbanken sei es schon immer streng verboten gewesen, Schuldpapiere anderer Länder aufzukaufen. Die EZB habe dies leider im großen Umfang getan. Jeder Fachkundige wisse, dass Griechenland auch zukünftig seine Schulden nicht zurückzahlen könne. Griechenland habe Minuswachstum, um Schulden zu tilgen, sei Wirtschaftswachstum erforderlich. Blum empfahl, dringend für die Euro-Zone Richtlinien für eine geordnete Staatsinsolvenz zu erarbeiten.

Prof. Wilhelm Hankel, der frühe Leiter der Währungsabteilung im Bundeswirtschaftsministerium, schreibt bezüglich der Einrichtung des Stabilitätsfonds: „Der Rettungsschirm rettet weder den Euro noch die Bankrottstaaten vor den Folgen ihrer Misswirtschaft. Es werden nicht die Fast-Pleitestaaten entschuldet, sondern deren Geldgeber: Banken, Fonds und Versicherungen ... Der Finanzminister bekundet, dass ihm nicht die Stabilität der Staatsfinanzen am Herzen liegt, sondern Europa. Eines lässt sich jetzt nicht mehr gebetsmühlenhaft behaupten: Deutschland profitiere vom Euro. Jetzt sieht jeder, dass und wie er Deutschland ruiniert: Wie ein Ertrinkender, der den Retter in die Tiefe reißt.“ *Wilhelm v. Gottberg*

Nordelbische Kirche: Männer unerwünscht

Männer sollen bei der nächsten Bischofswahl in der lutherischen Nordelbischen Kirche (NEK) von Hamburg keine Chance haben. Der Bischofswahlausschuss unter Leitung von Landesbischof Gerhard Ulrich schlug zwei Frauen als Nachfolger von Maria Jepsen vor, die wegen der Vertuschung eines Missbrauchsskandals von ihrem Amt vor einem Jahr zurückgetreten war.

Hinter dieser „Richtungsentscheidung“ stehe die „Gender-Kontinuität“, hieß es aus dem Wahlausschuss. Maria Jepsen war 1992 zur weltweit ersten lutherischen Bischöfin gewählt worden. Derzeit gibt es mit Ilse Junkermann (Ev. Kirche Mitteldeutschland) nur eine Frau im Amt eines Landesbischofs.

> »Gender-Kontinuität« soll bewahrt werden

Im Vorfeld der Kandidatensuche zeigte sich, dass der evangelische Bischofsposten von Hamburg, der durch die jüngste Kirchenreform zu einem Regionalbischof zurückgestuft wurde, als relativ unattraktiv gilt. Mehrere potenzielle Kandidaten sagten ab. Nun werden am 17. Juni die Hamburger Pröpstin Kirsten Fehrs (49) und die EKD-Kulturbeauftragte Petra Bahr (44) kandidieren.

Fehrs ist gremienerfahren und gilt als „mit allen Reformwassern gewaschen“. Sie will die Kirche zu einem „Begegnungsort der Menschen“ machen. Bahr verfügt über relativ wenig kirchliche Erfahrungen auf Gemeindeebene und will das „Gespräch mit den Muslimen suchen“.

Kritiker der Kandidatinnen bemängeln, dass beide keine Konzepte für den Mitgliederrückgang der NEK vorgelegt hätten. Sie verlor in den letzten 30 Jahren eine Million ihrer ehemals drei Millionen Mitglieder. *Hinrich E. Bues*

Sonderfall Syrien

Baschar al-Asad: Ein Feind, dessen Sturz Israel schmerzen würde

Die Unruhen in arabischen Ländern gehen mit unterschiedlicher Intensität weiter. Syrien ist hier ein Sonderfall, denn es ist das einzige arabische Land mit engen Beziehungen zum Iran und das einzige, in dem eine sunnitische Mehrheit von Nicht-Sunniten dominiert wird: Die Alewiten sind eine schiitische Abspaltung, lehnen allerdings die Scharia ab und sind so liberal, dass sie von den meisten Muslimen gar nicht als Muslime angesehen werden. Die von der Baath-Partei getragene Staatsideologie ist zudem – wie einst im Ägypten Gamal Abd-el-Nassers und im Irak Saddam Husseins – säkular, panarabisch und „sozialistisch“.

Anders als in Tunesien und Ägypten richteten sich die Unruhen bisher auch kaum gegen den Präsidenten Baschar al-Asad selbst, der es zusammen mit seiner Gattin verstanden hat, dem Regime ein fortschrittlicheres Gesicht zu geben und dessen Reformversprechungen (noch) eine gewisse Glaubwürdigkeit haben. Die Proteste richten sich vielmehr gegen die Korruption im Allgemeinen und gegen die vielen lokalen Missstände.

Extremfall ist Deraa in der südwestlichen Ecke Syriens, wo über hundert Tote zu beklagen sind. Der von Al-Asad mittlerweile abgesetzte Gouverneur war nicht zuletzt deswegen so verhasst, weil er wegen einer langen Dürre die Wasserzuteilungen an die Bauern drosselte – der Zugang zum See Genezareth ist ja wegen der israelischen Besetzung des Golan versperrt.

> Das islamische Land gilt als eher säkular

Ebenfalls anders als in Tunesien und Ägypten scheinen Armee, Polizei, Geheimdienste und Verwaltung voll hinter Al-Asad zu stehen. Beobachter sind sich einig, dass ein Regimewechsel sehr blutig sein würde und dass allein der strikte Säkularismus des Baath-Regimes einen religiösen Bürgerkrieg verhindert. Denn es gibt eine Vielzahl meist abstammungsmäßig definierter Konfessionen, darunter 15 Prozent Christen, die wie in Irak und Ägypten am meisten leiden würden. Eine Million irakischer Flüchtlinge in Syrien sind Anschauungsunterricht genug.

Trotzdem sah sich Al-Asad bereits zu gewissen Zugeständnissen an konservativ Religiöse veranlasst: Das einzige Kasino wurde geschlossen, und das erst im Vorjahr verhängte Gesichtsschleierverbot für Lehrerinnen wurde aufgehoben. Auch wurden 300000 aus der Türkei stammende, bisher staatenlose Kurden eingebürgert, was bei der kurdischen Minderheit (etwa zehn Prozent) gut ankommt. Weitere Konzessionen verschiedener Art werden erwartet.

Für die USA geht es zwar nicht ums Öl, denn Syrien wird etwa ab 2020 bereits Netto-Importeur sein, wohl aber um Israel. Und in Israel selbst ist man im Dilemma: Einerseits gilt das Baath-Regime als erbitterter Feind und gewährt der libanesischen Hisbollah logistische Unterstützung. Andererseits sorgte Al-Asad wie zuvor sein Vater dafür, dass es seit dem Oktoberkrieg 1973 zu keiner direkten Konfrontation mehr kam. Ein Bürgerkrieg in Syrien würde daher auch für Israel einige Risiken bringen. *R. G. Kerschhofer*

Pure Agitation

Kaczynski hetzt gegen Schlesier

Jaroslaw Kaczynski, ehemaliger polnischer Ministerpräsident (2006/07), gescheiterter Präsidentschaftskandidat (2010) und langjähriger Vorsitzender der rechtspopulistischen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PIS), wittert erneut eine Verschwörung und natürlich hat sie etwas mit Deutschland und den Deutschen zu tun, dem Lieblingsobjekt seiner vorurteilsbelasteten Weltsicht. Diesmal nimmt er die seit vielen Jahren vor allem in der Wojwodschaft Kattowitz aktive schlesische Autonomiebewegung aufs Korn. Diese operiere subkutan gegen Polens Einheit und diene deutschen Interessen. Das „Schlesier-Tum“ sei eine Art, sich vom Polentum zu distanzieren. Besonders verwerflich sei es, dass die Autonomiebewegung zur Rechtfertigung ihrer Anliegen auf die kaschubischen Wurzeln des für Kaczynski sowieso unpolnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk verweise, der diese ja auch nicht verleugne.

> »Fünfte Kolonne« wird beschworen

Sogar in der polnischen Rechtspresse ist man peinlich berührt, dass sich jetzt schon abzeichne, Kaczynski werde wohl auch in zukünftigen Wahlkämpfen wieder mit antideutscher Hetze zu punkten versuchen. Die „Polska“ schreibt: „Ich dachte, es ist heute schwer, eine Diskussion darüber zu entfachen, wer der bessere und wer der schlechtere Pole ist. Kaczynski ist das gelungen. ... Er zeigt eine archaische Denkweise, die leider ein Beleg dafür ist, dass er die Wirklichkeit nicht begreift“.

Hier wird vom PIS-Vorsitzenden das Gespenst einer deutschen „fünften Kolonne“ unter falscher (schlesischer) Flagge beschworen. Damit diffamiert Kaczynski die Angehörigen der deutschen Minderheit in Polen, die bisher immer in großer Loyalität zu ihrem Wohnsitzland gestanden haben. Zur Erinnerung: Bei der letzten Volkszählung bekannten sich in den Regionen Kattowitz und Oppeln rund 140000 als Deutsche, 173000 als Schlesier; in Oppeln blieb die Nationalität von 62000 Gezählten „unbekannt“. Unstrittig ist, dass es immer sowohl deutsch- als auch polnischgesinnte Schlesier gab und auch viele, die sich von keiner der beiden Seiten vereinnahmen lassen mögen. *Leo Schellong*

Nachhilfe in DDR-Unrecht verweigert

Von VERA LENGSFELD

Es war eine ganz besondere Veranstaltung, die Anfang April im Plenarsaal des Berliner Abgeordnetenhauses stattfand. Auf Einladung des Parlamentspräsidenten Walter Momper führten 15 ehemalige Stasi-Häftlinge ein Stück des Hans-Otto-Theaters auf, das aus ihren Erlebnissen während der Haft entstanden war. Lea Rosh, von der die Idee zu diesem Unternehmen stammt, konnte während ihrer Begrüßungsrede darauf verweisen, dass es sich um die 31. Vorstellung handelte.

Ursprünglich waren nur drei geplant. Außer in Potsdam war das Stück in Heidelberg, Düsseldorf, Chemnitz, Leipzig, Frankfurt und nun eben auch in Berlin zu sehen. Das Plenum war bis auf den letzten Platz gefüllt, selbst die Zuschauertribüne hatte kaum noch Raum zu bieten. Für die Darbietenden war es eine besondere Herausforderung, mitten unter den Zuschauern zu spielen, keine Rückzugsmöglichkeit in den Spielpausen zu haben. Wie sich herausstellte, erhöhte das die Intensität des Stückes.

Von der Verhaftung, dem Transport, der Einlieferung ins Gefängnis, dem Alltag in der Isolationshaft bis hin zum Verhör, dem Prozess, dem Strafvollzug und schließlich der Entlassung erfuhren die Besucher zahlreiche unter die Haut gehende Einzelheiten des Schicksals politischer Häftlinge in der DDR. Der älteste Darsteller, 83 Jahre alt, der acht Jahre Haft in den 50er Jahren verbüßt hatte, konnte wegen eines Schlaganfalls nicht mehr mitmachen. Sein Part wurde auf der Leinwand eingespielt. Als der alte Mann am Ende seines Monologs ein Shakespeare-Sonett, das er sich während seiner Haft hunderte Male vorgesprochen hatte, rezitierte, gab es spontanen Zwischenapplaus für den Abwesenden. Ansonsten konnte man die berühmte Stecknadel zu Boden fallen hören. So aufmerksam ist in diesem Raum selten zugehört worden.

Am Ende wurden die Darsteller mit viel Beifall bedacht. Leider waren nur sehr wenige Abgeordnete unter den Zuschauern. CDU und SPD brachten es auf jeweils drei, die Grünen auf zwei, die Linke auf einen, die FDP glänzte durch Abwesenheit. Das war peinlich für die Volksvertreter, denen etwas Nachhilfe in Sachen DDR-Unrecht nicht geschadet hätte. Wenigstens wurde dem Abgeordneten der Linken, der sich während der Vorstellung demonstrativ lässig auf seinen Sitz gefläzt und auch mal gegähnt hatte, von den Zuschauern anschließend heftig die Meinung gesagt. Er zog es dann vor, laut vor sich hin pfeifend, den anschließenden Empfang zügig zu verlassen. Was keine schlechte Idee war, denn auf ein Abtreten der Linken müssen wir schon viel zu lange warten.

Lange Wunschlisten – leere Kassen

Während Rot-Rot noch Wahlversprechen macht, droht dem Land bald die Zwangssanierung



Symbolischer Spatenstich im Oktober 2010 vor Beginn der Sanierung an und in der Deutschen Staatsoper: Die Oper soll bis Oktober 2013 für rund 239 Millionen Euro grundlegend erneuert werden. Der Bund übernimmt 200 Millionen Euro der Kosten. Aber auch das klamme Berlin fördert den Kulturbereich, denn dieser ist laut Klaus Wowereit (3.v.l.) sehr wichtig für die Lebensqualität und das Image der Stadt.

Bild: L. Preiss/dapd

Aus den Reihen der rot-roten Koalition in Berlin werden der Öffentlichkeit regelmäßig neue Ideen für Zukunftsprojekte präsentiert. Schweigen herrscht allerdings darüber, wie die kostspieligen Vorhaben finanziert werden sollen. Dem Land Berlin droht nicht nur die zwangsweise Verordnung eines Sanierungsprogramms, sondern auch eine Kürzung der Gelder aus dem Länderfinanzausgleich.

Rückkauf der privatisierten Wasserbetriebe, ein landeseigener Waggonpark für die Berliner S-Bahn, ein öffentlicher Beschäftigungssektor oder die Schaffung eines kommunalen ökologischen Energieunternehmens – das sind nur einige der zahlreichen Vorhaben, mit denen die Berliner SPD und die Partei „Die Linke“ zurzeit die Wähler beeindrucken wollen. In der Haushaltsplanung der rot-roten Koalition findet sich von den Vorhaben allerdings nichts wieder und das wird sich zukünftig auch kaum ändern. Die Finanzplanung des Berliner Senats für den Doppelhaushalt 2012/2013 sehen Ausgaben von jeweils 22 Milliarden Euro vor. Die Neuverschuldung wird zunächst erst einmal um 2,8 Milliarden Euro wachsen, soll aber ab 2018 auf null gebracht werden. Dieses Kunststück will der Senat vor allem durch steigende Steuereinnahmen und eine nur noch moderate Steigerung der Ausgaben bis 2020 vollbringen. Um diese Illusion aufrecht erhalten zu können, wurde die Finanzierung angekündigter Vorhaben – wie zum Beispiel der Rück-kauf der Anteile der Wasserbetriebe – aus der Haushaltsplanung konsequent ausgeklammert. Schon vor dem Wahltag im September könnten sich der Etatentwurf allerdings zu Makulatur verwandeln und die vollmundigen Zukunftsversprechen sich als bloßer Wahlkampf entpuppen.

Im Mai wird der im Jahr 2010 zur Kontrolle der Länderfinanzen ins Leben gerufene Stabilitätsrat von Bund und Ländern bekannt geben, welche Bundesländer ihre Finanzen unter Aufsicht sanieren müssen. Wahrscheinlich betroffen sein werden das Saarland, Bremen und Schleswig-Holstein. Vieles spricht dafür, dass auch Berlin mit seinen angehäuften Schulden von über 60 Milliarden Euro zu diesem Kreis gehören wird und ein fünfjähriges Sanierungsprogramm aufstellen muss.

> Die Ausgaben für die Wahlversprechen sind im Haushalt 2012/2013 noch nicht berücksichtigt

Die aktuellen Planungen gehen noch davon aus, dass für wichtige Investitionen in den nächsten beiden Jahren jeweils 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung stehen werden. Damit sollen Vorhaben wie die Sanierungen des Charité-Bettenhauses und des Internationalen Congress Centers (ICC), Straßenbaumaßnahmen sowie Neubauten und Sanierungen an Hochschulgebäuden, Theatern und Haftanstalten finanziert werden.

Trotz Finanznot ist auch das vom Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit als „Chefsache“ verantwortete Kulturressort mit einigen Prestigeprojekten berücksichtigt worden. Eingeplant wurde nicht nur der Bau einer Staatlichen Kunsthalle im Bezirk Mitte, sondern auch der Neubau einer Landes- und Zentralbibliothek auf dem Tempelhofer Feld. Ohnehin war dieses Ressort in letzter Zeit in die Kritik geraten. Aus den Reihen der Grünen und der Linkspartei wurde eine mangelnde Transparenz bei der Subventionierung von Kultureinrichtungen beanstandet. 2010 erhielten Theater- und Orchesterbetriebe vom Land immerhin Zuschüsse in Höhe von 254,8 Millionen Euro – jede verkaufte Karte wurde im Durchschnitt mit 100 Euro bezuschusst, pro Besucher wachsen die Subventionen immer mehr an. Derartig profitiert von der aktuellen Haushaltsplanung haben allerdings nicht alle Ressorts – die Höhe der Hochschulfinanzierung ist immer noch ungeklärt. Auch die finanzielle Ausstattung der Bezirke ist schon seit Jahren prekär, Personalabbau und Mittelkürzungen beginnen, sich inzwischen auch immer mehr im Stadtbild bemerkbar zu machen. Reparaturen an Straßen und Gehwegen sind – wenn überhaupt – häufig nur noch provisorisch möglich. Es wird immer schwieriger, öffentliche Grünanlagen in Schuss zu halten, so dass immer öfter private Initiativen einspringen, die sich um öffentliche Grünanlagen kümmern. Brunnenanlagen im Stadtgebiet können schon seit Jahren nur mit Hilfe von Spendern betrieben und unterhalten werden.

Die finanzielle Notlage der Bezirke könnte sich allerdings sogar noch verschärfen, nicht nur durch ein verordnetes Sanierungsprogramm des Bund-Länder-Stabilitätsrats, sondern auch durch eine Beschneidung des Länderfinanzausgleichs. Bayern, Hessen und Baden-Württemberg haben im vergangenen Jahr sieben Milliarden Euro in den Ausgleich eingezahlt. Hauptprofiteur war Berlin, das 2,9 Milliarden Euro erhalten hat. Diesen Zustand wollen die Geberländer allerdings nicht weiter hinnehmen, sie sehen im Länderfinanzausgleich ein Art Strafsteuer für wirtschaftlich erfolgreiche Länder. Nicht zu Unrecht – das Land Berlin leistet sich Dinge, auf die die Geberländer verzichten müssen. Wowereit meint, sich weiterhin auf das Solidaritätsprinzip berufen zu können. Allerdings wäre er gut beraten, es nicht bis zu einer Klage kommen zu lassen. Vor dem Bundesverfassungsgericht müsste dann zum Beispiel geklärt werden, warum das Land Berlin meint, sich gebührenfreie Kitas und drei Universitäten leisten zu müssen – ganz zu schweigen von ökologischen Stadtwerken und neuen Kunsthallen.

Norman Hanert

Jeder sein eigener Richter

Brandenburg: Mehr DDR-Staatsdiener im Dienst als anderswo

In Brandenburg bewegen sich deutlich mehr einstige Verantwortliche des DDR-Systems weiter im Staatsdienst als in anderen Bundesländern. Darunter sind auch Richter und Mitarbeiter der Justiz mit Stasi-Kontakten. Das ergab jüngst die Antwort des Justizministeriums auf eine Anfrage der CDU-Opposition im Landtag.

Der neue Bundesbeauftragte für die Stasiunterlagen, Roland Jahn, fordert zu seiner Amtseinführung, „dass sich jeder selbst darüber klar wird, wie er sich bewegt hat im Mechanismus der Diktatur“. Er sieht sich Forderungen ausgesetzt, in seiner Behörde verbliebene Mitarbeiter mit einstigen Stasi-Kontakten zu entlassen.

Brandenburg steht nach neuen Zahlen zu im Staatsdienst verbliebenen Dienern der Diktatur in puncto Klarheit vor einer weit größeren Herausforderung. Von 242 einstigen DDR-Richtern, die 1990 einen Antrag auf Übernahme gestellt hatten, durften 128 bleiben. Das entspricht gut 53 Prozent der Bewerber. Der Durchschnitt der neuen Länder liegt bei Richterübernahmen bei 38 Prozent. Bei den Staatsanwälten beträgt die Übernahmequote in Brandenburg 55 Prozent. Der Wert weicht vom Mittel der neuen Länder (32 Prozent) noch mehr ab. Ganze 112 von 160 übernahmewilligen Anklägern des alten Regimes schafften in der Mark den Sprung in die Demokratie – nach umfangreichen Einzelprüfungen, betont das Justizressort.

> 54 DDR-Juristen arbeiten noch bei Gerichten

In dieser Kontinuität bleiben in der gesamten Justiz aktuell 82 Mitarbeiter, die in der DDR hauptamtlich oder inoffiziell mit der Stasi zusammenarbeiteten. Auskünften von Justizminister Volkmar Schöneburg („Die Linke“) zufolge sind darunter drei Richter. 54 DDR-Juristen mit Stasi-Kontakten arbeiten zudem noch bei Gericht, elf bei Staatsanwaltschaften und 17 in anderen Organen der Rechtspflege, auch in Gefängnissen, laut Schöneburg aber keine Staatsanwälte oder Gefängnisleiter.

Ein Kontakt zwischen Opfern und Tätern ist so kaum auszuschließen, auch wenn Brandenburg insgesamt rund 5000 Justizmitarbeiter, darunter 1200 Richter, zählt. Wo genau die 54 Gerichtsmitarbeiter tätig sind, will Rot-Rot demnächst bekanntgeben. Bisherige routinemäßige Überprüfungen der Staatsdiener auf Stasi-Kontakte seit 1990 geraten in Brandenburg damit erneut in die Diskussion. In der Vergangenheit hatte es speziell an Brandenburgs Prüfungen viel Kritik gegeben. Schöneburg lehnt eine erneute Prüfung ab, sagt, er akzeptiere die vor 20 Jahren geschaffenen Ergebnisse. *SV*

Künstler ziehen ab

Tacheles: Mit einer Million Euro »überzeugt«

Das alternative Künstlerhaus „Tacheles“ könnte bald verschwinden. Die für den 4. April vorgesehene Zwangsversteigerung platzte zwar kurzfristig, aber ein Teil der alternativen Künstler, die hier, ohne Miete zu zahlen, wohnten, zog überraschend aus. Ein Anwaltsbüro zahlte ihnen eine Abfindung in Höhe von einer Million Euro. Damit hat sich der Eigentümer, die HSH Nordbank, rund der Hälfte der ungeliebten „Mieter“ entledigt. Die erhielten 1998 von einer Fundus-Immobilientochter symbolische Mietverträge von 1 D-Mark. Nach der Insolvenz ließ die Zwangsverwalterin, die HSH Nordbank, die Verträge 2008 auslaufen und will das Areal zwangsversteigern. Eine Erneuerung der Mietverträge lehnte der Eigentümer ab.

„Es war die schwerste Entscheidung des Lebens. Aber nach zehn Jahren Dauerkrise ging's einfach nicht mehr. Das Geld nehmen wir als Startkapital für neue Kulturarbeit“, kommentierte Tim Africa, Sprecher der ausgezogenen Gruppe, die Annahme der Abfindung: „Es war großartig, dass wir 21 Jahre hier sein konnten.“

> Verbliebene drohen mit Hungerstreik

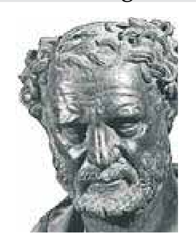
Harmonisch war das Zusammenleben dort keineswegs. Die jetzt Verbliebenen wähnen sich im Recht. Ihr Sprecher Martin Reiter: „Wir sind auch in Jahren noch hier.“ Nun müsse der Senat das „Tacheles“ kaufen, fordert er. Dabei hatte dieser bereits vor Jahren die Förderung eingestellt und darauf verwiesen, dass sich die Förderinstrumente des Landes auch nach der künstlerischen Qualität richteten. Das sieht Reiter anders: „Wir sind die künstlerische Avantgarde der Stadt.“ Jetzt droht er gar mit Hungerstreik.

Hans Lody

Mehr Migranten bei Verwaltungen

Berlin ist Spitzenreiter bei der Anstellung von Immigranten als Lehrlinge in den öffentlichen Verwaltungen oder Betrieben. Die Wohnungsbaugesellschaft „DeGeWo“ meldet einen Anteil von 36 Prozent, die Bezirksämter Neukölln und Friedrichshain-Kreuzberg bringen es auf 37 Prozent. Die landeseigene Verwaltung kommt auf einen Anteil von 13,3 Prozent. Die zuständige Senatorin, Carola Bluhm, von der Partei „Die Linke“ und der Integrationsbeauftragte des Senats, Günter Piening, präsentierten dieser Tage stolz diese Daten. Letzterer forderte: „Die Unternehmen müssen ihre Ausbildungspraxis hinterfragen und sich interkulturell öffnen.“ Bei den Mitarbeitern der Universitäten und einigen Bezirksämtern läge der Anteil der Lehrlinge mit Migrationshintergrund leider noch unter zehn Prozent. Offen blieb, ob der hohe Anteil von Auszubildenden mit nicht-deutschen Wurzeln dem hohen Maß ihrer Qualifikation oder anderen Gründen geschuldet ist. *Hans Lody*

Zeitzeugen



Demokrit – Dem griechischen Philosophen (460–370 v. Chr.) verdanken wir den Begriff Atom. Der Vorsokratiker war der erste, der auf die Idee kam, alle Materie sei aus kleinsten, nicht mehr teilbaren (atomos) Einheiten zusammengesetzt. Auf dieser These baute sein als „atomistischer Materialismus“ bezeichnetes Weltbild auf, in das er ausdrücklich Geist und Seele einbezog. Der fundamentale Irrtum des antiken Denkers bestand darin, dass die „Atome“ eben doch nicht unteilbar sind.

Otto Hahn, Fritz Straßmann, Lise Meitner – Am Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in Berlin gelang Hahn (1879–1968, Chemie-Nobelpreis 1951) und Straßmann (1902–1980) am 17. Dezember 1938 erstmals die Spaltung von Uran-Kernen durch Neutronenbeschuss – freilich ohne dies selbst zu merken. Erst ihre frühere Mitarbeiterin Meitner (1878–1968), die inzwischen nach Schweden emigriert war, interpretierte das Auftreten von Barium bei dem Experiment richtig, nämlich als Spaltprodukt. Mit der Entdeckung der drei deutschen Wissenschaftler war der Weg frei für eine friedliche (und leider auch unfriedliche) Nutzung der in den Atomkernen schlummernden Kräfte.



Franz-Josef Strauß – Der bayerische Politiker (1915–1988) verstand es wie kaum ein anderer, Bewahren und Fortschritt miteinander in Einklang zu bringen. So war es nicht zuletzt diese Fähigkeit, die den 40-Jährigen 1955 an die Spitze des neugegründeten Bundesministeriums für Atomfragen brachte (aus dem das heutige Bundesministerium für Bildung und Forschung hervorging). Strauß organisierte den Einstieg Deutschlands in die friedliche Nutzung der Kernenergie, wobei er auch von der oppositionellen SPD kräftig unterstützt wurde. Auch als CSU-Chef und bayerischer Ministerpräsident verzichtete Strauß nicht darauf, zwischen Chancen und Risiken dieser neuen Technologie abzuwägen. Allerdings stützte er sich dabei auf Fakten und Fachwissen statt auf ideologisch geprägte Vorurteile.

Jürgen Trittin – Der 56-Jährige zählt seit den frühen 80er Jahren, als er vom Kommunistischen Bund zu den Grünen wechselte, zu den erbittertsten Gegnern der Kernkraftnutzung. Als Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit setzte er den Atomausstieg durch. Dass er Gorleben als nukleares Endlager zu verhindern suchte, gleichzeitig aber Atommülltransporte dorthin befürwortete, gegen die er nun als Ex-Minister heftig protestiert, gehört zu den vielen Ungereimtheiten in seinem politischen Leben.

Strahlendes Inferno

Tschernobyl, 26. April 1986: Das »Restrisiko« wird zur Realität

Die Katastrophe im sowjetischen Kernkraftwerk ist gleich auf mehrere menschliche Fehler zurückzuführen. Ein Rückblick:

Die Katastrophe begann pünktlich um Mitternacht: Routinemäßig wechselte im Kernkraftwerk Tschernobyl, in der damals sowjetischen, heute selbständigen Ukraine, das Personal. Schichtleiter Alexander Akomow und seine Leute befinden sich in einer unerwartet verworrenen Situation. Eigentlich hätte schon vor mehreren Stunden in Block 4 des AKW ein größeres Experiment gestartet sein sollen; zuständig (und darauf vorbereitet) wäre die Freitag-Spätschicht und nicht die Sonnabend-Frühschicht gewesen. Gründe für die verhängnisvolle Verzögerung sind bis heute nicht bekannt, offenbar gab es schon seit Tagen eine Serie von Pannen.

Wenige Minuten nach Schichtantritt, am 26. April 1986 um 0.28 Uhr, dann der erste folgenschwere Fehler. Die Reaktorleistung wird viel zu weit heruntergefahren, entgegen allen Vorschriften bei diesem Reaktortyp. Nach vier Minuten versucht der Schichtleiter, den Fehler zu korrigieren. Irrtümlich glaubt er, dies sei ihm gelungen, gibt grünes Licht für das Experiment, um Sekunden später in Panik zu geraten und die Notabschaltung zu aktivieren.

Zu diesem Zeitpunkt hat die Reaktormannschaft die Kontrolle über das Geschehen verloren. Die Brennelemente erhitzen, können aber nicht gekühlt werden, da alle Notsysteme bewusst abgeschaltet sind, um die erhofften Messergebnisse nicht zu verfälschen.

Auf allen Ebenen wurde gelogen und verharmlost

Es gibt erste Explosionen, das als Moderator verwendete Graphit gerät in Brand, die nukleare Kettenreaktion lässt sich nicht mehr steuern, so dass der Reaktor zur Atombombe wird. Das viel zu schwach ausgelegte äußere Reaktorgebäude fliegt davon, extrem hohe radioaktive Strahlung wird an die Außenwelt abgegeben.

Dennoch meldet der Schichtleiter drei Stunden später nach Moskau, der Reaktor sei „im Prinzip“ intakt. Radio Eriwan lässt grüßen, der landesübliche Wodka-Konsum reicht als Erklärung für solch unglaubliches Fehlverhalten nicht aus. Immerhin kommt der Schichtleiter nun auf die Idee, Block 3 der Kraftwerkanlage „vorsichtshalber“ abzuschalten. Trotz des „katastrophalen Unfalls“, so die Einstufung auf der INES-Skala (International Nuclear and Radiological Event Scale) der Internationalen Atomenergie-Agentur, bleiben die Blöcke 1 und 2 noch bis zum nächsten Morgen am Netz.

Die verhängnisvolle Melange aus Lügen, Verschweigen und Verharmlosen setzt sich auf allen politischen Ebenen fort. Die örtlichen und regionalen Behörden veranlassen erst nach einem Tag die überfällige Evakuierung der benachbarten Stadt Prypjat, setzen die fast 50 000 Einwohner viel zu lange höchster Strahlung aus.

Im Kreml wütete der seit einem Jahr amtierende KP-Chef Michail Gorbatschow intern über „verbrecherische Schlamperei“, hielt sich ansonsten aber an die sowjetamtliche Regel „Es darf nichts nach außen dringen“ (und möglichst auch nichts nach innen). So wurden besorgte Anfragen aus dem Westen, wo bereits extreme Strahlenwerte gemessen wurden, abgewiegelt. Erst am späten Abend des 28. April berichtet TASS vage von einem „Unfall“. Und erst Monate später räumt Moskau ein, welche Dimensionen dieser erste GAU (größter anzunehmender Unfall) in der noch jungen Geschichte der Kernenergienutzung wirklich hatte.

Typisch für den Umgang des Kreml mit unbequemen Wahrheiten: Im Politbüro wurde zwei Monate nach der Havarie parteiamtlich bestätigt, dass der Tschernobyl-Reaktor vom Typ RBMK-1000 längst als bauartbedingt unsicher und unbeherrschbar bekannt war. 25 Jahre danach aber sind baugleiche Meiler immer noch in Betrieb, unter anderem nahe St. Petersburg. *Hans-Jürgen Mahlitz*



Auch heute noch Arbeitsplatz für 3200 Menschen: Das Kernkraftwerk in Tschernobyl Bild: pa

Tschernobyl ist (nicht) überall

Fast 25 Jahre nach Tschernobyl erleben wir erneut einen schweren Unfall mit einem Kernkraftwerk. Diesmal in Japan, wo man mit Schlampereien à la Kreml eher nicht rechnet. Prompt folgte der politisch willkommene Umkehrschluss: Fukushima heute ist wie Tschernobyl damals, der Beweis für die Unsicherheit und Unbeherrschbarkeit der Kernkraft. Also: Sofort abschalten!

In Wahrheit sind die beiden Unfälle nicht miteinander vergleichbar. Der russische RBMK-1000 war (und ist) vom nukleartechnischen Prinzip her gefährlich. Die Umstände, die am 26. April 1986 zum GAU führten, waren zwar mutwillig herbeigeführt worden, hätten aber auch im Normalbetrieb eintreten können. Dass Russland solche Schrottreaktoren im Jahre 2011 noch am Netz hält, ist unverantwortlich, wurde in der aufgeregten deutschen Anti-Atom-Debatte aber nicht thematisiert.

Moskau hätte längst abschalten müssen

In Fukushima stehen sechs Siedewasserreaktoren älterer Bauart (von 1971 bis 1979), die aber durchaus noch modernen Sicherheitsstandards entsprechen. Ausgelöst wurde der Unfall nicht durch Schlamperei, sondern durch eine Naturkatastrophe. Allerdings war der Erdbeben- und Tsunamischutz bei weitem nicht ausreichend. Betreiber Tepco war auf eine Flutwelle von sechs Metern eingestellt; tatsächlich war sie am 11. März 14 Meter hoch. Das AKW Onagawa hingegen (seit 1984 in Betrieb, ebenfalls Siedewasserreaktoren, Betreiber Tohoku) steht auf einem 15 Meter hohen Sockel – und wurde kaum beschädigt. Dies zeigt: Kernenergie ist sehr wohl beherrschbar. Allerdings müssen die Sicherheitsbestimmungen streng gefasst und strikt eingehalten werden. Darauf sollte sich die Diskussion konzentrieren, nicht nur auf „Ausstieg sofort“. *H.J.M.*

Geschäft mit der Angst

Was passieren könnte, zählt mehr, als was wirklich passiert

Über 25 000 Tote haben Erdbeben und Tsunami in Japan gefordert. Hunderttausende haben nur das nackte Leben retten können. Obdachlos, mittellos, arbeitslos und oft hilflos widrigen Witterungsbedingungen ausgeliefert – für deutsche Medien, insbesondere öffentlich-rechtliche TV-Sender, waren solche Schicksale eher Randthema.

Beherrschendes Hauptthema war und ist nach wie vor die „Atomkatastrophe“. Politisch korrekt, aber sprachlich und sachlich völlig inkorrekt wurde der Beinahe-GAU zum „Super-GAU“ befördert. Jede noch so absurde Mutmaßung („... kann nicht ausgeschlossen werden, dass ...“) kam als gesicherte Tatsachenbehauptung über den Sender, angeblich aktuelle Messwerte wurden tagelang mit bebender Stimme verkündet („das Tausendfache, das Zehntausendfache, nein, das Hunderttausendfache ...“).

Nicht erklärt wurde dem staunenden Publikum hingegen, warum man wegen eines Tsunami an der japanischen Pazifikküste ein Kernkraftwerk im bayerischen Alpenvorland sofort abschalten muss. Was folgt als nächstes, wenn solche Logik Fuß fasst? Sollen wir die Autobahn Hamburg–Berlin dauerhaft sperren, weil es in Südafrika einen schweren Verkehrsunfall gab? Oder muss die Fußball-Bundesliga künftig generell vor leeren Rängen spielen, weil die Stadien mit bis zu 80 000 Plätzen doch nicht gegen Flugzeugabstürze

Tausende Opfer durch herkömmliche Energieträger

und Bombenanschläge gesichert sind?

Rational ist nicht nachvollziehbar, warum in Deutschland – anders als bei unseren Nachbarn und auch bei den Betroffenen selber – das Wort „Atom“ zum Synonym für alles Böse dieser Welt werden konnte. Natürlich ist ein komplexes System wie ein Kernreaktor nicht leicht zu verstehen, natürlich wirken radioaktive Strahlen unheimlich, weil man sie nicht sehen, hören, fühlen, riechen oder spüren kann. Das sind gute Voraussetzungen für das politische Geschäft mit der Angst. Vor allem, wenn das Land sich gerade mal wieder im Dauerwahlkampf befindet.

Die Fakten und Zahlen jedenfalls sprechen eine andere Sprache. In der „Welt“ haben Dirk Maxeiner und Michael Miersch dankenswerterweise versucht, die Dinge zurecht zu rücken: In Tschernobyl sind direkt 62 Menschen zu Tode gekommen, indirekt durch spätere Krebserkrankung laut Weltgesundheitsorganisation WHO etwa 4000. Greenpeace, im kreativen Umgang mit Statistiken durchaus geübt, macht daraus 90 000.

Hingegen gehen die Opferzahlen durch herkömmliche Energieträger wie Kohle, Gas, Öl oder Wasserkraft jährlich in die Hunderte, oft in die Tausende, beispielsweise durch Staudammbrüche, Grubenunglücke oder Explosionen.

Damit soll das Gefahrenpotential der Kernkraft keinesfalls heruntergespielt werden. Die Risiken sind bekannt; alles Menschenmögliche, sie zu minimieren, muss getan werden. Vor allem aber müssen wir den Blick wieder mehr darauf richten, was wirklich passiert, und nicht nur auf das, was passieren könnte. *H.J.M.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Wilhelm v. Gottberg
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)
Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **8562**

Nicht nur an Lea, auch an Lukas denken

Familienministerin Kristina Schröder will die Monopolstellung der Frauenpolitik beenden

Seit Monaten beherrscht die Debatte über eine staatliche Frauenquote die Medien. Diese wird nun von der Ministerin aufgemischt, die auch die Männer fördern will. Doch ihr erneuter Versuch, hier ein Problembewusstsein in der Öffentlichkeit zu entwickeln, stößt auf wenig Gegenliebe.

Vor allem linke Medien wie die „taz“ verknüpften die Nachricht, dass die staatlich geförderten Vätermonate nicht von zwei auf vier verlängert werden, mit Kritik gegen Familienministerin Kristina Schröder (CDU). Habe diese nicht erst am vergangenen Wochenende in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ wieder betont, dass sie nicht nur Frauen-, sondern auch Männerpolitik betreiben wolle? Und nun habe sie kein Geld – oder wolle keines ausgeben – für weitere Vätermonate. Da würden doch den Worten keine Taten folgen, so die Anklage, die der Ministerin dieser Tage gleich von mehreren Seiten entgegenschlug.

Um die Kritik besser zu beurteilen, muss man allerdings wissen, dass Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) die Vätermonate bereits im letzten Jahr unter Finanzierungsvorbehalt stellte. Und abgesehen davon gibt es insgesamt 14 vom Staat geförderte Elternmonate. Inwieweit die Eltern diese unter sich aufteilen, können sie fast frei entscheiden. Und es stellt sich die Frage, inwieweit es der Männerpolitik dient, wenn sie zwei weitere Vätermonate vom Steuerzahler spendiert bekommen. Denn wer der 33-jährigen Ministerin genau zuhört, erkennt, dass die im Sommer ihr erstes Kind bekommende Politikerin durchaus konkrete Missstände anführt, die die einseitige Ausrichtung der deutschen Politik auf die Frauenförderung mit sich gebracht hat. Die hören gerade Frauenrechtlerinnen nicht gern, wie die heftigen Reaktionen von Alice Schwarzer im vergangenen Herbst auf Schröders Äußerungen gezeigt haben.

Und nun legt die Ministerin nach und greift dabei auch erneut die Herausgeberin der „Emma“, eben Alice Schwarzer, an. Aussagen wie „Wenn wir wollen, dass es unsere Töchter einmal leichter haben, müssen wir es unseren Söhnen schwermachen“ („Emma“, 1986) hätten gezielt Frauen- und Männerpolitik gegeneinander ausgespielt. Das habe dazu geführt, dass sich die deutsche Gesellschaft an den „Monopolanspruch der Frauenpolitik auf alle Belange der Gleichberechtigung gewöhnt“ habe, so Schröder.

Auch, dass die CDU-Politikerin das Thema gesetzliche Frauenquote eher ausbremst als aufgreift, ist vielen Frauenrechtlerinnen ein Dorn im Auge. Doch Schröder ist

Nicht alte gegen neue Rollenbilder ersetzen

überzeugt, dass ein Blick auf die Ursachen, warum mit steigender Hierarchiestufe der Frauenanteil schwindet, die Forderung nach einer Frauenquote als Allheilmittel nicht mehr angebracht erscheint. „Frauenförderung allein wird daran nichts ändern. Fördern sollten wir faire berufliche Chancen von Frauen und Männern.“ Zudem erhebt sie nicht den Anspruch, alte Rollenmuster mit ihrer Politik durch neue ersetzen zu wollen. Das Ziel müsse sein, Frauen und Männern Gestaltungsfreiheit über ihren eigenen Lebensentwurf zu geben.

Mit Äußerungen wie diesen versucht die Unions-Politikerin, auch die konservativen Teile ihrer Partei für ihre Politik zu begeistern, denen die einseitige Frauenförderung schon lange viel zu weit geht und die auch noch traditionelle Familienbilder wertschätzen. Schröders Vorgängerin, Arbeitsministerin Ursula von der Leyen, war vielen in ihrer eigenen Partei zu sehr vorgeprescht und hatte aus Sicht vieler Konservativer noch die Linken in Sachen Frauenförderung links überholt. Von der Leyen ist auch für eine staatliche Frauenquote zumindest in Aufsichtsräten, doch da Schröder in dieser Frage die Kanzlerin Angela Merkel auf ihrer Seite hat, ist das Thema vorerst vom Tisch.

Statt weiterer Vätermonate will die Familienministerin nun dafür sorgen, dass mehr Männer im Erziehungsbereich tätig sind, um den Jungen so männliche Vorbilder zu geben. Die Tatsache, dass Frauen die Schulen dominieren, wäre mit ein Grund, warum eher Jungen die Problemkinder seien und öfter ohne Abschluss die Schulen verließen. „Jungen haben ein natürliches Bedürfnis, ihre körperlichen Kräfte zu messen, also zu toben und zu kämpfen. Nicht jede Rauferei muss man deshalb gleich mit einem Streitschlichter unterbinden. Ebenso sehe ich in vielen pädagogischen Einrichtungen die Gefahr, das stärker angepasste Verhalten von Mädchen als Norm zu betrachten. Man sollte die größere Aggressivität von Jungen aber in vernünftige Bahnen lenken“, so Schröder und liefert mit Aussagen wie diesen einen Gegenentwurf zur seit Monaten nicht aus der öffentlichen Diskussion zu verbannenden Debatte um Frauenquoten. Interessanterweise jedoch treffen die Forderungen der Ministerin nach mehr Gleichberechtigung für Männer in den Medien auf wenig Resonanz.

Rebecca Bellano



Weder Angela Merkel noch Bundesfamilienministerin Kristina Schröder kommen bei Frauenorganisationen gut an: Anlässlich des „Equal Pay Day“ fanden Demonstrationen des Deutschen Frauenrates, des Landesfrauenrates Berlin, des Sozialverbandes Deutschlands sowie von Frauenorganisationen und politischer Parteien statt. Bild: global-picture.net

MELDUNGEN

Rechnungshof kritisert Soffin

Bonn – Der Bundesrechnungshof kritisiert die Vergabepraxis des staatlichen Bankenrettungsfonds Soffin an externe Wirtschafts- und Rechtsexperten. Insgesamt sollen zwischen Ende 2008 und Anfang dieses Jahres 70 Millionen Euro an externe Dienstleister gezahlt worden sein. Die Wirtschaftskanzlei Mayer Brown, bei der der ehemalige CDU-Spitzenpolitiker Friedrich Merz arbeitet, die Großkanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer, die Prüfungsgesellschaft PWC und auch ehemalige Banker konnten sich über gut dotierte Aufträge freuen. Vor allem die Auftragsvergabe des Soffin-Chefs Hannes Rehm an seinen ehemaligen Kollegen Dietrich Rümker monierte der Rechnungshof. Erstens hätte der Soffin Rümker mehr gezahlt, als dieser gefordert habe, und außerdem sei dieser befangen gewesen. Rümker ist Aufsichtsratsmitglied der niederländischen Bank NIBC, die dem US-Investor Christopher Flowers gehört, dem wiederum zeitweise die vom Soffin betreute Hypo Real Estate gehörte. *Bel*

Gericht stoppt Schulversuch

Arnsberg – Das Verwaltungsgericht Arnsberg hat der rot-grünen Landesregierung von Nordrhein-Westfalen einen Strich durch ihre Schulpolitik gemacht. Am vergangenen Montag gab es einen Eilantrag zweier Gemeinden statt, die sich gegen die Errichtung der Gemeinschaftsschule Finnentrop, in der Rot-Grün das angestrebte längere gemeinsame Lernen verwirklichen wollte, aussprachen. Die Richter sehen in der Schulneugründung die „systematische Einführung einer neuen Schulform“. Dies sei nur aufgrund einer Gesetzesgrundlage möglich und diese existieren bisher nicht. *Bel*

Grün gegen Grün

Protest gegen S 21 geht trotz neuer Regierung weiter

Den Gegnern des Bauprojekts Stuttgart 21 (S 21) fehlen nach dem Ende der CDU-Regierung die Feindbilder: Baden-Württembergs Ministerpräsident Stefan Mappus ist trotz guten Wahlergebnisses abgewählt, weil ihm ein Koalitionspartner zur Mehrheit fehlt, und die Bahn verkündet einen Baustopp. Die grüne Basis und manche Bürgergruppen wollen dennoch weiter protestieren, vorbeugend nun eben gegen die neue grüne-rote Regierung.

„Es ist ganz klar, dass alle Partner weitermachen, auch mit den Montagsdemos“, sagt Grünen-Regionalrätin Irmela Neipp-Gereke vom Aktionsbündnis gegen das Großvorhaben. Sie ist mit der Auffassung bei den Grünen nicht allein. Selbsternannte „Parkschützer“ verlassen den Schlossgarten und dessen von S 21 gefährdete Bäume jetzt nicht in der Erwartung, gesiegt zu haben, sondern weil die Bürger im Frühling auf der Wiese und nicht im Protestzelt sitzen wollen. Die SPD möchte diese Bürger mit einem totalen Baustopp bis zum von ihr geplanten Volksentscheid ködern. Der soll das Schicksal der Großinvestition besiegeln, kalkuliert die Partei.

Der Streit um S 21 aber hat die Wahl in Baden-Württemberg nicht entschieden, darin sind sich Analysten einig. So könnte der vom neuerdings kleinen Regierungspartner bevorzugte Volksentscheid Grün-Rot eine ernüchternde Überraschung einbringen. Beide Koalitionäre sind sich nur einig, zuerst einmal den Bau anzuhalten. Die Bahn solle „keine weiteren Fakten“ schaffen, verlangten der designierte Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) wie sein SPD-Partner und baldiger Minister Nils Schmid während der Koalitionsgespräche.

Keine Nötigung: Freispruch für »Parkschützer«

Jurist Schmid sieht alle Verpflichtungen bei der Bahn: Allein durch die Ankündigung eines Volksentscheides genieße S 21 keinen rechtlichen Schutz. Die Bahn könne demnach dem Land die Kosten im Falle eines Aus für das Projekt nicht berechnen – nicht einmal die der bereits laufenden Aufträge. Beamte aus dem Justizministerium weisen diese Sicht inzwischen zurück – peinlich für Schmid. Dessen neue Tonlage hat die Fronten wieder verhärtet.

„Stuttgart 21 kommt mit 100-prozentiger Sicherheit“, sagt Bahnchef Rüdiger Grube. Er pocht auf die „wasserdichten Verträge“ mit dem Land Baden-Württemberg. Der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bahn AG sagt in Richtung neuer Landesregierung: „Und wenn dort jemand meint, dass er aus dem Projekt aussteigen möchte, soll er das allen Partnern sagen, übrigens auch wohin wir die Rechnung schicken sollen. Unsere Forderungen würden sich auf rund 1,5 Milliarden Euro belaufen.“ SPD und Grüne diskutieren noch, welche Rolle sie dem in der Schlichtung zu S 21 vereinbarten sogenannten Stresstest und dessen im Sommer vorliegenden Ergebnissen einräumen wollen.

Kretschmanns Mannschaft treibt die Frage um, wie viel Extrakosten oder welche neuen Probleme der Test ergeben muss, damit die Politik S 21 streichen kann – ganz ohne Volksentscheid. Die längst erfolgte Schlichtung gerät damit unter die Räder des neuen Bündnisses.

Ein deutliches Signal kommt auch von der Justiz: Freispruch für einen „Parkschützer“. Sich an Baufahrzeuge anzuketten sei keine Nötigung, lautet das Urteil. „Wir denken über neue Formen der politischen Kundgebung nach“, sagt Gangolf Stocker, Aushängeschild der „Parkschützer“ und jüngst zurückgetretener Sprecher des Aktionsbündnisses gegen S 21. Die „Montagsdemos“ gehen weiter. *SV*

MELDUNGEN

Gegenseitige Verdächtigungen

Minsk – Als „Geschenk aus dem Ausland“ bezeichnete der weißrussische Präsident Alexander Lukaschenko den Terroranschlag auf die Metrostation „Oktjabrskaja“ im Zentrum von Minsk am 11. April, die sich in unmittelbarer Nähe seines Büros und seiner Residenz befindet. Mit dem Anschlag hätten Kräfte im Ausland Weißrussland destabilisieren wollen. Von dort wurde die Vermutung laut, Lukaschenko selbst stecke hinter dem Attentat, um von innenpolitischen Problemen abzulenken und statt dessen den Ausnahmezustand ausrufen zu können. Die Überwachungskameras führen zu einem kaukasischen Verdächtigen, gegen den nun der KGB ermittelt. *MRK*

Burkaverbot durchgesetzt

Paris – Im Großraum Paris musste eine Muslimin als erste 150 Euro Bußgeld zahlen, weil sie sich in Ganzkörperverschleierung in einem Einkaufzentrum aufgehalten hatte. Seit Montag gilt in Frankreich das Burkaverbot. Zwei weitere Frauen, die sich vor der Kathedrale Notre Dame verschleiert an einer Demonstration gegen das Gesetz beteiligt hatten, wurden festgenommen. Sie wurden jedoch festgesetzt weil die Demonstration nicht genehmigt war. Nach dem neuen Gesetz ist an allen öffentlichen Orten die Verhüllung des Gesichts mit Schleiern oder Masken verboten, auch in Schulen, Kinos oder Restaurants. Neben Geldstrafen kann auch die Teilnahme an einem Staatsbürgerkundekurs verhängt werden. Männern, die ihre Frauen zum Tragen der Burka zwingen, droht eine Haftstrafe bis zu einem Jahr oder eine Geldstrafe bis 30000 Euro. Ein verhülltes Gesicht ist mit den Werten der Republik nicht vereinbar, heißt es seitens der Regierung.. *MRK*

Schöngeredetes Desaster

Seit Jahren bilden Deutsche auch afghanische Polizisten aus, doch die sind von Einsatzreife weit entfernt

Der Lynchmord an elf UN-Mitarbeitern in Mazar-i-Sharif, dem Hauptstandort der Bundeswehreinheiten am Hindukusch, offenbart die ganze Problematik des Afghanistan-Einsatzes. Ins Zwielicht geraten dabei besonders die afghanische Polizei und Präsident Hamid Karzai persönlich. Aber auch die passive Rolle der Bundeswehr sorgt wohl für ein Nachspiel.

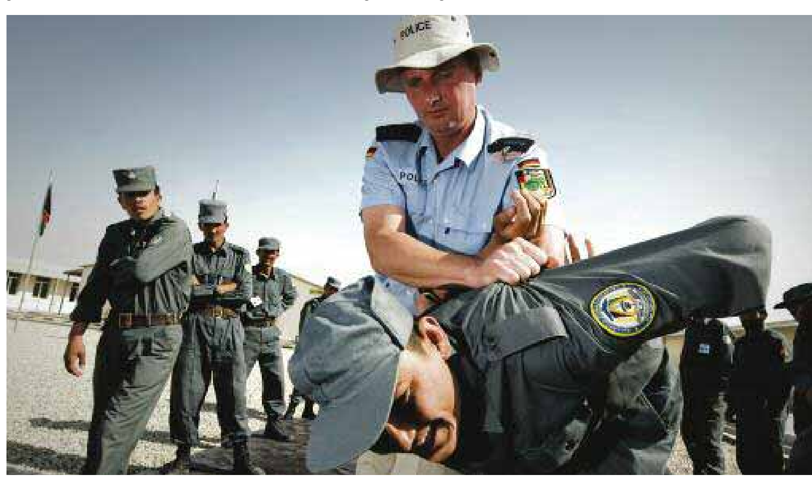
Inzwischen liegen Interviews aus Mazar-i-Sharif und Videoaufnahmen über den genauen Hergang der furchtbaren Tat vor, die vom „Wall Street Journal“ veröffentlicht wurden. „Steht auf gegen die Feinde des Koran; steht auf gegen sie mit eurem Stift, mit euren Stimmen, mit euren Waffen“, so donnerte es am Freitag, den 1. April, vom Podium der Blauen Moschee in Mazar-i-Sharif. Kurz darauf formte sich ein wütender Mob von 3000 Menschen in Richtung des US-Generalkonsulats, das aber als zu gut bewacht vorgefunden wurde. So wichen die Moslems in Richtung der UN-Vertretung aus. Dort hatte die afghanische Polizei für diese (angemeldete!) Demonstration nur 60 Männer zur Bewachung abgestellt, die sofort vor der wütenden Menschenmenge flohen. Zur Verteidigung der UN-Mission blieben so nur noch vier nepalesische Wachleute übrig, die mit ihren eigenen Waffen erschossen wurden. Drei Europäer, die sich in einen Sicherheitsraum geflüchtet hatten und sich nicht als Moslems bekennen konnten, wurden geköpft. Zurück blieben schließlich insgesamt elf Tote.

Den Anlass für den Ausbruch der Gewalttaten bildete die auch in der westlichen Welt scharf verurteilte Koran-Verbrennung des amerikanischen „Pastors“ Terry Jones vom 20. März. Die dramatischen Reaktionen in Afghanistan zeigen nun, wie fragil die Sicherheitslage am Hindukusch ist. Der kommandierende US-General David Petraeus sprach angesichts der anhaltenden Proteste von einem neuen Risiko für die Soldaten, die bereits „vielen Risiken“ ausgesetzt seien. Dies gilt offenbar auch besonders für die Bundeswehr-Einheiten im Norden des Landes.

Der Zustand der afghanischen Polizei, die im Sommer die Kontrolle in Mazar-i-Sharif übernehmen soll, lässt dabei die Besorgnis der westlichen Militärs und Politiker besonders steigen. Hieran trägt aber der Westen auch eine Mitschuld. Zu wenig Ausbilder, keine einheitlichen Ausbildungspläne und nur geringe Anforderungen an die Bewerber sorgen dafür, dass die Polizei überwiegend ein chaotischer Haufen ist. Viele von ihnen sind Analphabeten und gehen nur zur Polizei, weil sie keine besser bezahlte Arbeit finden. Vorwissen über ihre neue Aufgabe als Hüter des Gesetzes und die Bedeutung ihrer Arbeit kann man von den jungen Männern aufgrund ihrer bisherigen Erfahrungen in einem von Kriegen und Gewaltherrschern dominierten Land nicht erwarten. Doch in einer oft nur sechswöchigen Ausbildung können den Neu-Polizisten kaum das notwendige Hintergrundwissen und die damit verbundenen Werte vermittelt werden. Unterentwickelt ist zudem die Überzeugung, einem neuen demokratischen Afghanistan dienen zu wollen. Für eine zusätzliche Unsicherheit sorgt der Umstand, dass einige Männer öfter die Seiten wechseln, je nachdem, wer mehr Geld bietet: die Taliban oder die Polizei.

> Polizisten ergriffen vor dem aufgebrachten Mob die Flucht

Aber auch der afghanische Präsident spielt im aktuellen Konflikt eine zunehmend anti-westliche Rolle: Obwohl US-Präsident Barack Obama die Tat von Jones verurteilt hatte, verlangt Karzai eine Entschuldigung des US-Kongresses. Die Tendenz des afghanischen Präsidenten, mit religiösen Stimmungen bei islamistischen Gruppen Punkte zu sammeln und sich nicht von Hardlinern abzugrenzen, verfolgen westliche Beobachter mit zunehmendem Unbehagen. Nun erinnert das ausgebrannte UN-Lager an Karzais Spiel mit dem islamistischen Feuer.



Zum Polizisten in sechs Wochen: Deutsche Polizisten unterrichten in Mazar-i-Sharif im German Police Training Center afghanische Polizeikadetten in Selbstverteidigungstechniken. Bild: M. Kappeler/dapd

Vom neuen deutschen Verteidigungsminister Thomas de Maizière ist bisher keine direkte Stellungnahme zu erhalten. Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Stefan Paris, weist eine mögliche deutsche Mitverantwortung zurück, weil die afghanischen Sicherheitskräfte Unterstützungsangebote der internationalen Truppen ausgeschlagen hätten. Die Isaf-Schutztruppe hätte zwar auch ohne Zustimmung der Afghanen eingesetzt werden können, was aber für die weitere Entwicklung des Landes „sicherlich nicht förderlich“ gewesen wäre, so Paris.

Die Zeitangaben über die Vorfälle differieren derzeit. Nach Darstellung des Verteidigungsministeriums gab es am Freitag um 16.15 Uhr schon die ersten Steinwürfe auf das Uno-Gebäude. Doch der stellvertretende Polizeichef der Provinz Balkh habe signalisiert, die Lage sei unter Kontrolle. Der Bundeswehr-Generalmajor Markus Kneip, der Leiter des Isaf-Regionalkommandos Nord, habe lange gebraucht, um den Provinzgouverneur vom Einsatz der Internationalen Schutztruppe überzeugen zu können. Die Isaf-Kräfte seien erst gegen 19 Uhr eingetroffen – rund zwei Stunden nach dem Sturm auf das Gebäude. Von der Isaf-Zentrale selbst hieß es dagegen, man sei „schon“ um 18.09 Uhr dort gewesen.

Ministeriumssprecher Paris räumte ein, dass aus dem Vorfall, den die Bundesregierung bedaure, Lehren für die Zukunft gezogen werden müssten. Dies bedeute aber nicht, dass die geplante schrittweise Übergabe der Sicherheitsverantwortung an afghanische Behörden in Frage gestellt werde.

Als Rädelsführer des Aufruhrs in Mazar-i-Sharif verdächtigte ein Abgeordneter des afghanischen Parlaments, Mohammed Akbari, einen ehemaligen Taliban-Kämpfer, der an einem Reintegrationsprogramm teilgenommen habe. Wie unzuverlässig solche Ex-Taliban sind, zeigte sich auch nahe Meymaneh, wo wenige Tage später afghanische Polizisten das Feuer auf zwei US-Soldaten eröffneten, die sofort tot waren. Die Täter konnten fliehen. *H. E. Bues/Bel*

Obama gibt nach

Guantanmo-Häftlinge vor Militärgericht

Am Montag vorvergangener Woche verkündete US-Justizminister Eric H. Holder Jr. den „mit großem Zögern“ gefassten Beschluss des Weißen Hauses, die fünf hochkarätigsten Terroristen von Guantanamo nun doch vor ein Militärgericht zu stellen und nicht vor ein Zivilgericht in New York. Ein schmerzlicher Rückschlag für US-Präsident Barack Obama, der sich intensiv für ein Zivilgericht eingesetzt hatte, um einer internationalen Öffentlichkeit „die Fairness des amerikanischen Justiz-Systems“ zu beweisen. Zivilgerichte sind offener, zum Beispiel für Presse-Berichterstattung, lassen mehr Beweise für die Unschuld der Angeklagten zu, haben eine zivile Jury wie ebensolche Richter und bieten so die Möglichkeit für mildere Strafen. In Militär-Tribunalen bestehen Richter, Verteidiger, Ankläger wie Jury aus Militärs und das Verfahren ist größtenteils nicht kontrollierbar.

Bereits wenige Stunden nach Holders Ankündigung beeilte sich der Hauptankläger des zuständigen „Office of Military Commissions“ im Pentagon mit der Nachricht, dass „in naher Zukunft“ die Anklageschriften für die fünf bekanntesten Terroristen unter den 170 Häftlingen in Guantanamo fertiggestellt würden. Die fünf Betroffenen sind vor allem der Organisator des 11. September 2001, Khalid Shaikh Mohammed, sowie die ebenfalls in 9/11 und anderen Anschlägen involvierten Ramzi Binalshib, Walid bin Attash, Ali Abdul Aziz Ali und Mustafa Ahmed Hawsawi.

Obamas dringendes Plädoyer für ein Zivilverfahren war von Anfang an auf enormen politischen Widerstand gestoßen. Die Hinterbliebenen der 3000 Opfer des Anschlags auf das World-Trade-Center fürchten, wie viele andere, zu milde Strafen oder Freisprüche.

> Zivilgericht bot zu viele Unwägbarkeiten

Das Hauptproblem aber bestand in möglichen Terroranschlägen und den Unsummen, die eine Absicherung aller Beteiligten, des Gerichts wie der Stadt selbst, verschlungen hätte. Im Dezember hatte der US-Kongress noch jegliche Finanzierung einer Überführung von Guantanamo-Häftlingen in die USA untersagt. So blieb Präsident Obama nichts anderes übrig als nachzugeben. Ausgerechnet am Tag, als auch der Startschuss zur Kampagne für seine Wiederwahl fiel, musste er der Tatsache ins Auge blicken, dass sein ihm einst wichtigstes Ziel, Guantanamo zu schließen, noch der Erfüllung harren dürfte. *Liselotte Millauer*

Lampedusa ist erst der Anfang

Kaum Rezepte gegen eine halbe Milliarde afrikanische Migranten

Schon die Bibel kennt den Begriff der Völkerwanderung, Europa wurde in seiner heutigen Struktur von den Völkerwanderungen in der Spätantike und dem Exodus der Mongolen bis zur Eroberung Chinas geprägt, das neu entdeckte Amerika von Auswandererheeren umgestaltet. Für die Zukunft sind ebenfalls gigantische Migranten-Ströme zu prognostizieren. Während gegenwärtig weltweit rund 200 Millionen Aus- und Einwanderer gezählt werden, rechnet die Internationale Organisation für Migration (IOM) in Genf für 2050 mit mehr als 400 Millionen.

Gemessen an der Weltbevölkerung von dann vielleicht zehn Milliarden ist das ein kleiner Bruchteil, doch nach den Zielgebieten der Menschenlawinen gewertet, stellt die moderne Völkerwanderung für einzelne Regionen eine kaum zu bewältigende Belastung dar, wie zur Zeit das Drama der über das Mittelmeer fliehenden Nordafrikaner auf die italienische Insel Lampedusa zeigt. Noch sind kaum Rezepte in Sicht. Sie reichen vom Mauerbau bis zu speziellen Grenztruppen oder mit finanziellen Zuwendungen verbundenen Abwehrabkommen mit angrenzenden Staaten. Aber auch die Kosten dafür und für die Rückschaffung illegaler Einwanderer sowie deren zeitweise Unterbringung bürden den Zielländern gewaltige Lasten auf. Finanziell angeschlagene Länder wie etwa Griechenland können sie kaum tragen. Neben den USA und Kanada ist es Deutschland, das ab 1990 den größten Zustrom von Migranten aus Entwicklungsländern oder wirtschaftlich schwachen Nachbarregionen zu verkraften hatte.



Afrikaner drängen nach Europa.

In Fragen der Zuwanderung gibt es zudem eine Kluft zwischen politisch versuchter Beschränkung des Zustroms und der in der Wirklichkeit der Politik praktizierten Toleranz. Die politischen Handlungskonzepte sind entsprechend zwiespältig und reichen von der Schweizer Ausschaffung bis zur stillen Duldung etwa in den USA, während dort gleichzeitig ein neuer Zustrom durch den Bau eines Sicherheitszaunes an der mexikanischen Grenze eingedämmt werden soll. Nach Schätzungen der IOM werden allein bis 2020 50 Millionen durch umweltbedingte Fluchtbewegungen in die industrialisierten Länder drängen. Ungewiss sind auch die durch politische Ereignisse ausgelösten Flüchtlingsströme. Die IOM bietet daher unter dem Oberbegriff „Immigration and Bordermanagement“ damit befassten Behörden Gestaltungshilfen an, wie Gesetzesformulierungen, rechtliche Möglichkeiten, Verwaltungsstrukturen und Hilfe bei der Eingliederung abgewiesener Asylsuchender in ihren Heimatländern.

Sicher ist, dass die demoskopische Entwicklung eindeutig Tendenzen aufzeigt: So errechneten die Experten, dass zwischen 2010 und 2050 die europäische Bevölkerung um etwa 23 Prozent schrumpft, während etwa Afrika um 125 Prozent zulegt. Es liegt auf der Hand, dass die schon jetzt zähe ökonomische Entwicklung des Schwarzen Kontinents damit nicht Schritt hält und deswegen die Zahl der in wirtschaftlich stärkere Länder drängenden Migranten zunimmt. Der Klimawandel tut ein übriges und hier steht schon das nächste Problem an: Zehntausende von Ratten sollen aus den dann überfluteten Gebieten über die Felder angrenzender Länder herfallen und die Ernährungsgrundlage der einheimischen Menschen gefährden. *Joachim Feyerabend*

Polen enttäuscht Holocaust-Opfer

Schon seit 20 Jahren bemühen sich jüdische Holocaust-Opfer und unter kommunistischer Diktatur enteignete Juden um Entschädigungen in Polen. Zwar versprachen bisher alle Regierungen bei ihrem Amtsantritt, schnell für Entschädigungs- beziehungsweise Restitutionsgesetze zu sorgen, doch umgesetzt wurde dies nicht. Die gegenwärtige Regierung des amtierenden Ministerpräsidenten Donald Tusk will jetzt einen Gesetzentwurf stoppen. Deshalb zeigen sich die USA besorgt über diese Entscheidung, sagte Stuart Eizenstat, der als Sonderberater der US-Regierung zu Fragen im Zusammenhang mit dem Holocaust gilt. Unterstützt wird Eizenstat von Behörden in Washington, die Warschau aufforderten, umgehend dafür zu sorgen, dass die offenen Fragen zu jüdischem Eigentum in Polen nun endlich geklärt werden. Eizenstat wies in einer Pressekonferenz darauf hin, dass andere EU-Staaten gesetzliche Regelungen getroffen hätten.

Von Interesse wird sein, ob Polen ein Gesetz nur für jüdische Entschädigungen verabschiedet, oder ob alle zu Unrecht Enteigneten, wie die deutschen Vertriebenen, eingeschlossen werden. Würde eine solche Regelung nur für eine Gruppe getroffen, wäre damit ein Fall der Diskriminierung gegeben, der die EU auf den Plan rufen müsste. *Nachdruck aus „Schlesische Nachrichten“*

Quittung für Jahre der Misswirtschaft

Trotz EU-Zahlungen verbesserte Portugal seine Wettbewerbsfähigkeit nicht – Eigentlich bleibt nur Insolvenz

Nach Griechenland und Irland schlüpft nun auch Portugal unter den EU-Rettungsschirm. Das ärmste Land Westeuropas mit nur zehn Millionen Einwohnern soll mit 80 Milliarden Euro vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch bewahrt werden. Als Gegenleistung für die Notkredite wird von dem Land ein Sparprogramm gefordert, das härter sein wird als das, mit dem die portugiesische Regierung erst vor kurzem gescheitert ist.

Schon bis zum 16. Mai sollen die Verhandlungen über die Hilfszahlungen und das von der EU geforderte Sanierungsprogramm beendet sein. Kurz danach sollen die ersten Gelder aus dem Rettungsfonds fließen – rechtzeitig, bevor am 15. Juni rund sieben Milliarden Euro für auslaufende portugiesische Staatsanleihen und Zinszahlungen fällig werden. Das von Brüssel geforderte Sanierungspaket soll erheblich tiefgreifender sein, als das Sparprogramm, das am 23. März dem Parlament vorgelegt worden war. Die Ablehnung des Sparkurses führte zum Scheitern der Regierung von Ministerpräsident Jose Socrates. Nach seinem Rücktritt im März wurden Neuwahlen für den 5. Juni angesetzt. Die Verhandlungen von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF) mit der bis dahin amtierenden Übergangsregierung werden daher parallel zum Wahlkampf verlaufen. Ein politisches Risiko – die ersten Hilfszahlungen werden fließen, bevor das neu gewählte Parlament die Arbeit aufnimmt und in Lissabon eine handlungsfähige Regierung gebildet wurde.

Aus diesem Grund sollen neben der Übergangsregierung auch die großen Oppositionsparteien an den Verhandlungen mit der EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und IWF eingebunden werden. Trotzdem bleibt die Gefahr, dass von dem künftigen Wahlsieger nach dem 5. Juni Nachverhandlungen gefordert werden. Ausgeschlossen ist auch nicht, dass es bei den Wahlen zu einem Linksruck kommt und eine neue Regierung dem gesamten Hilfspaket die Unterschrift verweigert. Aus diesem Grund gibt es in der EU Überlegungen, zunächst nur die Verhandlungen und Hilfszahlungen für das Jahr 2011 aufzunehmen und das Gesamtpaket für die Folgejahre 2012 und 2013 erst mit der im Juni neu gewählten Regierung zu verhandeln.

Trotz der fast aussichtslosen Lage der portugiesischen Finanzen hatte sich das Land bisher hartnäckig geweigert, den EU-Rettungsschirm in Anspruch zu nehmen. Über den Anlass, warum es nun doch zum offiziellen Hilferuf an die EU kam, kursieren unterschiedliche Versionen: Der Chef des portugiesischen Bankenverbandes, Antonio de Sousa, behauptet, dass die Europäische Zentralbank (EZB) unter ihrem Chef Jean-Claude Trichet die portugiesischen Banken aufgefordert haben soll, in einen Käuferstreik für Staatsanleihen des Landes zu treten, falls die Regierung sich weiterhin weigern sollte, ein Hilfegesuch an die EU zu richten.

> Hat die EZB Druck auf Zentralbank in Lissabon ausgeübt?

Vom EZB-Chef Trichet wird diese Darstellung bestritten, sollte es sich aber tatsächlich so zugetragen haben, hätten die portugiesischen Banken, die am Tropf der EZB hängen, kaum eine Chance gehabt, sich einer solchen Aufforderung zu widersetzten.

Ausgeschlossen ist nicht, dass Portugal derart unter Druck gesetzt wurde – in Brüssel ist die Angst vor einem Übergreifen der Krise auf Spanien groß. Aber auch ohne Druck der EZB hat sich Portugal in den letzten Monaten nur noch mit Mühe am Kapitalmarkt halten können. Zuletzt mussten für einjährige Anleihen fast sechs Prozent Zinsen gezahlt werden, für fünfjährige Papiere musste Portugal mehr als neun Prozent anbieten. Zinssätze, die sich kein Staat lange leisten kann.



Portugal muss sich erklären: Noch-Regierungschef Jose Socrates (l.) muss weitere Sparzugeständnisse machen als geplant. Der aus Portugal stammende EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso wird anlässlich der Verhandlungen auch mit seinen Fehlern konfrontiert, denn auch er regierte das Land zeitweise. Bild: Photoshot

Portugal ist anders als Irland nicht an einem maroden Bankensektor gescheitert, sondern die Krise hat strukturelle Gründe. Das Heimatland des Chefs der EU-Kommission, José Manuel Barroso, gilt nicht als ein Modell für Europa. Nach dem Beitritt zur EWG im Jahr 1986 hat das Land seit mittlerweile 25 Jahren Transferzahlungen aus dem übrigen Europa erhalten, ist aber nicht wettbewerbsfähiger geworden.

Eine industrielle Basis ist in dem Land nahezu nicht vorhanden, daran hat auch das Versagen des Bildungssystems einen Anteil. Nach Angaben der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) haben nur 28 Prozent der Portugiesen zwischen 25 und 64 Jahren eine abgeschlossene Berufsausbildung oder die Reifeprüfung.

Die Gesamtschulden Portugals sind inzwischen auf 92,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts angewachsen. Im Jahr 2010 betrug das staatliche Defizit 8,6 Prozent der Wirtschaftsleistung. An den angekündigten Notkrediten wird Deutschland voraussichtlich mit 25 Milliarden beteiligt sein. Allerdings ist mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen, dass die Kredite nur ein Zwischenschritt hin zu einem Schuldenerlass sind. Ähnlich wie im Fall Griechenland geht kaum jemand davon aus, dass Portugal ohne einen solchen Schritt wieder auf die Beine kommen wird. Betroffen wären vor allem die größten Kreditgeber des Landes, die spanischen Banken. Sie sind mit etwa 70 Milliarden Euro in Portugal engagiert und haben selbst mit den Folgen einer Immobilienkrise zu kämpfen. Über den Umweg des EU-Rettungsschirms für Portugal hat Spaniens Bankensektor nochmals eine Gnadenfrist erhalten.

Norman Hanert

KURZ NOTIERT

Verstoß gegen das Swift-Abkommen: Gravierende Vertragsverletzungen bei der Umsetzung des Swift-Abkommens musste die EU-Kommission in einem Bericht einräumen. Der Vertrag ermöglicht US-Behörden den Zugriff auf Daten europäischer Bankkunden zur Terrorbekämpfung. Trotz des vereinbarten Datenschutzes speichern die USA dem Bericht nach Daten auf Vorrat und ohne Anlass. Nach 27 000 erfolgten Anfragen ist bisher kein Fall bekannt, in dem ein Beitrag zur Terrorbekämpfung geleistet werden konnte. *N.H.*

Sparer profitieren kaum von Zinserhöhung der EZB: Die „Stiftung Warentest“ weist darauf hin, dass die erste Zinserhöhung der Europäischen Zentralbank (EZB) nach zwei Jahren um 0,25 Prozent auf 1,25 Prozent beim Leitzins nur Kreditnehmer, nicht aber Sparer direkt zu spüren bekommen, da die Banken vermutlich nur die Kreditzinsen erhöhen werden. Das Ziel der EZB, durch die Zinserhöhung die Inflation auszubremsen, dürfte jedoch, so es erreicht wird, auch Sparern zu gute kommen. *Bel*

Lieber den Kunden als dem Staat Zinsen zahlen: Um im Juni insgesamt 14,3 Milliarden Euro der im Rahmen der Bankenrettung erhaltenen Staatsgelder zurückzuzahlen, plant die Commerzbank, neben elf Milliarden Euro aus der Kapitalerhöhung auch 3,27 Milliarden Euro an Kundengeldern aufzunehmen. Das zweitgrößte deutsche Kreditinstitut lockt hier mit äußerst attraktiven Zinsen, die allerdings unter den neun Prozent liegen, die die Bank dem Staat zahlen müsste, wenn sie ihm sein Geld nicht baldmöglichst zurückzahlt. *Bel*

Nein hat keine Folgen für EU-Beitritt: Die EU reagierte verhalten auf das Nein der Isländer, als Steuerzahler für die Schulden der bankrotten Icesave-Bank aufzukommen. Die Ablehnung hätte keine Auswirkungen auf die laufenden EU-Beitrittsverhandlungen zwischen Brüssel und Reykjavik. Die Icesave-Bank hat vor allem Schulden bei niederländischen und britischen Kunden. *Bel*

Zu teuer und zu spät

Schlankheitskurs bei Satellitensystem Galileo

Das Satellitennavigationssystem Galileo – das geplante europäische Konkurrenzprodukt zum amerikanischen GPS-System – wird deutlich teurer als bisher geplant. Statt der kalkulierten 3,4 Milliarden Euro wird nun von der EU-Kommission mit Kosten von 5,3 Milliarden Euro gerechnet. Beim laufenden Betrieb des Systems haben sich die Kostenschätzungen inzwischen vervierfacht, statt 200 Millionen muss mit jährlich 800 Millionen Euro gerechnet werden. Bislang ist die beim Projekt federführende EU-Kommission auch nicht in der Lage, die Kostensteigerungen nachvollziehbar zu begründen, ähnlich sieht es bei den zu erwartenden Einnahmen aus. Von den am Projekt beteiligten Ländern wird angesichts angespannter öffentlicher Haushalte ausgeschlossen, dass zusätzliches Geld für das Projekt nach Brüssel überwiesen wird. Sie fordern stattdessen, dass die Mehrkosten aus dem EU-Haushalt aufgebracht werden sollen. Eine mögliche Lösung wird in einer Verschlankung des Systems gesehen. Dass es beim öffentlich-rechtlichen Dienst von Galileo, der vom Militär und der Polizei genutzt werden soll, zu Abstrichen kommt, gilt als nahezu ausgeschlossen. Möglicherweise werden bei der geplanten zivilen Nutzung einige Dienste wegfallen.

Bislang war vorgesehen, dass Galileo Navigationsdaten nicht nur für den Straßenverkehr, sondern auch für die Landwirtschaft, für Rettungsdienste und für den Luftverkehr liefern soll. Ob eine abgespeckte Version des Galileo-Projekts noch wirkliche Marktchancen hat, bleibt fraglich. Es wird in der Zukunft nicht nur gegen ein modernisiertes amerikanisches GPS-System antreten, sondern auch China baut mit hohem Tempo ein eigenes System mithilfe seiner Compass-Satelliten auf. Das chinesische Ortungssystem wird wahrscheinlich schon im Jahr 2016 den Betrieb aufnehmen. Das europäische Projekt läuft dagegen nicht nur bei der Finanzplanung aus dem Ruder, sondern auch beim Zeitplan. Mit der vollen Einsatzbereitschaft des Gesamtsystems wird erst im Jahr 2019 gerechnet – mit zwölfjähriger Verspätung. *N.H.*

> EU kann Mehrkosten nicht erklären

Berlin oder London

Standort für neue Siemens-Sparte gesucht

Nur kurze Zeit nach dem letzten Umbau legt Peter Löscher, Vorstandsvorsitzender von Siemens, erneut Hand an die Struktur des Konzerns. Neben den Sparten Industrietechnik, Energie und Medizintechnik soll mit Beginn des neuen Geschäftsjahres zum 1. Oktober eine vierte Sparte mit der Bezeichnung „Infrastruktur und Städte“ entstehen. Der neue Bereich soll sich mit der Entwicklung von Infrastrukturlösungen für Großstädte befassen. Dazu werden Produkte für effiziente Stromnetze, Gebäudetechnik, Wasserversorgung und auch Abfallentsorgung gehören. Auf diesen Gebieten rechnet Siemens in den nächsten Jahren mit weltweit massiven Investitionen. Bei einem geplanten Umsatz von 16,5 Milliarden Euro sollen in der neuen Sparte 81 000 Mitarbeiter tätig sein. Hoffnung auf Ansiedlung der Geschäftsleitung der neuen Konzernsparte macht sich Berlin. Die Stadt ist nicht nur der größte deutsche Produktionsstandort von Siemens, sondern hier wurden 1847 durch Werner von Siemens und Johann Georg Halske auch die Grundlagen für den Weltkonzern gelegt. Wirtschaftssenator Harald Wolf von der Partei „Die Linke“ will das Gespräch mit der Konzernleitung suchen. Allerdings wurde von Siemens-Finanzvorstand Joe Kaeser inzwischen auch das Ruhrgebiet als möglicher Standort ins Gespräch gebracht. Eine Entscheidung für einen Standort in Deutschland wird durch den Siemens-Gesamtbetriebsrat unterstützt. Ausgeschlossen ist aber nicht, dass im global agierenden Konzern die Entscheidung zugunsten von London oder auch Shanghai fallen könnte. Immerhin arbeiten weltweit in 190 Ländern über 400 000 Angestellte für das Unternehmen, das im Jahr 2010 einen Umsatz von fast 76 Milliarden Euro erzielte. Mithilfe der neuen Konzernstruktur wird in den nächsten Jahren ein Jahresumsatz von 100 Milliarden Euro angepeilt. Der Umbau bei Siemens hat allerdings auch die Trennung von Geschäftsfeldern zur Folge, so soll die profitable Tochtergesellschaft Osram im Herbst 2011 an die Börse gebracht werden. *N.H.*

> Auch Shanghai ist im Gespräch

Eingriff in Verkehr

EU will bei den Autofahrern Kasse machen

Fahrer von Dieselfahrzeugen könnten in Zukunft eine böse Überraschung erleben. Ihnen drohen an deutschen Tankstellen drastische Preissteigerungen. Nach den Plänen des EU-Kommissars Algirdas Semeta sollen für Kraftstoffe neue Mindeststeuersätze eingeführt werden. Mithilfe einer Energiesteuer-Richtlinie sollen Kraft- und Heizstoffe künftig nicht mehr nach der Menge, sondern nach ihrem Energiegehalt besteuert werden – die sogenannten Biokraftstoffe, die einen geringeren Energiegehalt aufweisen, würden dadurch billiger werden. Für Diesel hätte die neue Richtlinie allerdings eine drastische Verteuerung zur Folge. Gerechnet wird damit, dass in Deutschland statt 47 Cent bald 75 Cent pro Liter Diesel an Steuern fällig werden. Bei der Einführung der neuen Mindeststeuersätze soll es Übergangsfristen bis zum Jahr 2020 geben, um der Industrie Zeit zu geben, sich auf die Neuerungen einzustellen.

Noch mehr Brisanz steckt in anderen Plänen der EU-Kommission, die bisher in der Öffentlichkeit wenig beachtet wurden. In einem Weißbuch für einen einheitlichen europäischen Verkehrsraum wurden Vorschläge für zukünftige EU-Gesetze präsentiert: Die Planungen sehen massive Eingriffe in die Verkehrspolitik der Mitgliedsstaaten vor – nach planwirtschaftlicher Manier sollen Schienenwege massiv gefördert werden. Noch bis zum Jahr 2020 sind 550 Milliarden Euro und längerfristig sogar 1,5 Billionen Euro für die europäischen Hochgeschwindigkeitsnetze geplant. Dem Straßenverkehr drohen hingegen mehr Reglementierung und stärkere finanzielle Belastungen. So soll zum Beispiel bis zum Jahr 2030 in den Innenstädten europäischer Metropolen der Anteil von Fahrzeugen mit konventioneller Antriebstechnik halbiert werden. Europaweit wird die Einführung von elektronischen Mautsystemen empfohlen – ab 2012 zunächst für Lkw und ab 2014 europaweit auch für Pkw. Für die deutschen Autofahrer könnte das bedeuten, dass die bisher von der Politik ausgeschlossene Pkw-Maut über den Umweg der EU-Richtlinien doch eingeführt wird. *N.H.*

> Brüssel plant Pkw-Maut

Boote für Italien?

Von Rebecca Bellano

Natürlich übertreibt der italienische Ministerpräsident Silvio Berlusconi, wenn er die auf der italienischen Insel Lampedusa an Land gehenden afrikanischen Einwanderer als „menschlichen Tsunami“ bezeichnet, aber bitte, er ist Italiener. Weniger nachsichtig sollte man mit seiner Drohung umgehen, er wolle die in Italien an Land gehenden Afrikaner mit befristeten Visa ausstatten, womit sie dann quer durch Europa reisen und sich dann überall unkoordiniert niederlassen könnten. Doch genau das wird der Italiener tun, wenn andere europäische Staaten Italien mit dem Problem alleine lassen. Zwar sind 20000 bis 25000 gen Europa geflüchtete Wohlstandsflüchtlinge für ein Land wie Italien mit 60 Millionen Einwohnern noch zu schultern, aber wer glaubt, dass es bei dieser Zahl bleiben wird, ist naiv.

Offenbar ist diese Flüchtlingswelle nur eine von vielen, die Europa noch zu verkraften hat (s. S. 6). Daher wäre es angebracht, wenn Europa endlich eine einheitliche Lösung für das Problem, was ja nicht neu ist, findet. „Italien muss sein Flüchtlingsproblem selbst regeln“, so Innenminister Hans-Peter Friedrich. Doch das will und kann es auf Dauer auch nicht. Vielleicht sollte Berlin Italien zumindest Boote für die Rückschiffung schicken.

Nur miteinander

Von Klaus Hornung

Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat mit seinem Vorstoß, die türkischen Einwanderer und Neubürger hätten in Deutschland eine Bringschuld zu tätigen und selbst an der Sicherung des innenpolitischen Friedens in Deutschland mitzuwirken, offenbar in ein Wespennest gegriffen. Anders kann man sich die schroffe Reaktion türkischer Funktionäre und Politiker nicht erklären. Sein Konzept der Mitverantwortung und Mitwirkung der Einwanderer gerade auch an der inneren Sicherheit und damit für ein friedliches Miteinander der Alt- und Neubürger, steht dem Denken und Trachten türkischer Funktionäre und Politiker entgegen, die offensichtlich nicht so sehr von einer friedlichen Zukunft erfüllt sind, wie sie sagen.

Gegenüber den offensiven Zielen beträchtlicher Teile des türkischen Establishments in der Türkei und Deutschland war die bisherige deutsche Einwanderungspolitik in vielen Stücken viel zu maßvoll und zurückhaltend. Bis jetzt hatte noch jede Schlagzeile in den türkischen Medien über sich wieder regenden deutschen „Faschismus“, wenn man türkische Wünsche nicht erfüllte, sein Ziel erreicht. Eine realistische Integrationspolitik hat aber ihre Chance zu erkennen, wenn sie sich nicht unterwürfig an die Verbandsfunktionäre hält, die nur eine Minderheit vertreten und nicht selten zu den türkisch-islamistischen und nationalistischen Scharfmachern gehören. Die Gesprächspartner der deutschen Politik müssen sich aus der friedlichen und vernünftigen Mehrheit der türkischen und islamischen Bevölkerung in Deutschland rekrutieren, wenn wir ein friedliches Miteinander wollen.

Die FDP im Übergang

Von Wilhelm v. Gottberg

Die Würfel sind gefallen. Westerwelle gibt den Bundesvorsitz in seiner FDP ab. Damit geht er einer durchaus möglichen Niederlage beim in Kürze anstehenden Parteitag aus dem Weg. Der 49-Jährige will am Amt des Außenministers festhalten, doch darüber ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Beim Parteitag im Mai in Rostock wird sich der scheidende Vorsitzende einiges anhören müssen. Nicht nur ein erheblicher Teil der FDP-Basis, sondern auch viele im bürgerlichen Lager sehen in Westerwelle den Hauptschuldigen beim Wahldesaster der Liberalen. Er konnte bisher mit dem Amt des Außenministers nicht punkten. Westerwelle erinnert in seinem Auftreten an einen Konfirmanden, der mit gedrechselten Worthülsen bemüht ist, den Erwartungen des Auslandes an Deutschland zu entsprechen. Er war in seiner Partei auf das Generalthema Steuersenkung fixiert. Damit aber hatte er andere wichtige politische Ziele des Liberalismus ausgeblendet. Auch deshalb konnte er seine große Wählerschar bei der letzten Bundestagswahl nicht längerfristig an die FDP binden.

Guido Westerwelles Manko als Politiker ist seit seiner Wahl zum Außenminister deutlich zutage getreten. Als Oppositionspolitiker ist er ernst zu nehmen; er ist angriffslustig und hat keine Scheu, Versäumnisse und Missstände anzuprangern. Diese Rolle konnte er auch als Mitglied der Regierung nicht ablegen, sondern hat sie gegen die eigenen Koalitionäre fortgeführt. Er wollte als Gutmensch der Regierung erscheinen. Das ging schief. Ein Regierungspolitiker muss Politik gestalten, kommunizieren können und um Zustimmung zum eigenen Handeln werben. Vermutlich hat Westerwelle den Zenit seiner politischen Laufbahn bereits überschritten.

> Themen, um Profil zu zeigen, gibt es genug

Was kommt nach Westerwelle? Gesundheitsminister Philipp Rösler soll neuer FDP-Vorsitzender werden. Auf dem schwierigen Feld der Gesundheitspolitik hat er sich achtbar geschlagen; allerdings nicht durchweg erfolgreich im Sinne des Allgemeinwohls. Die Pharma- und Ärztelobby ist stark. Die Gewerkschaften und die Krankenkassen wirken in der Gesundheitspolitik immer mit. Auf diesem Feld ist es schwer, politische Lorbeeren zu erringen. Rösler muss die Partei programmatisch breiter aufstellen. Steuersenkungen anzustreben ist gut, sie politisch durchzusetzen ist bei der gegenwärtigen Haushaltslage unrealistisch. Rösler wird ein Kernthema der Liberalen neu definieren müssen: „Marktwirtschaft“!

Den Bestrebungen auf der EU-Ebene eine Wirtschaftspolitik mit planwirtschaftlichen Akzenten einzuführen, sollte die FDP ein entschiedenes Nein entgegensetzen. Unter Otto Graf Lambsdorff war das der wichtigste Punkt der FDP. Auch die Geldwertstabilität und die Kriminalitätsbekämpfung könnte die Partei zu wichtigen Punkten machen. Unverständlich, warum sich die FDP nicht um die eingeschränkte Meinungsvielfalt sorgt, zum Beispiel beim Thema Ausländerkriminalität.

Zur Neuausrichtung der Partei gehört auch neues Personal in den politischen Spitzenpositionen. Mit Rainer Brüderle, Birgit Homburger oder Cornelia Pieper ist kein Staat zu machen. Pieper ist eine Fehlbesetzung als Staatsministerin im Außenamt.

Dem jungen Generalsekretär Christian Lindner sollte man noch Zeit geben. Überzeugend ist seine Wende hin zum schnellen Kernenergieausstieg nicht. Ein guter Generalsekretär braucht Lebenserfahrung. Mit zunehmender Lebenserfahrung wächst das Durchsetzungsvermögen. Die FDP hat eine Reihe guter Bundestagsabgeordneter, die für Führungsaufgaben in Frage kommen. Man muss sie nur auf den Schild heben.

Was wird aus der FDP? Ihre Zukunft ist nicht gesichert. Die Ergebnisse des Parteitages und der Ausgang der nächsten Landtagswahlen werden die Beantwortung dieser Frage leichter machen.



Löst Philipp Rösler sich vom Ziehvater Guido Westerwelle? Die Liberalen brauchen ein neues Profil. Die Zustimmung bei der letzten Bundestagswahl hat gezeigt, dass vor allem Bürgerliche ihre Hoffnung in die Partei gesetzt hatten, die jedoch bisher bitter enttäuscht wurden.

Bild: A.Heimken/dapd

Gastbeitrag

Von Gerechtigkeitsfanatikern und Eliteverweigererern



Von Boris Grundl

Auf der einen Seite sind die Berliner Philharmoniker ein waschechtes Kollektiv. Das Orchester verwaltet sich selbst. Neue Mitglieder müssen nach einer Probezeit einstimmig gewählt werden. Selbst der jeweilige Chefdirigent wird vom Kollektiv bestimmt. Die Musiker treten außerdem in einheitlicher Kleidung auf und werden im Wesentlichen vom Staat bezahlt.

Auf der anderen Seite hat nur derjenige eine Chance auf Aufnahme bei den Berliner Philharmonikern, der als Musiker sein Instrument perfekt beherrscht und dafür jahrelang täglich viele Stunden geübt hat. Er muss im Umgang mit seinem Instrument zur Elite gehören. Wer im Kollektiv herausragende Leistungen bringt, dem gestattet das Orchester nebenher eine Solokarriere. Dieser braucht dann den Erfolg nicht mit dem Orchester zu teilen, das ihm die Plattform dazu geboten hat.

Vieles spricht dafür, dass es gerade diese einzigartige Verbindung aus höchstem Gemeinschaftssinn und ausgeprägter Individualität ist, die die Berliner Philharmoniker zum vielleicht besten Orchester der Welt macht. Dennoch stören sich Kritiker an den Alleingängen einzelner Musiker. Diese Gerechtigkeitsfanatiker unter den Gutmenschen stören sich an dem Erfolg Einzelner. Es stört sie, dass sich die Musiker durch ihren Erfolg von der Masse absetzen.

Wen die Gutmenschen als „elitär“ abstempeln, der bekommt ein Imageproblem und kann seinen Erfolg nicht mehr recht auskosten. Eine Gesellschaft, die Spitzenleistungen hervorbringt, wollen die Gerechtigkeitsapostel gar nicht. Denn dann fiele ja ihre eigene Entwicklungsverweigerung auf. Doch wo sich keiner weiterentwickeln, keiner experimentieren, keiner auffallen soll, da ist der Stillstand programmiert.

Um ihren Gerechtigkeitswahn moralisch zu rechtfertigen, nutzen sie einen unserer fatalsten Denkfehler aus: Wir glauben, wenn wir die Starken schwächen, wäre mehr Stärke für die Schwachen da. Dabei ist es genau umgekehrt. Wenn die Starken noch stärker werden, ist mehr Stärke für alle da. Der erste Ansatz geht von einem bestehenden Kuchen aus, der möglichst gerecht verteilt werden muss, der zweite Ansatz von einem immer größer werdenden Kuchen. Wird der Kuchen größer, ist genug für alle da. Nur wer etwas hat, kann es anderen geben. Hier gibt es einen weiteren Trugschluss: Die Gutmenschen glauben, dass die Starken den Kuchen allein essen. Sie tönen von Ausbeute und Ungerechtigkeit. Dabei ist es genau anders herum. Wer wirklich Stärke entwickelt hat, dem ist Mitgefühl nicht fremd.

> Theorie der Gutmenschen: Starke schwächen, um die Schwachen zu stärken

Der Sozialismus will uns glauben machen, wir müssten unsere Individualität weitgehend aufgeben, um in intakten Gemeinschaften zu leben. Der Liberalismus will uns weismachen, die Gemeinschaft sei dem Einzelnen ständig im Weg. Solche „Ismen“ sind geistige Extreme, die uns daran hindern, gründlich genug nachzudenken. Denn wer nachdenkt, wird feststellen, dass sich Gemeinschaft und Individualität überhaupt nicht widersprechen. Mehr noch: dass Spitzenleistungen gerade in der perfekten Balance von Kollektiv und Individuum entstehen.

Menschen, die mit ihren Spitzenleistungen dem Mittelmaß entrinnen wollen, sollten sich gegen die Gutmenschen wehren, die eben dieses Mittelmaß als „soziale Gerechtigkeit“ verbrämen. Die Gutmenschen wollen den Status quo erhalten, um von ihrem eigenen Stillstand abzulenken. Sie stellen sich als Beschützer vor andere. Aber es geht ihnen gar nicht um deren Schutz, sondern darum, dass möglichst viele es ihnen in ihrer Untätigkeit und ihrem mangelnden Ehrgeiz gleichtun. Wer bei uns erfolgreich sein will, der wird von den Gutmenschen gemobbt. Erst wenn sich Spitzenleute durchgesetzt haben, werden sie anerkannt. Fragen sie einfach mal bei Oliver Kahn nach diesem Prinzip.

Weil die Gutmenschen sich selbst nicht weiterentwickeln wollen und die Lösung aller Probleme von anderen erwarten, richtet sich ihr Blick hauptsächlich auf die Gerechtigkeit. Indem sie die Gesellschaft und nicht den Einzelnen in der Pflicht sehen, lenken sie von sich selbst ab. Dadurch verpassen sie aber jene Balance zwischen Individualität und Gemeinsinn, bei der sich das Potenzial der Menschen erst richtig entfaltet.

Solche Gutmenschen kommen in einer sozialen, menschenfreundlichen Verkleidung daher und durchziehen unsere Gesellschaft wie ein klebriger, süßer Honig. Im Grunde ihres Herzens befriedigen sie ihre eigenen, egoistischen Motive. Sie wollen gebraucht und geliebt werden. Sie wollen vor anderen gut dastehen. Sie wollen am Ende die Stärkeren bleiben. Und so halten sie die Schwachen schwach und dressieren sie zur Abhängigkeit. Sie werden zu Diktatoren, die unter dem Mantel des Gutmenschentums unsere Gesellschaft vergiften.

> Ungleiche Menschen gleich zu behandeln ist Ungerechtigkeit in Reinkultur

Die Gutmenschen würden am liebsten für jedes Orchestermitglied das gleiche Instrument kaufen. Sie würden dafür sorgen, dass diejenigen Musiker, die nicht aus der Oberschicht stammen, in den vorderen Reihen sitzen dürfen. Im Ergebnis würde zwar kaum hörenswerte Musik erklingen, aber sie hätten das Gefühl, sich für Gerechtigkeit eingesetzt zu haben. Hauptsache gerecht, auch wenn dabei die Welt zu Grunde geht.

Führungskräfte in Wirtschaft, Politik und Bildungswesen müssen anfangen, sich dem Konformitätsdruck zu entziehen, auch wenn es Überwindung kostet. Sie müssen sich die Berechtigung geben, Menschen ungleich zu behandeln. Damit es gerechter zugeht. Ungleiche Menschen gleich zu behandeln, das ist Ungerechtigkeit in Reinkultur.

Dabei hilft ein differenzierendes Menschenbild. Denn natürlich sind alle Menschen gleich in ihren Grundbedürfnissen, beispielsweise nach Nahrung, Wärme, Sicherheit, Zuwendung, Beachtung und Anerkennung. Aber sie sind unterschiedlich dort, wo sie in ihrer Persönlichkeit unterschiedlich entwickelt sind. Je höher die persönliche Entwicklungsstufe, desto mehr treten die Unterschiede zutage. Wer diese Unterschiede beseitigen will, sollte offen sagen, dass er generell keine Entwicklung des Menschen will. Wir müssen Eliten mehr fördern und anerkennen. Dann geht es uns allen besser. Unsere Gesellschaft braucht starke, selbstbestimmte Menschen. Nur so kann aus der Diktatur der Gutmenschen eine Demokratie der Menschenentwickler werden.

Boris Grundl durchlief eine Blitzkarriere als Führungskraft und gehört als Führungsexperte und charismatischer Kongress-Redner zu Europas Trainerelite. Er ist Management-Trainer, Unternehmer, Autor sowie Inhaber der Grundl Leadership Akademie. Boris Grundl perfektionierte nach einem Sportunfall, der ihn fortan an den Rollstuhl fesselte, die Kunst, sich selbst und später auch andere auf höchstem Niveau zu führen. Er ist ein gefragter Referent und Gastdozent an mehreren Universitäten.

Tiefe Spuren von Schmerz

Jörn Barfod vom Ostpreußischen Landesmuseum über die Ausstellung »Flucht und Vertreibung« auf dem Deutschlandtreffen

Am letzten Maiwochenende werden in Erfurt viele tausend Ostpreußen zusammenkommen, um beim Deutschlandtreffen in den dortigen Messehallen ein Bekenntnis zur angestammten Heimat abzulegen. Neben politischen Veranstaltungen gehören traditionsgemäß auch Ausstellungen zum Programm. Eine widmet sich dem Thema Flucht und Vertreibung aus der Sicht von betroffenen Künstlern. Zusammengestellt wurde die Schau vom Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. *PAZ*-Redakteurin Silke Osman sprach mit Dr. Jörn Barfod, Kustos am Landesmuseum, über die Ausstellung.

PAZ: *Herr Dr. Barfod, Sie haben für die Ausstellung des Ostpreußischen Landesmuseums auf dem Deutschlandtreffen in Erfurt ein ganz spezielles Thema gewählt – Flucht und Vertreibung. Was bewegte Sie zu diesem Entschluss?*

Dr. Jörn Barfod: Das Thema dieser Zusammenstellung von Grafiken aus der Sammlung des Ostpreußischen Landesmuseums ist hier die Flucht aus Ostpreußen 1944/45. Viele ostpreußische Künstler der Erlebnisgeneration haben sich aus eigener Betroffenheit mit diesem traumatischen Geschehen beschäftigt. Allerdings geschah das aus ganz unterschiedlichen Erlebnissen oder Anregungen und zu ganz verschiedenen Zeiten. Die Katastrophe der Flucht der Zivilbevölkerung am Ende des Zweiten Weltkriegs hat in sehr vielen Biografien der Überlebenden tiefe, oft von Schmerz gezogene Spuren hinterlassen. Zur Verarbeitung des erfahrenen Leids wählten viele Betroffene – oft nach langen Jahren des hilflosen Schweigens – eine ihnen gemäße Form der Verarbeitung der Erlebnisse. So unterschiedlich die Künstler und ihre Schicksale sind, so verschieden sehen auch die Bilderfindungen zu diesem Thema aus. Nachdem vor wenigen Jahren erst die Aufmerksamkeit auch für diese Motive im Besonderen begann, tauchen noch immer neue Namen und Werke auf.

PAZ: *Ja, viele Vertriebene haben sich nach langer Leidenszeit ihre Erlebnisse geradezu von der Seele geschrieben. Es gibt aber nicht viele bildende Künstler, die diesen Weg gegangen sind.*

Eduard Bischoff: Flüchtlingstreck (Holzschnitt, 1958) Bild: OL

Barfod: Natürlich waren auch viele bildende Künstler aus dem Osten von diesen Erlebnissen der Flucht, der Zerstörung ihrer angestammten Heimat betroffen. Doch haben nicht so sehr viele diese Thematik dann auch einmal in ihren Werken ausgedrückt. Umso interessanter ist es zu sehen, in welcher Art dies schließlich doch durch einige Malerinnen und Maler, Grafikerinnen und Grafiker geschehen ist.

PAZ: *Und daraus ist jetzt diese Ausstellung entstanden?*

Barfod: Am Beispiel von Arbeiten aus Ostpreußen stammender Künstler, die die Schrecken der Flucht als Erwachsene oder noch als Kind erlebten, soll diese Ausstellung das tragische Thema beleuchten, das leider bis heute auf der Welt, aber auch in Europa noch für viele Menschen schmerzlich aktuell geblieben ist.

PAZ: *Ist bekannt, wie die Arbeiten entstanden? Denn oft ist ein frühes Entstehungsjahr zu erkennen.*

Barfod: Manche Künstler zeichneten schon unmittelbar auf der eigenen Flucht Skizzen. Alle anderen aber, die sich in ihrer künstlerischen Ausdrucksweise diesen schweren Erlebnissen zur Verarbeitung stellten, haben auch erst nach einer Phase der inneren Auseinandersetzung Bildfindungen gestaltet.

PAZ: *Was gibt es zu sehen?*

Barfod: Zum einen gibt es die Situationsschilderungen: Zerstörung, verstörte Menschen, der Treck und so weiter werden dargestellt in beteiligter, aber das vor Augen Stehende gegenstandsgetreu wiedergebender Weise. Hierbei ist jedoch die Möglichkeit, Gefühle und Gedanken des Künstlers selbst mit ins Bild zu bringen, recht begrenzt. Daher haben viele Grafiker und Maler einen anderen Weg, oft zusätzlich, gewählt. Dies war zeittypisch der Ausdruck in Symbolen, gegenständlicher und kompositorischer Art oder auch mit abstrakten Formen in etwas späterer Zeit.

PAZ: *Gibt es zu einzelnen Künstlern auch Informationen für die Besucher der Ausstellung?*

Barford: Zu den Künstlern, die mit Arbeiten in der Ausstellung vertreten sind, gibt es weitere Hinweise in Kurzbiografien. In einer früheren Ausstellung dieser Bilder hatten wir zusätzlich eine kleine Sammlung mit Ausschnitten aus Fluchtberichten angefügt. Dies ist auch jetzt wieder geplant.

PAZ: *Welche Künstler werden mit Arbeiten vertreten sein?*

Barfod: Der aus Königsberg stammende Maler und Grafiker Eduard Bischoff, der Professor an der Königsberger Kunstakademie gewesen war, Gertrud Lerbs Bernecker, eine der bedeutendsten Grafikerinnen Ostpreußens in der Zwischenkriegszeit, Alfred Partikel, Maler und ab 1929 Lehrer und Professor an der Königsberger Kunstakademie, die Grafikerin und Illustratorin Lieselotte Plangger-Popp, der aus Riga gebürtige deutschbaltische Künstler Eugen Weidenbaum, die Grafikerin Edeltraud Abel-Waldhauer und nicht zuletzt Marta Worringer sowie der aus Mohrungen stammende Gerhard Bondzin.

PAZ: *Eine bunte Mischung, auf die man gespannt sein darf. Vielleicht gibt es später auch einmal eine Dokumentation, die deutlich macht, was diese Künstler geleistet haben?*

Barfod: Sollte sich die Gelegenheit ergeben, aus diesem Material eine Dokumentation zu veröffentlichen, würde es mich sehr freuen. Noch sind wir allerdings in der Phase des Sammelns. Da die Thematik alle Museen betrifft, die nach § 96 des Bundesvertriebenenförderungsgesetzes (BVFG) für die Pflege des Kulturgutes der Vertriebenen und Flüchtlinge arbeiten, habe ich beispielsweise das Schlesische Museum darauf aufmerksam gemacht. Da bleibt noch ein besonderes Kapitel deutscher Kunstgeschichte zu schreiben.



Kustos Jörn Barfod Bild: privat

Für Sie gelesen

Spannende Texte zur Architektur

Ein Kunstbuch, das Fernweh weckt? Ja, auch das gibt es. Das im Prestel-Verlag erschienene Sachbuch „50 Bauwerke, die man kennen sollte" präsentiert brillante Farbfotos der wohl berühmtesten Bauwerke der Welt. Das Parthenon in Athen, die Pyramiden von Gizeh, das Kolosseum in Rom, die Hagia Sophia in Istanbul, der Hradschin in Prag, der Zwinger in Dresden, der Louvre in Paris, das Tadj Mahal in Indien, das Chrysler Building in New York, der Dogenpalast in Venedig, die Verbotene Stadt in Peking – das alles macht doch Lust auf ausgedehnte Reisen. Ein spannender und oft kurzweiliger Text zu jedem Bauwerk erklärt Bedeutung, Stil und den geschichtlichen Zusammenhang. Viele kleinere Bilder und Zeitleisten ergänzen die Informationen in dieser unterhaltsamen Architekturgeschichte. *os*

*Isabel Kuhl: **„50 Bauwerke, die man kennen sollte"**, Prestel Verlag, München, 176 Seiten, 200 Farbabbildungen, Flexo-Einband, 19,95 Euro*

Bedrängende Wirklichkeit

Franz Radziwill im Norden: Fünf Ausstellungen widmen sich dem Meister des »Magischen Realismus«

Der Maler Franz Radziwill (1895–1983) hat anscheinend kein Fettnäpfchen ausgelassen. Die unterschiedlichsten Gruppen haben seine (künstlerischen) Aktivitäten beargwöhnt. Er diente sich den Nazis an. Doch die lehnten ihn als Schöpfer von „Verfallskunst" ab. Auch in der von der abstrakten Kunst begeisterten bundesdeutschen Nachkriegszeit war seine figurative Malerei nicht gefragt, fand aber immerhin in der DDR wohlwollendes Interesse. Die Figuration war im Westen erst wieder in den 1960er Jahren gern gesehen – und Radziwill galt als einer ihrer bedeutendsten Vertreter.

Beargwöhnt wird jedoch nach wie vor seine „braune Periode". Die ist jetzt erstmals Ausstellungsthema, unter dem Titel „Franz Radziwill in der Zeit des Nationalsozialismus" präsentiert in der Kunsthalle Wilhelmshaven und im Franz-Radziwill-Haus Dangast. Drei Ausstellungshäuser in Emden und Oldenburg haben sich angeschlossen, so dass nun unter dem Titel „Radziwill im Norden" anhand von weit mehr als 200 Gemälden, Aquarellen, Zeichnungen und Druckgrafiken das Gesamtwerk des „Magischen Realisten" im Blickpunkt steht.

Die Kunsthalle Emden wartet mit Werken aus allen Schaffensphasen auf. Der gelernte Maurer Radziwill begann seine künstlerische Laufbahn als Expressionist, wie etwa der ins grotesk Komische gehende „Spaziergang in der Stadt" (1920) veranschaulicht. Mitte der 1920er Jahre wandte er sich einer atemberaubend detailrealistischen Malerei mit wundersamen Lichteffekten zu.

Das Landesmuseum Oldenburg ermöglicht die vertiefende Betrachtung von Radziwills Kunst der 1920er Jahre. Dortiges Hauptwerk ist der „Strand von Dangast mit Flugboot" (1929). Das von links majestätisch heranschwebende Flugboot veranschaulicht das zwiespältige Verhältnis des Künstlers zur modernen Technik. Für Weltuntergangsstimmung sorgt ein tief stehender, glühend orangefarbener Himmelskörper. Der und manch anderes im Bild sind später von Radziwill ergänzte Zutaten. Solche oft erst viele Jahre später erfolgten Überarbeitungen betreffen zahlreiche Gemälde. Sie gelten den Kunstwissenschaftlern als heikles, längst noch nicht erforschtes Feld. Radziwill hingegen fand das nicht weiter problematisch. Er sprach von „weitermalen", wie seine Tochter Konstanze berichtet. Oft ging damit eine Änderung des Bildtitels einher.

Im Dangaster Franz-Radziwill-Haus, das 60 Jahre lang das Domizil des Künstlers war, ist eines der rätselhaftetsten dieser „weitergemalten" Bilder ausgestellt. Es trägt die Titel „Revolution / Dämonen / Im Lichte der Staatsideen" (1933/34 und später). Rechts in der Ecke liegt vor einer Backsteinfassade, an der zwei Leichen hängen, ein blutüberströmter SA-Mann. Die durchs Bild schwebenden Dämonen sind eine spätere Zutat. Diese gespenstische Szene hatte Radziwill in seinem Atelier der Düsseldorfer Kunstakademie hängen. Er war 1933 in die NSDAP eingetreten und hatte das Lehramt des entlassenen Paul Klee übernommen. Studenten machten Radziwills expressionistisches frühes Schaffen publik, brachen überdies in sein Atelier ein und fotografierten das dort hängende Gemälde. Es gab den Ausschlag, dass er 1935 aus seinem Lehramt entlassen wurde. Radziwill zog sich nach Dangast zurück. Obwohl über 50 seiner Werke als „entartet" aus öffentlichen Sammlungen entfernt worden waren, konnte er als ein wohlgelittenes NSDAP-Mitglied von seiner Malerei gut leben.

„Alles, was ich erlebt habe, hat seinen Niederschlag in meinen Bildern gefunden, darin habe ich mir meine Bedrängnis von der Seele gemalt", hat Radziwill einmal gesagt. Und doch wunderte er sich über seine Bilder: „Seltsam, dass das durch mich hindurchgegangen ist …" *Veit-Mario Thiede*



Franz Radziwill: Die Schönheit des Alleinseins (Öl, 1948) Bild: Stadtmuseum Oldenburg

***„Franz Radziwill – 111 Meisterwerke aus privaten Sammlungen"**, Kunsthalle Emden, bis 19. Juni dienstags bis freitags von 10 bis 17 Uhr, am Wochenende von 11 bis 17 Uhr, Katalog (Wienand Verlag) 25 Euro im Museum. **„Franz Radziwill – Expressionismus und Neue Sachlichkeit"**, Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte, Galerie Neue Meister, Oldenburg, bis 22. Mai dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr. **„Die Schönheit des Alleinseins – Werke nach 1945"**, Stadtmuseum Oldenburg, bis 22. Mai dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr. **„Der Maler Franz Radziwill in der Zeit des Nationalsozialismus"**, Kunsthalle Wilhelmshaven, bis 22. Mai dienstags von 14 bis 20 Uhr, mittwochs bis sonntags von 11 bis 17 Uhr und bis 15. Januar 2012 im Franz-Radziwill-Haus, Varel / Dangast, dienstags und mittwochs von 10 bis 12 Uhr, donnerstags bis sonnabends von 15 bis 18 Uhr, sonntags von 11 bis 18 Uhr, Katalog (Kerber Verlag) 29,50 Euro.*

Skelettfunde in St. Petersburg

Hier hatte die Natur im Sinn / Ein Fenster nach Europa hin / ich brech' es in des Reiches Feste“, lässt Puschkin im „Ehernen Reiter“ Zar Peter die Gründung Sankt Petersburgs beschließen. Die Schönheit der Stadt ist unbestritten. Die hässliche Kehrseite ist, dass Sankt Petersburg „Peters Gulag“ war, in dem sich vermutlich 100 000 Leibeigene und Zwangsarbeiter zu Tode schufteten. Kommen ihre Skelette derzeit zum Vorschein? Das überlegen Stadt- und Kirchenhistoriker wie D. Sokolow und S. Opatowitsch, seit beim „remont“ der Straße „Bolschaja Konjuschennaja“ laufend menschliche Knochen zum Vorschein kommen. Zwangsarbeiter, an Ketten erkenntlich, sind es wohl nicht, deren Überreste wurden 1857 bei Tiefbauarbeiten am „Schwarzen Flüsschen“, einem Zufluss der Newa, in Massen entdeckt. Die „Konjuschennaja“ entstand 1730 und war immer eine „Straße 2. Ordnung“, kein „Prospekt“, Wohnsitz zahlreicher Petersburger Deutscher, die sie „Große Stallhofstraße“ nannten und in ihr 1831 die Lutherische Peterskirche errichteten. Älter war die benachbarte finnische St. Marienkirche von 1734. Bei den Bauten kamen gewiss Menschen ums Leben und wurden an Ort und Stelle verscharrt. Wahrscheinlicher aber ist die Vermutung, es mit einem Soldatenfriedhof zu tun zu haben, denn hier stand ab 1710 die Kaserne des lokalen „Ingermanländischen Regiments“. 1950/51 wurden hier Straßenbahnschienen gelegt – so flach, dass keine sterblichen Überreste auftauchten. Sicher ist auch, dass hier keine der schätzungsweise eine Million Toten begraben sind, die bei der Belagerung Leningrads 1941 bis 1944 ums Leben kamen. Einheimische und Touristen dürfen weiter rätseln, wer hier bestattet wurde. *W. O.*

Es darf weiter gerätselt werden

Fiasko in der Schweinebucht

Der US-amerikanische Versuch, Castro zu stürzen, scheiterte kläglich

Mit seinem militärischen Engagement in Libyen folgt US-Präsident Barack Obama zahlreichen Beispielen aus der US-amerikanischen Geschichte. Seit über 200 Jahren ist das Interventionsprinzip ein fester Bestandteil der Außenpolitik seines Landes. Nicht immer jedoch war es damit erfolgreich. Der spektakulärste Fehlschlag ereignete sich vor 50 Jahren, als der Versuch, der kubanischen Konterrevolution mit militärischen Mitteln zur Rückkehr an die Macht zu verhelfen, kläglich scheiterte.

Seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts ist kaum ein Jahrzehnt vergangen, in dem die US-Regierung nicht in irgendeinem Teil der Welt mit militärischen Mitteln in die Geschicke anderer Länder und Regionen eingegriffen hat. Von Anbeginn ihrer Existenz haben die USA die ganze Welt als zu ihrer Interessensphäre gehörend betrachtet. Selbst vor einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines Landes haben sie nicht zurückgeschreckt, wenn sie sich davon einen machtpolitischen Vorteil versprachen. Der erste, der diese Erfahrungen machen musste, war ebenfalls ein nordafrikanischer Despot und auch das Schlachtfeld war dasselbe wie heute. Als Yussuf Karamanli, der durch die Ermordung seines ältesten Bruders an die Macht gekommene Statthalter des Osmanischen Reiches in Tripolis, im Jahre 1801 von US-amerikanischen Handelsschiffen Tribut für die ungehinderte Passage forderte, schickte Präsident Thomas Jefferson seine Flotte ins Mittelmeer und ließ Marineinfanterie an der libyschen Küste landen. In ihrem Gefolge befand sich ein aus dem ägyptischen Exil zurückgekehrter Bruder des Despoten, den die USA als Gegenherrscher inthronisieren wollten. Doch Karamanli erklärte sich unter dem Eindruck der drohenden militärischen Niederlage und des Umsturzes bereit, zukünftig auf Schutzgeldzahlungen zu verzichten. Die Amerikaner zogen ab und überließen ihren Verbündeten Ahmed Karamanli der Rache seines Bruders.

Nicht minder bitter endete vor 50 Jahren der von den USA initiierte Versuch kubanischer Exilanten, Fidel Castro gewaltsam zu stürzen. Bis zur Revolution 1959 waren Kubas Politik und Wirtschaft stark von den USA beeinflusst gewesen. Als im Zuge der danach einsetzenden sozialistischen Reformen auch US-amerikanische Firmen von Enteignungen betroffen waren, setzte Präsident Dwight D. Eisenhower zunächst auf wirtschaftliche Sanktionen. Doch selbst ein totales Handelsembargo konnte Castro nicht von seinem Kurs abbringen. Vielmehr nutzte er den Ost-West-Konflikt, um weltweite Handelsbeziehungen zu den Ländern des sozialistischen Lagers aufzubauen. Für Eisenhower blieb damit nur noch ein Mittel, die Interessen seines Landes in Kuba durchzusetzen: eine militärische Intervention.



Kubanische Regierungspropaganda: Nur heroische Abwehr Bild: culture images

Dabei war ein amerikanischer Angriff auf Castro angesichts der weltpolitischen Gegebenheiten ausgeschlossen, denn eine offene Einmischung in die Angelegenheiten eines fremden Staates hätte zu heftigen Reaktionen des Ostblocks und von Staaten in der Dritten Welt geführt. Die einzig vertretbare Option war die, dass die kubanische Opposition von eigenem Territorium aus die USA um militärischen Beistand bittet. Daher beauftragte Eisenhower die CIA, einen Putsch von Exilkubanern vorzubereiten. Deren einzige Aufgabe sollte es sein, ein provisorisches Flugfeld so lange abzusichern, bis die in Miami gestartete Exilregierung gelandet und ihr Hilfeersuchen an Washington ausgesprochen hatte.

Da die Planung erst nach den Präsidentschaftswahlen abgeschlossen war, war es nun an John F. Kennedy, die heikle Mission zu befehlen. Gestützt auf sehr optimistische Geheimdienstberichte sagte die CIA ihm einen sicheren Erfolg der Aktion voraus. Als Ort für die Durchführung der Operation wurde die taktisch günstig gelegene Schweinebucht ausgewählt. Am 15. April 1961 griffen amerikanische Flugzeuge, die mit kubanischen Hoheitszeichen versehen waren, drei kubanische Flugplätze an. Dadurch sollte der Anschein einer Gegenrevolution erweckt werden. Der Schwindel flog allerdings auf, da fünf der Flugzeuge von der kubanischen Luftwaffe abgeschossen wurden. Zwei Tage später landeten, von ihren Ausbildungslagern in Guantanamo kommend, 1500 Exilkubaner unter Führung von CIA-Agenten mit Unterstützung der US-Marine in der Schweinebucht, wo sie indes schon von der kubanischen Armee erwartet wurden. Trotz Luftunterstützung durch die US-Luftwaffe war die Landungstruppe nach drei Tagen aufgerieben. Kennedy aber weigerte sich, amerikanische Bodentruppen zu deren Unterstützung zu entsenden, um die Situation nicht außenpolitisch eskalieren zu lassen. Damit war die Operation gescheitert. Die überlebenden Kubaner und die Besatzungen der abgeschossenen US-Maschinen wurden gefangen genommen und in Schauprozessen abgeurteilt. Ein Teil von ihnen wurde 1963 gegen in Kuba dringend benötigte Medikamente, Lebensmittel und landwirtschaftliche Geräte ausgetauscht.

Für die USA war diese Niederlage ein außenpolitisches Debakel und eine internationale Blamage. Zum ersten Mal war das US-amerikanische Vorgehen gegen nicht genehme Regierungen in Lateinamerika gescheitert. Viele Staaten schickten Protestnoten nach Washington, und in Lateinamerika kam es zu machtvollen antiamerikanischen Demonstrationen. Castro und die dortigen revolutionären Bewegungen fühlten sich nicht abgeschreckt, sondern vielmehr ermutigt. Innenpolitisch dagegen stieg Kennedys Ansehen, das bis zur Legende verklärt wurde. Galt er in der amerikanischen Öffentlichkeit bis dahin als außenpolitisch eher schwach, bewunderten seine Landsleute ihn nun für seine Entschlossenheit.

Gleichwohl blieb das Fiasko in der Schweinebucht nicht ohne politische Folgen. Der CIA-Direktor und seine Stellvertreter wurden entlassen, nachdem feststand, dass der Geheimdienst den Präsidenten falsch beraten hatte. Die Analysten hatten die antirevolutionäre Stimmung in Kuba ebenso überschätzt wie die Kampfkraft der im Lande operierenden Revolutionsgegner. Die deutlichste Kritik an der Rolle der CIA kam von deren eigenem Generalinspekteur Layman Kirkpatrick. In einem internen Bericht, der erst vor einigen Jahren öffentlich bekannt wurde, stellte er fest, für den Misserfolg seien Arroganz, Ignoranz und Inkompetenz in den eigenen Reihen verantwortlich. Getragen von reinem Wunschdenken, habe sich die Aktion verselbständigt. Sie sei „lächerlich oder tragisch, oder beides“ gewesen, die CIA habe gar nicht mehr genau gewußt, was sie eigentlich tat.

Kennedy selbst erklärte, er fühle sich von der CIA hintergangen und reduzierte ihren Einfluss auf die US-amerikanische Regierungspolitik. Fortan wurde die Verantwortung für derartige Aktionen zunehmend dem Verteidigungsministerium übertragen. *Jan Heitmann*

Putschversuch gegen die Dekolonisation

OAS-Offiziere wollten sich nicht mit Charles des Gaulles Entlassung Algeriens in die Unabhängigkeit abfinden

Bomben detonieren, dazwischen Gewehrsalven, in den Metropolen des Maghreb riskieren wütende Menschen ihr Leben, um die Herrschenden zu verjagen, andere wollen genau dies mit aller Gewalt verhindern – so beschreibt sich heute die Lage in der arabischen Welt. Die Beschreibung passt genauso auf die Zustände in Nordafrikas Mittelmeer-Anrainerländern vor 50 Jahren.

Heute geht es um Despoten „aus eigenem Blut und Geschlecht“, um den Libyer Gaddafi, der Libyen unterdrückt, um den Syrer Assad, der in Syrien drangsaliert, um den Jemeniten Salih in Jemen wie zuvor um den Ägypter Moubarak in Ägypten und den Tunesier Ben Ali in Tunesien.

»Algerisches Trauma« wirkt bis heute

Damals ging es um die Fremdherrschaft der Franzosen. Deren Kolonialmacht war nach dem Zweiten Weltkrieg bereits weitgehend zerbröckelt, in Indochina hatte die Grande Nation eine blutige Niederlage erlitten, Marokko und Tunesien waren ihrer Macht bereits entglitten.

Die größte ihrer nordafrikanischen Besitzungen aber wollte Paris nicht preisgeben, Algerien sollte französisch bleiben. Daran hing weit mehr als nur die Oberhoheit über ein paar Zigtausend Quadratkilometer Wüste und einige zu 90 Prozent muslimisch besiedelte Städte. Daran hing auch das Selbstbewusstsein einer Nation, die sich nicht damit abfinden konnte, nicht mehr zur ersten Garnitur der Weltmächte zu gehören. Und dass Charles de Gaulle – ausgerechnet er, der sich doch als Frankreichs Befreier feiern ließ! – Algerien in die Unabhängigkeit entließ, spaltet bis heute die Nation. Hier findet man den Hintergrund der Wechselhaftigkeit der heutigen französischen Nahostpolitik. Offensichtlich sind nicht nur die Marschstiefel des Général de Gaulle für Nicolas Sarkozy einige Nummern zu groß.

Algerien war für die Franzosen schon immer etwas anderes als die übrigen Kolonien. 1830 erobert, waren Algier, Constantine und Oran samt Umland schon 1848 in den Rang von Mutterland-Départements erhoben worden. Gezielt schickte Paris nicht nur Soldaten, sondern auch Siedler übers Mittelmeer. Noch heute zeugen in den großen Städten, insbesondere in Algier, feudale Prunkbauten von den Privilegien, die den über 800 000 „echten“ Franzosen ein weit angenehmeres Leben ermöglichten als den restlichen sieben Millionen „Ureinwohnern“.

Das Ende des Zweiten Weltkriegs brachte Frankreich zwar einen Platz auf (beziehungsweise an) der Seite der Sieger. Zugleich läutete er aber auch das Ende der Kolonialherren-Herrlichkeit ein. In Algerien kam es ab 1954 zu immer blutigeren Widerstandsaktionen der „Front de Libération Nationale“ (FNL, Nationale Befreiungsfront). Dagegen brachte Paris zeitweise mehr als eine halbe Million Soldaten, überwiegend Fremdenlegionäre, in Stellung.



Beim Verlassen des Gebäudes der Generaldelegation in Algier: Die Generäle Jouhaud, Salan und Challe Bild: pa

Anhaltende Misserfolge – nicht nur in Algerien – führten 1958 zur Krise. De Gaulle wurde zum Ministerpräsidenten berufen, begründete im Zuge einer Verfassungsreform die Fünfte Republik und bot allen Kolonien ein Referendum zur Unabhängigkeitsfrage an. Mit diesem wohl emotional wichtigsten Programmpunkt gewann er die Präsidentschaftswahl mit 78 Prozent.

Die algerischen Départements waren von dem Angebot offiziell nicht betroffen. Doch schnell wurde klar, dass de Gaulle das Land in die Freiheit entlassen wollte. Nun rührte sich Widerstand gegen die als unpatriotisch empfundene Politik des Generals, in der Bevölkerung, vor allem aber unter seinen alten Kameraden. Sie gründeten in Algier die „Organisation Armée Secrète“ (OAS, Organisation der geheimen Armee).

Am 21. April 1961 spitzte sich die Lage dramatisch zu. Mit den vier Generälen Raoul Salan, Maurice Challe, Edmond Jouhaud und André Zeller an der Spitze versuchte die Geheimarmee gegen de Gaulle zu putschen. Der Versuch scheiterte aber bereits vier Tage später. Die Putschisten wurden verhaftet und zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Einige Aktivisten der OAS wurden sogar zum Tode verurteilt und hingerichtet, zum Beispiel Jean-Marie Bastien-Thiry, der am 22. August 1962 ein im letzten Moment vereiteltes Attentat auf de Gaulle versucht hatte. Der Anschlag bildete die Vorlage für den Roman von Frederick Forsyth „Der Schakal“, der mehrmals erfolgreich verfilmt wurde.

De Gaulles Schuhe sind Sarkozy zu groß

Der Widerstand der OAS war nun endgültig gebrochen. Nach sechsjährigem, von beiden Seiten äußerst brutal geführtem „schmutzigen“ Krieg kam es zu Verhandlungen mit der algerischen Exilregierung und schließlich am 18. März 1962 zum Vertrag von Évian, mit dem das Land nach 132 Jahren französischer Herrschaft unabhängig wurde.

Im Rückblick fragen sich viele Franzosen, aber auch viele Algerier, was die Unabhängigkeit eigentlich gebracht hat. Statt der erhofften Demokratisierung gab es eine Serie von Militärputschen, terroristischen Gewaltakten, bürgerkriegsähnlichen Unruhen, stets begleitet von wirtschaftlichem Niedergang.

Paris tat sich schwer, seine politische Rolle zwischen neutraler Beobachtung der Entwicklung und Rückgriff auf eine besondere Art der Verantwortung gegenüber der früheren Besitzung zu finden. Das „algerische Trauma“ hat eine außenpolitische Orientierungslosigkeit bewirkt, die sich in diesen Tagen in sprunghaftem und widersprüchlichem Aktionismus gegenüber der im Umbruch befindlichen arabisch-islamischen Welt zeigt. Das Dilemma: In den sozial heruntergekommenen Banlieues rund um Paris und anderen Großstädten leben Millionen Menschen nordafrikanischer Herkunft, meist mit französischem Pass. Wer immer im Elysée-Palast das Erbe de Gaulles verwaltet, muss rebellierende Massen überall im Auge behalten – im Nahen Osten und in der näheren Umgebung. *Hans-Jürgen Mahlitz*




„Ostpreußen verpflichtet“, Leipzig 2002



Das erste Großtreffen der Ostpreußen, Hannover 1949



„Ostpreußen – für friedlichen Wandel“, Düsseldorf 1997

Das Deutschlandtreffen hat viele Gesichter

Seit über 60 Jahren das Bekenntnis zur Heimat

„Deutsche Verpflichtung“, Bochum 1957



„Unbeirrt für gerechten Frieden“, Essen 1969





„Der Heimat verpflichtet“, Düsseldorf 1991



„Heimat Ostpreußen“, Düsseldorf 1985



Alle Fotos: Archiv

„Ostpreußen – Erbe und Auftrag“, Köln 1976

Unnötige Konferenzen

Zu: „Gestörtes Verhältnis“ (Nr. 13)

Die bisherigen Islamkonferenzen waren überwiegend geprägt von massiven Forderungen, Integrationsbehinderungen und Teilnahmeverweigerungen verschiedener Verbände. Die Opferrolle zieht deshalb nicht.

Die von den Verbänden vertretenen Muslime wählen gezielt nur die Artikel aus, die ihrem Islam-Verständnis nützen und mit denen sie ihren Einfluss auf die Mehrheitsgesellschaft stärken können. Deshalb werden weitere Konferenzen nur Spiegelfechtereien bleiben. Für Integrationswillige sind derartige Konferenzen überflüssig.

Sollte der Islam zu Deutschland gehören, würde auch die Scharia zu Deutschland gehören. Damit würde unser Grundgesetz der Beliebigkeit preisgegeben.

Gisela Recki, Troisdorf

Muslimische Pflicht gilt überall

Zu: „Integration statt Provokation!“ (Nr. 6)

Zu der Anmerkung „Islamische Religionsexperten bestätigen, dass die Ganzkörperverschleierung kein islamisches Gebot ist und sich nicht aus dem Koran ableiten lässt“, möchte ich erwidern, dass der Koran, Sure 33, Vers 60, jedem Muslim gebietet: „Sage, Prophet, deinen Frauen und Töchtern und den Frauen der Gläubigen, dass sie ihr Übergewand (über ihr Antlitz) ziehen sollen, wenn sie ausgehen; so ist es schicklich, damit man sie als ehrbare Frauen erkenne und nicht belästige ...“

Diese muslimische Pflicht gestattet keine Ausnahmen in irgendwelchen bestimmten Ländern oder Staaten, sondern gilt selbstverständlich für die ganze Welt, also überall dort, wo Muslime leben. „Das Christentum leben“ wird ja auch nicht auf ganz bestimmte Staaten, Nationen oder Kulturen beschränkt, sondern die christliche Kirche erhebt ihren Anspruch überall dort, wo Christen leben. Erfolgreiche Abwehrmechanismen zur Bewahrung staatlicher, kultureller oder nationaler Identität greifen eben nicht durch Integration (Passivverhalten), sondern nur durch eine aktive Reaktion, die unsere staatlichen Organe allerdings erfolgreich zu verhindern verstehen.

Ingo Schewiola, Hamm

Flandern betroffen

Zu: „Sprengstoff Überfremdung“ (Nr. 13)

Meine verstorbene Frau war eine Flämin. Daher vermisse ich im Artikel die Erwähnung Flanderns, wo dies Problem hochaktuell ist. Die Flamen bezeichnet der Autor als „niederländisch geprägt“, was diese zurückweisen würden. Flandern ist katholisch geprägt, die Niederlande aber calvinistisch.

Adolf Frerk, Geldern

Deckmantel Dialog

Zu: „Gestörtes Verhältnis“ (Nr. 13)

Man muss sich schon ein wenig mit dem Islam befassen, um zu verstehen, dass es kein Widerspruch ist, wenn radikale Prediger den Dschihad gegen den Westen predigen und die Immigranten an Integrationskonferenzen teilnehmen. Das ist dasselbe und nennt sich Taqquia. Ungläubige zu belügen ist eine Weisung Allahs und dies unter dem Deckmantel des Dialogs zu verstecken ebenfalls.

Wenn wir uns nicht auf unsere Werte besinnen und sie verteidigen, braucht man keine Islamkonferenz, sondern Konferenzen wie man zum Beispiel die Freiwillige Feuerwehr Eissendorf in den Harburger Moscheeverein integriert.

Peter Siemens, Hamburg-Harburg



Islamkonferenz: Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU, r.) stieß mit seinen kritischen Äußerungen über die Rolle des Islam in Deutschland auf Kritik. Bild: M. Gottschalk/dapd

Gottberg überzeugt durch Augenmaß

Zu: „Geburtsstunde deutscher Probleme“ (Nr. 8)

Mit lebhaftem Beifall habe ich in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Wilhelm v. Gottberg in der *PAZ* veröffentlichte Artikel gelesen. Was er über die Aktualität Johann Gottlieb Fichtes, über den Fall Guttenberg, über den türkischen Ministerpräsidenten und die Atomdebatte geschrieben hat, zeugt von Augenmaß, Sachkenntnis, politischer Weisheit, vor allem aber von Mut, den nicht viele von uns Deutschen heute aufzubringen bereit sind. Besonders aus dem Herzen gesprochen ist mir der Aufsatz, den Wilhelm v. Gottberg unter dem Titel „Geburtsstunde deutscher Probleme“ eingerückt hat. Er trifft ins Schwarze.

Jedenfalls möchte ich gerne zum Ausdruck bringen, dass es unter den *PAZ*-Lesern Menschen gibt, die Wilhelm v. Gottberg in mehrfacher Hinsicht dankbar sind: Dankbar für die sachliche Erörterung der Themen, um die es ihm geht, dankbar für den Ton, den er darin anschlägt, dankbar für die besonnene Art seiner Behandlung und nicht zuletzt auch dankbar für seine Haltung, die er den geschichtlichen und den gegenwärtigen Problemen Deutschlands gegenüber einnimmt. Diese Haltung scheint selten geworden zu sein, wenn sie nicht zu allen Zeiten schon selten gewesen ist, worauf ein bekanntes Gedicht Friedrich von Logaus aus dem 17. Jahrhundert hindeutet.

Prof. Dr. Ulrich Hoyer, Münster

Miegel irrte wie viele ihrer Zeit

Zu: Agnes Miegel

In Ostpreußen geboren, denke ich noch gern in Liebe an meine schöne Kindheit zurück. Unsere Dichterin Agnes Miegel hat uns mit viel Heimatliebe unser geliebtes Ostpreußen nahegebracht, sodass wir Heimattreuen ihrer immer in Dankbarkeit gedenken werden.

Wir unvollkommenen Menschen unterliegen mancherlei Täuschungsmanövern, wo Gutes im Vordergrund ist und Schlechtes verdeckt hinterrücks geschieht. In der Nazizeit war es besonders schlimm. Meine liebe Oma befand beispielsweise in ihrer Gutgläubigkeit, dass Hitler schon wissen werde, was zu tun sei. Sein bitterböses Tun blieb so vielen verborgen. Auch Agnes Miegel blieb vom Irrtum nicht verschont. Möge Gott uns die Gabe schenken, irrtümliches Verhalten zu erkennen und zu beenden.

Elfi Hardt, Bad Münder

Erstes Fußballländerspiel in Königsberg bereits 1935

Zu: „Wird Königsberg WM-Gastgeber“ (Nr. 11)

Die Einwohner im Königsberg von heute wissen zwar mehr über die preußisch-deutsche Stadtgeschichte als noch vor 20 Jahren. Aber die Sporthistorie, besonders der Fußball der Vorkriegszeit, ist heute am Pregel unbekannt.

Wenn der russische Fußballverband als Ausrichter der Weltmeisterschaft 2018 tatsächlich in Königsberg/Kaliningrad ein oder mehrere Länderspiele austragen lassen will, so wären das dort nicht die ersten. Der Deutsche Fußball-Bund trug am 13. Oktober 1935 in Königsberg eine Begegnung gegen die Nationalmannschaft von Lettland aus. Die Deutschen gewannen vor rund 14000 Zuschauern mit 3:0. Mit von dieser Partie, geleitet von dem polnischen Schiedsrichter M. Rutkowski, war der Königsberger Nationalspieler Fritz Ruchay (1909–2000) von Prussia Samland Königsberg. Ruchay wurde vom damaligen Reichstrainer Prof. Otto Nerz allerdings nur für dieses eine Spiel berufen, das mit etlichen anderen Begegnungen zur Vorbereitung auf die Olympischen Spiele 1936 dienen sollte.

Als ein weiteres Länderspiel in Königsberg stattfand (Deutsches Reich gegen Estland), saß Sepp Herberger schon auf der Trainerbank. An diesem 29. August 1938 pilgerten etwa 12000 Königsberger zum Spiel, dass die DFB-Auswahl quasi im Schongang 4:1 gewann.

Schiedsrichter war der Tscheche B. Pfitzner, als Mannschaftskapitän fungierte auf deutscher Seite der berühmte Schalker Fritz Szepan. Es ist anzunehmen, dass diese beiden Königsberger Länderspiele im Fritz-Lange-Stadion an der Samitter Allee stattfanden; die Recherchen gestalten sich hier schwierig.

Jean Charles Montigny, Cuxhaven

Dank an Alfred M. de Zayas für seinen Einsatz

Zu: Leserbrief „Die Nürnberger Prozesse hatten viele rechtsstaatliche Schwächen“ (Nr. 4)

Wenn Nachgeborene die Nürnberger Prozesse für fair halten, kann man das noch verstehen, denn Deutschland hatte sich der einseitigen Schuldzuweisung gebeugt. Daran wird offiziell bis jetzt festgehalten. Es ist aber Schuldkultur, wenn Wolfgang Thierse seine Vertreibung als Selbstverschuldung ansieht und Hellmuth Karasek dieses auch noch positiv wertet, denn sie beide hätten in Schlesien ihre Karriere wohl so nicht machen können.

Es ist aber beschämend für unsere Parteien, wenn Ausländer wie Alfred M. de Zayas gegen solche Opferverachtung ihre Stimme erheben müssen. Denn als die Sieger über andere richteten, begingen sie schwerste Kriegs- (Atombomben) und Nachkriegsverbrechen (Mord, Vertreibung, Verschleppung, KZ). Nach ihrer Rechtsprechung hätten sie auch alle hängen müssen.

Vielen Dank an Alfred M. de Zayas für sein jahrzehntelanges Eintreten gegen die Siegersprachregelung und für Rechte der Vertriebenen. Seinen Aufruf zur Tabuforschung an unsere Geschichtsprofessoren habe ich meiner Zeitzeugenbiographie vorangesetzt. Der Titel „Ich glaubte ihnen allen nicht“, ist auch beim Preußischen Mediendienst erhältlich.

Martin Schröder, Detmold

Großkirchen finanziell ans Leder

Zu: „Großes Einsparungspotential bei Subventionen“ (Nr. 9)

So sinnvoll diese neuerliche Initiative aus der Wirtschaft auch ist, ich bezweifle, dass die Regierung in der Lage sein wird, diese Vorschläge ernsthaft und mit Nachdruck aufzugreifen, auch wenn die wirtschaftliche Situation dies erlauben würde. Das Gros unserer Volksvertreter erliegt seit geraumer Zeit der Versuchung, kurzfristige Interessen (Erhaltung des Mandats, Bedienung der Klientel) so stark überzubewerten, dass für perspektivisches, am Gemeinwohl orientiertes Denken nicht genügend Zeit und Interesse bleibt. Es ist an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass es einen weiteren Bereich gibt, der dringend einer Überprüfung bedarf: Den der Subventionen und geldwerten Privilegien (zusätzlich zur Kirchensteuer), die unseren Großkirchen gewährt werden, obwohl Glaube Privatsache ist und das Gebot der Trennung von Staat und Kirchen seit langem hätte vollzogen werden müssen. Wenn diese Problematik nicht endlich angegangen wird, wird die Idee stufenweiser Subventionskürzungen sich im kirchlichen Bereich nicht verwirklichen lassen. Im Gegenteil, die dritte Großkirche schickt sich an – und hat auch schon politische Fürsprecher gefunden – Gleichbehandlung zu fordern. Wir gehen unruhigen Zeiten entgegen.

Rainer Herrmann, Ganderkesee

Behörden handeln keineswegs willkürlich

Zu: „Raubzug der Kämmerer“ (Nr. 12)

Einen Artikel wie den vorliegenden erwarte ich in der „Bild“-Zeitung oder an anderer Stelle, nicht jedoch in der *PAZ*: Sie trennen nicht mit der gebotenen Schärfe zwischen der erstmalig endgültigen Herstellung („Ersterschließung“) nach BauGB sowie der Sanierung nach dem Kommunalabgabenrecht („Instandsetzung“). Sie erwecken populistisch den Eindruck eines scheinbar willkürlichen Behördenhandelns. Tatsächlich liegt viel häufiger konfuses Handeln oder Unterlassen der politisch Verantwortlichen vor.

Pflichtig für Erschließungsbeiträge und Sanierungsbeiträge sind die Eigentümer der anliegenden Grundstücke. Eigentümer können Privatpersonen, Firmen oder eben die Gemeinden selbst sein (Kindergärten, Verwaltungsgebäude, Schulgrundstücke, kommunale Krankenhäuser). Hier liegt übrigens der seltene Ausnahmefall vor, dass ein Pflichtiger für seinen Beitrag eine konkrete Gegenleistung erhält. Bei allen Steuern handelt es sich dagegen um Zwangsabgaben ohne Anspruch auf Gegenleistung.

Wären die Gemeinden darauf angewiesen, Straßenbau aus dem geringen gemeindlichen Anteil an den allgemeinen Steuern zu finanzieren, so würde noch weniger in den Straßenbau investiert. Es wäre ein Trugschluss anzunehmen, dass die Länder beziehungsweise der Bund auch nur einen Pfennig mehr an die Gemeinden überweisen würden. Folglich sind die Gemeinden auf eigene, solide kalkulierbare, zweckgebundene Einnahmen angewiesen.

Zum Thema Ersterschließung bleibt festzuhalten, dass entweder eine Straße tatsächlich sowie im Rechtssinne erstmalig endgültig hergestellt ist oder sie es eben nicht. Zur erstmaligen endgültigen Herstellung gehört weit mehr, als die Straße tatsächlich zu bauen. Der Gemeinderat schafft durch den Beschluss über einen Bebauungsplan oder eine qualifizierte Güterabwägung Planungsrecht. Nach der technischen Herstellung ist die Straße durch den Gemeinderat für einen öffentlichen Zweck zu widmen. Das ausgebaute Straßenland muss Eigentum der Gemeinde sein sowie vom sonstigen Grundbesitz abgegrenzt sein. Nur wenn alle diese Merkmale erfüllt sind, entsteht die Beitragspflicht für Erschließungsbeiträge. Ich mache darauf aufmerksam, dass immer wieder Anlieger für Verzögerungen sorgen. So werden häufig Straßenparzellen nach dem Ausbau nicht an die Kommunen veräußert oder Zustimmungen zu Widmungen ausgebauter Privatparzellen verweigert in der irrigen Annahme, der Beitragspflicht auf Dauer zu entgehen.

Die Gemeinden sind klug beraten, zeitnah die Beitragspflicht entstehen zu lassen sowie die Beiträge zu erheben. Es ist falsch zu behaupten, dass die Gemeinden den Zeitpunkt festlegen dürften. Es steht den Gemeinden dagegen frei, den Aufwand oder nach Einheitsätzen abzurechnen. Bei der Abrechnung nach Einheitssätzen ist es schlicht falsch zu behaupten, es würde „ein Reibach“ gemacht, denn die Einheitssätze sind die durchschnittlichen Kosten aller vergleichbaren Arbeiten und werden für jedes Vorjahr neu ermittelt.

Wie alles andere Verwaltungshandeln auch unterliegt deren Ermittlung der jederzeitigen gerichtlichen Überprüfung, die im Übrigen entgegen Ihrer Darstellung sehr häufig für die Pflichtigen erfolgreich sind. Das ehemalige Widerspruchsverfahren gibt es zum Beispiel im Landesrecht NRW aufgrund Entscheidung der ehemaligen Regierung Rüttgers nicht mehr.

Sind einmal die Erschließungsbeiträge erhoben, können diese kein zweites Mal erhoben werden. Nach Sanierung können nur noch die geringeren Sanierungsbeiträge erhoben werden.

Erhebt die Gemeinde pflichtwidrig nach dem Entstehen der Beitragspflicht Erschließungsbeiträge nicht, so sind diese nach Ablauf der gesetzlichen Frist nicht mehr eintreibbar. Auch in dem Fall könnten bei umfangreichen späteren Ausbaumaßnahmen nur Sanierungsbeiträge erhoben werden, soweit die Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Joachim Ruhnau, Diplom-Verwaltungswirt (FH), Döttesfeld

Ablehnung wäre ungeheuerlich

Zu „Gorbi wird 80“ (Nr. 10)

Dieser Artikel ist mit Zündstoff geladen. Gottbergs Behauptung, Gorbatschow habe 1990 der damaligen Bundesregierung – verantwortliche Politiker Kohl und Genscher – das Königsberger Gebiet zum Kauf angeboten und beide Herren wären darauf nicht eingegangen, ist so ungeheuerlich, dass es mir schwer fällt, solches zu glauben.

Bisher war ich immer der Meinung gewesen, hierbei handelte es sich um ein Gerücht. Gottberg kann hierfür noch lebende Zeitzeugen zum Beweis anführen. Jetzt müssten Kohl und Genscher v. Gottberg verklagen, wenn er hier Unwahres behauptet. Das Thema „Enteignungsmaßnahmen in der DDR“ ist seiner Zeit ausführlich im Ostpreußenblatt behandelt worden. Die dafür verantwortlichen Politiker sind von der Zeitung klipp und klar als „Hehler“ bezeichnet worden. Gewehrt haben sich die Beschuldigten dagegen nicht. Die Minister unseres Landes schwören beim Amtseid: „Schaden von Deutschland abzuwenden und seinen Nutzen zu mehren.“

Ich möchte neben den Verdiensten Gorbatschows für die deutsche Teilwiedervereinigung noch zwei Personen nennen, die Deutschland ebenfalls damals zur Seite standen. Die amerikanischen Präsidenten Reagan und Vater Bush. Natürlich waren in Mitteldeutschland unsere Landsleute Motor und Seele auf dem Weg zur Wiedervereinigung.

Der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl ist in diesen Schicksalsstunden „auf einen fahrenden Zug gesprungen“. Mehr nicht. Das war seines Amtes Pflicht. Auch wenn heute Kohl gern als Vater der Wiedervereinigung genannt werden möchte.

Bernd Dauskardt, Hollenstedt

Das Ostpreußenblatt

Nr. 15 – 16. April 2011

MELDUNGEN

Hafenterminal für Zimmerbude

Zimmerbude – In Zimmerbude wurde mit dem Bau eines neuen Hafenterminals mit einem Investitionsvolumen von umgerechnet 310 Millionen Euro begonnen. Über den Terminal sollen landwirtschaftliche Produkte abgefertigt werden. Zu dem Komplex in Zimmerbude gehört neben einer neuen Schiffsbauwerft auch eine Sojaöl-Fabrik, wodurch das Königsberger Gebiet seine Präsenz in Nord-, Zentral- und Osteuropa erhöhen will. Der neue Hafenkomplex soll 2013 seinen Betrieb aufnehmen. Es handelt sich um einen Tiefwasserterminal mit drei Anlegern. Der Terminal dient dem Im- und Export landwirtschaftlicher Produkte und pflanzlicher Fette. Für den Weitertransport ins Binnenland ist die Anlage ans Eisenbahnnetz angeschlossen. Die Firma „Finnsudprom“ erhielt den Auftrag zum Bau der Werft in Zimmerbude. Der Ort, der seit 1640 existiert, erlebte bereits im 19. Jahrhundert nach dem Bau des Seekanals von Königsberg nach Pillau einen Aufschwung. Bald schon erhielt Zimmerbude ein Elektrizitätswerk und eine Bahnverbindung mit eigenem Bahnhof. Nach dem Zweiten Weltkrieg benannten die Sowjets 1947 Zimmerbude in „Swetlyj“ um und verliehen ihm 1955 den Status einer Stadt. Heute gibt es dort eine Reihe großer Industrieunternehmen. Dies sind unter anderem ein Ölterminal der Firma „Lukoil – Kaliningradmorneft“, eine Fabrik für Schiffs-Metallkonstruktionen, die Fischereikolchose „Für die Heimat“ sowie die Schiffsreparaturwerft „Sudoremont Baltika“. Die Besonderheit der neuen Schiffsbauwerft besteht darin, dass sie die erste ist, die nach dem Zerfall der Sowjetunion gebaut wird. Finanziert wird sie durch private Investoren und den Staat. In zwei bis drei Jahren soll die Werft fertiggestellt sein. Sie soll sich auf dem neuesten Stand der Technik befinden und Schiffe jeder Art herstellen können. Im Februar dieses Jahres hatte der Stadtrat von Zimmerbude sein Einverständnis zum Bau von Schiffen für die Fischerei gegeben. *J. T.*

Neue Fähre ab Juni

Königsberg – Eine Schnellfähre mit einer Fahrzeit von 13 bis 15 Stunden soll Königsberg und St. Petersburg verbinden. Damit wäre sie doppelt so schnell wie die bisherige Verbindung. Der Katamaran soll alle zwei Tage auf Fahrt gehen. Zurzeit wird das Schiff, das künftig der russische Betreiber „Russkije paromnye linii“ pachten wird, in Norwegen gebaut. Das Schiff ist auf den Transport von 500 Passagieren, 20 bis 25 Reisebussen und 200 bis 300 Pkw ausgelegt. Ob es allerdings mit der Bahn oder der günstigen bisherigen, aber langsamen Fährverbindung konkurrieren kann, wird wohl vom Reisepreis abhängen. Laut einem Experten müsste dieser allerdings bei 100 Euro liegen, damit die Fähre wirtschaftlich erfolgreich ist. *MRK*

Nachdenken über die Zukunft

»Einiges Russland« organisierte in Königsberg Gedankenaustausch mit hochrangigen Teilnehmern

Die Regierungspartei der Russischen Föderation „Einiges Russland“ hat die entlegenen Regionen des Staates als wichtige Faktoren für die Einheit der Föderation erkannt. Auf Zukunftsforen sollen Experten vor Ort in die Planung einbezogen werden.



„Forum 2020“: Königsbergs Gouverneur Nikolaj Zukanow gehörte neben Wirtschaftsexperten, Politologen, Kulturschaffenden, Journalisten und anderen Politikern zu den Teilnehmern der anspruchsvollen Veranstaltung. Bild: Tschernyschew

Kürzlich trafen sich in Königsberg russische Politiker, Wirtschaftsexperten, Politologen, Kulturschaffende und Journalisten zum „Forum 2020“. Es stellt eine offene Plattform für die Erarbeitung von Entwicklungsstrategien bis zum Jahr 2020 dar. Die Experten waren dazu aufgerufen, die Entwicklungsmöglichkeiten einzelner Regionen untereinander und mit dem gesamten Staat zu harmonisieren. Das Forum bot ihnen die Möglichkeit, in Dialogen Vorschläge zur Lösung von wichtigen Schlüsselproblemen vorzustellen.

Die Tagesordnung der eintägigen Veranstaltung war in drei Punkte gegliedert: „Die russische Elite: ihre Rolle und Verantwortung bei der Entwicklung der Region“, „Gesetz gegen Korruption: die Rolle der bürgerlichen Gesellschaft“, „Globale Welt: Ambitionen eines souveränen Russland“. Die Arbeitsgruppe zum dritten Thema leitete der Gouverneur des Königsberger Gebiets, Nikolaj Zukanow, der auch Initiator für die Durchführung eines solchen Forums in Königsberg war.

Nach der Eröffnung des Forums wurde als erstes das Thema „Elite“ behandelt, in das Viktor Sawarasin, Vorsitzender des Komitees der Staatsduma für Verteidigung, und der Generaldirektor des Allrussischen Zentrums für Meinungsforschung, Valerij Fjodorow, einführten. Sawarasin erklärte, dass das Königsberger Gebiet ein strategischer Vorposten Russlands sei und es heute eine Vorreiterrolle bei Erneuerungen im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben innehabe. Valerij Fjodorow lenkte die Aufmerksamkeit der Teilnehmer auf das Problem der Verantwortlichkeit der Elite. Eine Untersuchung habe ergeben, dass die Russen die heutige Elite mehr schätzen als die sowjetische, mit einer Ausnahme: ihre Ziele. Habe die sowjetische Elite noch für gesellschaftliche Ziele des Landes gearbeitet, so arbeite die heutige eher für eigene. Dies führe dazu, dass die Balance zwischen persönlichem und gesellschaftlichem Gewinn nicht immer ausgeglichen sei.

Als es um das Thema Korruption und die Rolle der Gesellschaft bei ihrer Bekämpfung ging, verwiesen die Teilnehmer auf die Erfahrungen Singapurs und Hongkongs bei der Korruptionsbekämpfung und überlegten, inwieweit diese auf die russische Wirklichkeit angewandt werden könnten. Einig waren sich alle darüber, dass dieses Übel ohne Beteiligung der Gesellschaft nicht gelöst werden kann. Alexander Hinstein, ein Abgeordneter der Staatsduma, gab allerdings zu bedenken, dass die Sicherheitsorgane in Russland selbst ein fester Bestandteil der Korruption sind.

Königsberg gehört zu den Vorreitern

Mit der Thematik Strategiepläne zur Entwicklung der Region hatten sich unter Leitung des Gouverneurs hauptsächlich Wirtschaftsvertreter befasst. Viele Diskussionsteilnehmer vertraten die Meinung, dass das Gesetz über die Sonderwirtschaftszone Königsberger Gebiet sich bereits überlebt habe, weil alle Vorteile, welche die Sonderwirtschaftszone geboten habe, bereits verschwunden seien.

Abschließend wertete Nikolaj Zukanow das „Forum 2020“ als Mittel, um das Image der Region als führende Wirtschaftszone zu stärken. Die Ideen, die während der Veranstaltung geäußert wurden, sollen in verschiedenen Arbeitsgruppen weiter beraten werden. Im Ergebnis sollen sie dazu führen, eine grundlegende Strategie zur Entwicklung des Königsberger Gebiets zu liefern.

Das Forum hatte die Partei „Einiges Russland“ organisiert. Ähnliche Foren wurden auch in anderen Regionen der Russischen Föderation durchgeführt. Das in Königsberg war eines der ersten.

Jurij Tschernyschew

Ungewöhnlicher Fund in Königsberg

Deutsche Spuren in Königsbergs Max-Aschmann-Park – Heute wie damals beliebtes Ausflugsziel

Bei einem Spaziergang durch den nördlich des Oberteichs im Königsberger Stadtteil Maraunenhof gelegenen Max-Aschmann-Park (heute Kulturpark des Leningrader Rajons) machte Oleg, der unbekannt bleiben will, einen ungewöhnlichen Fund: einen Gedenkstein mit deutscher Inschrift. Er wandte sich an die Redaktion der „Königsberger Allgemeinen“, um auf seinen ungewöhnlichen Fund aufmerksam zu machen. Michail Paley, der Herausgeber der seit zwei Jahren in Königsberg erscheinenden Zeitung, verabredete sich mit Oleg im ehemaligen Max-Aschmann-Park. Dort zeigte der Mann dem Journalisten einen verborgenen Gedenkstein, der wohl einmal zu einem Denkmal gehörte, das zerstört wurde. Der Stein aus rotem Granit erinnert an die Gefallenen des Ersten Weltkriegs. Die Inschrift lautet: „Das Altstädtische Gymnasium seinen 100 Gefallenen. Ihr waret getreu bis in den Tod.“, kombiniert mit den Jahreszahlen 1914 und 1918.

Neugierig geworden, machte Paley sich in den darauffolgenden Tagen weiter auf die Suche nach Spuren deutscher Vergangenheit und wurde fündig. In dem schönen, weitläufigen Parkgelände fand er noch weitere Steine, einen mit der Inschrift „Wilhelm Bartel Plätzchen“. Paley meldete den Fund den zuständigen Behörden. Gegenüber der *PAZ* erklärte Paley, dass ihm von dort wenig Interesse bekundet worden sei. Er habe lediglich spärliche historische Informationen erhalten, doch an einer Bergung der Steine sei man von offizieller Seite nicht interessiert gewesen.

Herausgeber kritisiert mangelndes Interesse der Stadtverwaltung

Da die „Königsberger Allgemeine“ sich für den Erhalt und die Weitergabe kulturellen und historischen Wissens engagiert, lag ihr daran, auch diese Gedenksteine nicht dem Vergessen zu überlassen. Die Redaktion hält Kontakt zu Kirchen, Heimatforschern und Privatsammlern. Nach vielen Gesprächen erklärte sich die hinter dem Park gelegene lutherische Gemeinde bereit, die Gedenksteine zu bergen und auf ihrem Kirchengelände aufzustellen.

Der Park war zu Beginn des vorigen Jahrhunderts ein Ausflugsziel, das nur schwer – entweder per Boot über einen Durchstich vom Oberteich aus oder per elektrischer Bahn – zu erreichen war. Im Eichenwäldchen mit altem Baumbestand sammelten Schulkinder im Herbst Galläpfelchen (eine Blattwucherung an der Unterseite des Eichenblatts durch die Eiablage der Gallwespe entstanden), die zur Gewinnung von Tinte genutzt wurden. Der Park wurde nach dem Inhaber des Weinhauses Steffens & Wolter, Max Aschmann, benannt, der ihn der Stadt zur Schaffung von Spielplätzen vermacht hatte.

Manuela Rosenthal-Kappi

Wer Näheres über den Gedenkstein zu Ehren der Gefallenen des Altstädtischen Gymnasiums weiß, kann sich mit der PAZ oder Michail Paley direkt per E-Mail (mpaely9@gmail.ru oder koenigAllgemeine@gmail.com) in Verbindung setzen.

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

morgen am Palmsonntag beginnt die Karwoche, die stille Woche, wie sie auch genannt wird, und so wollen wir uns auch darauf einstellen. Manche Probleme, die an uns herangetragen werden, verlangen eine sehr behutsame Behandlung, wenn sie überhaupt vermittelt werden können. Das betrifft vor allem die Ereignisse aus der Zeit der russischen Okkupation zu Beginn des Jahres 1945. Die in unserer Ostpreußischen Familie allein durch eine kleine Anfrage wieder lebendig wurden und Erinnerungen vor allem bei den Lesern auslösten, die damals zwar noch im Kindesalter waren, aber die grausamen Vorgänge bewusst und oft am eigenen Körper erlebten. Wir hatten in der Folge 11 die Aufzeichnungen von Herrn **Siegfried Dankert** über seine Fluchterlebnisse als Achtjähriger aus Königsberg gebracht, die auch die Frage enthielten, wann die Russen den Vorort Metgethen erreichten. Damit waren Zeitzeugen gesucht, und die meldeten sich auch bei mir, und ich war nicht überrascht, dass darunter auch Frau **Christel Wels** war, deren Buch „Der unvergessene Weg" zu den authentischen Dokumentationen jener furchtbaren Vorgänge gehört. Nun teilte sie mir mit, dass sie in Zusammenarbeit mit ihrer Schwester **Alice Skiendziel** ein zweites Buch „Wir hatten immer Angst" geschrieben hat. Der Titel besagt eigentlich zu wenig über den Inhalt, denn Christel Wels legt schonungslos offen, welche Verbrechen damals auch oder gerade an Kindern verübt wurden, die in ihrer Grausamkeit nicht zu übertreffen sind. Es ist für Nichtbetroffene kaum vorstellbar, was die Geschändeten und Gequälten durchleiden mussten. Der Auslöser zu dieser Dokumentation war eine nie gelöschte Erinnerung an einen Vorgang, den sie mir schon vor einigen Jahren – und nur mir – vorgetragen hatte. Sie fragte nach dem Schicksal jenes kleinen Jungen aus dem Lager, der Körperteile seiner getöteten Großmutter im Kuhstall entdeckt hatte. Die Vermutungen, die sie dazu ausführte, konnte ich einfach nicht veröffentlichen, weil unsere Kolumne mit ihren vielschichtigen Fragen, die oft auch heiter interpretiert sind, dafür nicht der richtige Platz ist. Nun hat sie ihn sich selber in ihrem neuen Buch eingeräumt. Christel Wels erklärt das in ihrem Begleitschreiben: „In meinem ersten Buch konnte ich diesen Vorgang nicht unterbringen, niemand hätte ihn uns geglaubt. Dann kam der Tag, an dem ich mit meiner Schwester Alice darüber gesprochen habe. Wir Zwillingsschwestern sind jetzt 81 Jahre alt und die letzte Erlebnisgeneration. Wir wollen dieses abscheuliche Verbrechen, das die Rote Armee an uns begangen hat, nicht mit ins Grab nehmen. So haben wir uns entschlossen, ein zweites Buch herauszubringen. All das grauenvoll Erlebte haben wir beide in diesem Buch niedergeschrieben." Auf das Buch, das im Verlag Stramm, St.-Michaelisdonn, erschienen ist, werden wir noch gesondert eingehen.



Bild: privat

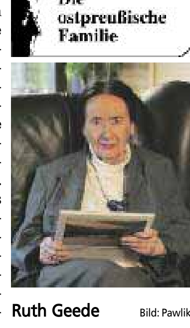
Unikate der Sammlung Karpinski

Auch Herr **Dietmar Wrage**, Kirchspielvertreter von Pobethen und unermüdlicher Samland-Chronist, hat zu der Frage von Herrn Dankert in größerem Umfange Stellung genommen. So übersandte er uns einen Bericht des Gendarmen **Otto Tolksdorf** über die Tage vom 29. Januar bis 20. Februar 1945 in Metgethen. Da er selber dort wohnhaft war und auf dem heimischen Polizeirevier als Polizeioberwachtmeister der Reserve fast während des ganzen Krieges Dienst hatte, war er mit den Örtlichkeiten gut vertraut. So ist sein Bericht eine authentische Schilderung der Lage in dem sonst so stillen waldreichen Vorort, in den nun Flüchtlinge und Militär strömten. Vom 27. bis 29. Januar haben die Beamten des Polizei-Posten in Metgethen ununterbrochen ihren Dienst versehen und die Kolonnen der Wehrmacht und Flüchtlinge durch den Wald nach Vierbrüderkrug und Pillau geschleust. Aber schon am 27. Januar gab es die ersten Toten. Der Bahnhof Metgethen war am 29. Januar mit Transportzügen besetzt, auf denen sich vor allem Frauen und Kinder befanden. Sie konnten wegen der Überfüllung der Strecke nicht mehr auslaufen. In einem dieser Züge dürfte sich auch der achtjährige **Siegfried** befunden haben. So erhält Herr Dankert für seine Fragen allein aus diesem sehr detaillierten Bericht die gewünschten Informationen, für deren Übermittlung wir Herrn Wrage sehr dankbar sind – selten, dass man solch präzisen Informationen bekommt.

Herr Wrage ist aber selber auf der Suche nach einer wichtigen Dokumentation, die nicht auffindbar ist. Er hat schon viele Hebel in Bewegung gesetzt, um an sie zu gelangen, leider bisher vergeblich. Es handelt sich um die Materialsammlung über die Kriegsereignisse im Samland 1945 von **Hugo Kaftan** aus Pillau, von der Herr Wrage lediglich eine Inhaltsübersicht besitzt, die zeigt, dass es sich um eine Fülle von Aufzeichnungen handelt, die nur zu einem Teil von Herrn Kaftan selber gemacht sind, über 30 kommen von unterschiedlichen Zeitzeugen. Bei der Stadtgemeinschaft Pillau und der Kreisgemeinschaft Fischhausen e. V. in Pinneberg sind diese Berichte über die Ereignisse ab 1944 bis 1948 nicht auffindbar, geschweige denn in einem Verzeichnis aufgeführt. Eine Nachfrage beim Bundesarchiv verlief ergebnislos, eine weitere beim Geheimen Staatsarchiv in Berlin hat bis jetzt keine Antwort erbracht. Da auch in der Landsmannschaft Ostpreußen diese Sammlung nicht bekannt ist, bittet er um eine Veröffentlichung in unserer Zeitung, denn sie wird ja von vielen Institutionen gelesen. Bleibt also die Frage an unsere Leserschaft: Wo befindet sich die Materialsammlung über die Kriegsereignisse im Samland 1945 von Hugo Kaftan, die mit der Sammlung über die Vertreibung von Spaeth-Meyken beginnt, über die 30 Titel umfassende Eigensammlung von Hugo Kaftan und mehrere Berichte über die letzten Kampfhandlungen der Wehrmacht im Samland bis zu Tatsachenberichten über die Ereignisse während und nach der Eroberung durch die Russen führt. Eine umfangreiche Sammlung also, über deren Auffindung sich Herr Wrage sehr freuen würde. (Dietmar Wrage, Am Steinkreuz 7 in 22941 Bargteheide, Telefon: 04532 / 400910, Fax: 04532 / 400980, E-Mail: pobethen-dietmar@t-online.de)

Um eine andere Sammlung geht es in unserem nächsten Fall – mit dem Unterschied, dass sie nicht gesucht, sondern angeboten wird. Über Jahrzehnte mit großem Engagement von einem Landsmann aus Gumbinnen zusammengetragen, der seit 40 Jahren seiner Sammelleidenschaft für „alles Ostpreußische" nachgeht und sich dabei auf ostpreußisches Papiergeld spezialisiert hat. Herr **Klaus-Jürgen Karpinski** aus Ulm-Wiblingen besitzt heute die umfangreichste Sammlung auf diesem Gebiet, denn sie beinhaltet 2300 Scheine – mit 100 Unikaten und etwa 800 Scheinen, die Unikaten ähnlich sind und die bisher nie „auf dem Markt" waren. Es gibt nach seinen Angaben Einiges an Ostpreußischen Geldscheinen in den Geldmuseen der Bayerischen Hypo-Bank, vor allem der Bundesbank aber auch in Berlin. Seine Sammlung erfasse etwa 98 Prozent des vorhandenen Bestandes, so versichert Herr Karpinski. In einem von ihm herausgegebenen Katalog „Ostpreußisches Papiergeld vom 19. Jahrhundert bis 1923" beschreibt er detailliert alles, was bis heute an betreffenden Geld/Notscheinen bekannt ist und die in dem 235 Seiten starken Werk zumeist farbig abgebildet sind. Dazu befasst er sich eingehend mit der Geldgeschichte Ostpreußens und mit den 55 Städten und Gemeinden, die damals ihr eigenes Geld ausgegeben haben, bringt ihre Wappen und eine kurzen Abriss über ihre Geschichte. Eine Dokumentation, die ein Spiegelbild der Notzeiten Ostpreußens ist. Nun wendet sich Herr Karpinski an uns mit seinem Anliegen und belegt dieses in seinem Schreiben:

„Da ich leider aus gesundheitlichen Gründen anfangen muss, mit dem Sammeln aufzuhören, habe ich mich mit großen Hoffnungen an die Preußische Kulturstiftung gewandt und ihr die Sammlung angeboten. Es kamen de facto nur negative Antworten. Auch auf einen Hinweis – nach dem Vorschlag eines Museumsleiters – ‚dass es schön wäre, wenn diese Sammlung im Lande bliebe und den Kreisgemeinschaften von den betreffenden Städten und Gemeinden, die seinerzeit eigenes Geld ausgegeben haben, diese Dokumente ihrer Geschichte zur Verfügung gestellt würden, kam nicht einmal eine Antwort. Man scheint für die gewachsene ostpreußische Papiergeldgeschichte kein Interesse mehr zu haben."



Ruth Geede Bild: Pawlik

So weit die negativen Erfahrungen von Herrn Karpinski, die er auch mit einer anderen Sammlung gemacht hat. Er bot seinem jetzigen Heimsitz Ulm die einzige komplette Sammlung „Ulmer Notgeldscheine" an. Fehlanzeige! Anders da Schleswig-Holstein. Dort wurde eine ähnlich umfangreiche Papier-Notgeldsammlung sozusagen unter „Denkmalschutz" gestellt. Der 72-jährige Ostpreuße möchte gerne seine Sammlung, die man schon als „Lebenswerk" bezeichnet kann, in guten Händen wissen. Nun hat er den Weg über uns gewählt, um eine Lösung zu finden. (Klaus-Jürgen Karpinski, Im Grund 32 in 89079 Ulm-Wiblingen, Telefon: 0731 / 45481, E-Mail: KlausKarpinski@aol.com)

Und jetzt zu einem Thema, das so ganz in diese Zeit passt, denn das Jahr 2011 wurde von der Evangelischen Kirche in Deutschland zum „Jahr der Taufe" ausgerufen. Wenn es um Fragen geht, die sich auf die Kirchen unserer Heimat beziehen, ist unsere Ostpreußische Familie immer als Mittler gut. Wir sind und bleiben mit unseren Gotteshäusern eng verbunden, auch wenn heute nur noch ein paar Mauerreste vorhanden sind. So war es kein Wunder, dass ein Suchwunsch, der sich auf ostpreußische Kirchen bezog, ein geradezu erstaunliches Echo fand. Die Veröffentlichung ist allerdings schon eine Weile her, sie erfolgte in der Folge 33/2003. Eigentlich hatte ich keine Erfolgsmeldung mehr erwartet, als sie nun doch kam und mich sehr erfreute. Denn auf die Frage von Herrn **Dr. Wolfgang Fiedler** und Frau **Brigitte Becker-Carus**, wo sich in ostpreußischen Kirchen Taufengel befänden, erhielten sie so viele Zuschriften, dass sie 75 Taufengel nachweisen können, die sie nach Kreisen aufgelistet haben. Nun möchten sie diese erste Zusammenstellung mit weiteren Angaben vertiefen und fragen, ob dies wieder über unsere Ostpreußische Familie geschehen kann. Das ist nicht so leicht zu realisieren, denn allein die Veröffentlichung der Namen von 75 Kirchen mit Kirchspielen und Kreisen würde unseren Rahmen sprengen. Ich habe Herrn Dr. Fiedler geraten, sich zuerst einmal an die betreffenden Kreisgemeinschaften zu wenden und sie zu bitten, seinen Wunsch nach weiteren Informationen über die angegebenen Kirchen mit ihren Taufengeln in den Heimatbriefen zu veröffentlichen oder nach anderen Möglichkeiten zu fragen. Sollten sich hierbei Schwierigkeiten ergeben oder noch weitere Unterlagen benötigt werden, können wir diese Fälle in unserer Kolumne behandeln. Wie gesagt, dies wäre ein begehbarer Weg. Ich werde mir die Liste anschauen und unsere Möglichkeiten ausloten, aber auch nach weiteren Ansprechpartnern für Frau Becker-Carus und Herrn Dr. Fiedler suchen, denn ein „Engelkatalog Ostpreußen" ist nicht nur für die Kunstgeschichte sondern auch für die Konfessions- und Landeskunde von Bedeutung. Auch Pommern beziehen die Forschenden in ihre „Engelarbeit" mit ein und hier kann Frau Becker-Carus eine Unterstützung über die Arbeitsgemeinschaft für pommersche Kirchengeschichte erwarten. Wer von unseren Lesern erst jetzt auf dieses Projekt aufmerksam geworden ist und mit weiteren Angaben über Taufengel in ostpreußischen Kirchen zu diesem Projekt beitragen kann, wende sich bitte an Herrn Dr. Fiedler. Der übrigens in seinem Wohnort Richtenberg in der dortigen Nikolaikirche ehrenamtlich den Küsterdienst versieht und zu den treuesten Gottesdienstbesuchern „unserer ostpreußischen Freunde" zählt. (Dr. Wolfgang Fiedler, Küsterstraße 7a in 18461 Richtenberg, Telefon: 038322/296, E-Mail: wolfgangfiedler@freenet.de)

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Zerstörungswut

Gedenkkreuz für Sudetendeutsche zerstört

Der Plan, auf dem Friedhof von Dobrenz (Dobronin) ein Mahnmal zum Gedenken an die in den Nachkriegswirren ums Leben gekommenen Sudetendeutschen zu errichten, spaltet die Gemeinde in Befürworter und Gegner.

Vor diesem Hintergrund ist wohl die Zerstörung des im vergangenen Jahr auf der Böhmisch-Mährischen Höhe des Ortes errichteten Gedenkkreuzes zu verstehen. Dieses an Stelle des Massengrabes errichtete Kreuz wurde kürzlich völlig zerstört.

Antifa gegen Kollektivschuld

Zuvor waren bereits deutschfeindliche Aufschriften dort aufgetaucht. Auf einem Täfelchen war zu lesen: „Nehmt die Reste der Nazis nach Deutschland und verschmutzt uns nicht tschechische Friedhöfe". Ein Aufkleber auf einer weiteren Holztafel gab einen Hinweis auf die möglichen Verantwortlichen für den Akt der Zerstörung, der aber aller Wahrscheinlichkeit nach bewusst in die Irre führen sollte. Angeblich sollte nämlich die tschechische Antifa verantwortlich dafür sein, aber auf deren Internet-Seite www.antifa.cz distanziert diese sich deutlich von der Tat. Sie verurteilt darüber hinaus sogar die Anwendung der Kollektivschuld, ganz gleich, wo es dazu kommten sollte.

Die örtliche Polizeisprecherin Dana Cirtkova erklärte gegenüber der Presse, dass der Fall als Beschädigung fremden Eigentums verfolgt werde, worauf eine Strafe bis zu einem Jahr Gefängnis stehe. *EB*

Slawisch oder doch eher deutsch?

»Slaskie Radio« (Schlesisches Radio) feierte sein vierjähriges Bestehen

Am 3. Februar 2007 startete im Internet „Slaskie Radio" (Schlesisches Radio), das Sprachrohr der slawischen Schlesier, die ihre Eigenart stets hervorkehrten: „Nicht Deutsche, nicht Polen – Schlonsaken!" Ihr Radio grenzt nicht ab, verbindet vielmehr Region mit Land und Welt: Man will „Mundart und Kultur in Slask fördern", neueste Informationen aus der Region verbreiten und „schlonsakische, polnische und internationale Musik spielen". Für Namen und Programm bekam es am 24. November 2010 vom Ponischen Patentamt Markenschutz.

In Stellenangeboten gibt sich „Slaskie Radio" lokalpatriotisch-professionell: Wer Moderator werden möchte, muss „in Slask" geboren sein, Schlonsakisch und Deutsch lesen und sprechen können. Von Polnisch ist keine Rede, das versteht sich wohl von selbst. Die Redaktion leiten Justyna und Michal Otrzonsek im deutschen Hildesheim (Amalie-Sieveking-Straße 50, Telefon 0160-9837 6558). Michal Otrzonsek ist stolz darauf, „Hörer in der ganzen Welt" zu haben, die Slaskie Radio per Internet oder Satellit empfangen. Er schätzt, dass 80 Prozent der Hörer echte Schlonsaken sind, 10 Prozent Polen und 10 Prozent Deutsche ihre Musikwünsche auf Deutsch formulieren. Just so werden sie auch im Programm verlesen, darum die Deutschkenntnisse der Moderatoren.

Rund ein Drittel deutsches Wortgut im Wörterbuch

Wer sind Schlonsaken? Michal Otrzonsek erzählt lachend, wie viel Ärger sich Ex-Premier Jaroslaw Kaczynski jüngst in der Woiwodschaft Slask einhandelte, als er die dortigen Einwohner als „Polen oder versteckte Deutsche" bezeichnete. Die Schlonsaken haben nichts gegen Deutsche und „Deutschland" gibt es für sie gar nicht: Man lebt in Slask oder „w rajchu" (im Reich). Noch Fragen? Der polnische Linguistikprofessor Jan Miodek ist Studiogast, wenn Slaskie Radio einmal monatlich bei TV Polonia gastiert. Miodek spricht über „Polszczyzna slaska" (schlesisches Polnisch), nicht aber über eine regionale „jezyk" (Sprache) oder „gwara" (Mundart). Slaskie Radio hat damit keine Probleme, seine „Prezentere" auch nicht. Die wollen „kupa szpasu" (einen Haufen Spaß) verbreiten, „fajne szlagry grac" (feine Schlager spielen), den vierten Geburtstag des Senders „fajrowac" (feiern) und durchweg „godac po naszemu" – schwatzen, wie uns der Schnabel gewachsen ist. Dass dabei viele deutsche Wörter erklingen, weiß man spätestens seit 1998, als das „Internetwörterbuch der slonsakischen Sprache" startete, in der ein gutes Drittel deutsches Wortgut sein dürfte.

Weniger wird das bestimmt nicht, wofür schon deutsch-polnische Veranstaltungen sorgen, etwa das „Slaski Oktoberfest" und viele weitere. In seiner Weise und seiner Sprache macht Slaskie Radio ein wahrhaft einmaliges Programm, mitunter in generationsspezifischem Feinschliff: Oster-Malwettbewerb für Kinder, Sportwetten für deutsche Bundesliga oder polnische „Ekstraklasa" für Väter, „Kuchcik" (Küche) samt Rezepten für Mütter. Und für alle Schlonsaki in aller Welt Musik, die laut Radiochef Michal Otrzonsek zu 70 Prozent heimische Töne aus Slask sind. *Wolf Oschlies*



ZUM 101. GEBURTSTAG

Orzessek, Otto, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Schlettstadter Straße 14, 65203 Wiesbaden, am 21. April

ZUM 100. GEBURTSTAG

Jansen, Friedrich, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Walsroder Straße 1, 28215 Bremen, am 18. April

Kröske, Frieda, geb. **Golimbus**, aus Auersberg, Kreis Lyck, jetzt Altenzentrum St. Franziskus, St.-Annen-Straße 16, 49624 Löningen, am 21. April

Seelbinder, Erna-Margareta, geb. **Pichler**, aus Fürstenau bei Königsberg, jetzt Margarethen Residenz, 24376 Kappeln-Schlei, am 20. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Brzoska, Marie, geb. **Downar**, aus Rostken, Kreis Lyck, jetzt Zillertalstraße 125, 44807 Bochum, am 24. April

Lappat, Elli, geb. **Zatzkowski**, aus Ebenrode, jetzt Zur Pferdekoppel 2, 24960 Glücksburg, am 19. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Drobeck, Helene, geb. **Annies**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, jetzt Sertürnerstraße 11, 33104 Paderborn, am 18. April

Kretschmann, Ella, geb. **Flenske**, aus Theerwischwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Einumer Straße 17, 31135 Hildesheim, am 22. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Kerschgens, Else, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, jetzt Friedrich-Ebert-Straße 13, 52222 Stolberg, am 23. April

Kimetz, Herbert, aus Hasselpusch, Kreis Heiligenbeil, und Osterode, jetzt Ermlandstraße 28, 53123 Bonn, am 24. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Haring, Ella, geb. **Ringies**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Weingärten 45, 06110 Halle / Saale, am 19. April

TERMINE DER LO

Jahr 2011

28./29. Mai: Deutschlandtreffen in Erfurt
10.–13. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont
16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein
23.–25 September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
10.–16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont
15.–16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen
28.–30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont
5.–6. November: OLV in Bad Pyrmont
7.–11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Kleemann, Hildegard, aus Lyck, jetzt Bennweg 9, 63619 Bad Orb, am 18. April

Kohse-Grebenstein, Frida, geb. **Augstein**, aus Tölteninken, Kreis Wehlau, jetzt Am Mühlenberg 1, 25712 Burg, am 14. April

Mollenhauer, Martha, geb. **Dunkel**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Angerhauser Straße 8, 47259 Duisburg, am 17. April

Smollich, Frieda, geb. **Oprotkowitz**, aus Petersgrund, Kreis Lyck, jetzt Am Schütthook 169, 48167 Münster, am 21. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Graef, Annelore, geb. **Glaser / von Terzi**, aus Lyck, jetzt Osterhörner Straße 26, 26817 Rhauderfehn, am 18. April

Graumann, Anna, geb. **Steinat**, aus Absteinen, Kreis Ebenrode, jetzt Zum Herrengarten 36, 50321 Brühl, am 21. April

Konzelmann, Elfriede, geb. **Konzelmann**, aus Sonnenstuhl, Kreis Heiligenbeil, jetzt Paul-Klee-Straße 30, 40670 Meerbusch, am 19. April

Piotrowski, Ella, geb. **Mundt**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, jetzt Goethestraße 46, 25813 Husum, am 22. April

Schinkowski, Willi, aus Dürrfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Herbeckweg 8, 42579 Heiligenhaus, am 18. April

Thimm, Rosemarie, geb. **Thimm**, aus Heiligenbeil, Bismarckstraße 53, jetzt Mittelstraße 23, 24103 Kiel, am 23. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Meiser, Herta, geb. **Broska**, aus Rotbach, Kreis Lyck, jetzt Bassener Straße 13, 28832 Achim, am 18. April

Prostka, Werner, aus Langenhöh, Kreis Lyck, jetzt Eichenstraße 6, 25462 Rellingen, am 21. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Geschwandtner, Helene, geb. **Kattemeyer**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Lindleinstraße 36, 97080 Würzburg, am 22. April

Jansen, Friedrich, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, jetzt Seniorenzentrum Findorff, Walsroder Straße 1, 28215 Bremen, am 18. April

Reck, Paul, aus Kalthagen, Kreis Lyck, jetzt Hebbelstraße 78, 50968 Köln, am 20. April

Schönfeld, Karl, aus Heiligenbeil, Baderstraße 11, jetzt Fasanenweg 19, 22962 Siek, am 24. April

Weist, Ursula, geb. **Fago**, aus Lötzen, jetzt Fliederstraße 4, Wohnung 15, 23558 Lübeck, am 19. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Boje, Antonie, geb. **Budweg**, aus Kampen, Kreis Lötzen, jetzt Platz der Wiedervereinigung 4, 47805 Krefeld, am 22. April

Hoecker, Erna, aus Lötzen, jetzt Mönkhofer Weg 58, 23562 Lübeck, am 24. April

Höfert, Ida, geb. **Deyda**, aus Roggenfelde, Kreis Treuburg, jetzt Johann-Peters-Straße 42, 41334 Nettetal, am 22. April

Kowalzik, Erwin, aus Moschen, Kreis Treuburg, jetzt Langensteinbach 1, 91550 Dinkelsbühl, am 24. April

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Lenkeit, Elli, geb. **Hasenpusch**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Am Damm, 3 A, 28857 Syke, am 18. April

Mauch, Elma, geb. **Krause**, jetzt Tilsiter Straße 20, WG Senior, 87439 Kempten, am 23. April

Schaumann, Erika, geb. **Heister**, aus Mülsen, Kreis Samland, jetzt Thünenstraße 31, 58095 Hagen, am 24. April

Sentko, Alma, geb. **Borries**, aus Erlental, Kreis Treuburg, jetzt Friedrich-Stampfer-Straße 21, 60437 Frankfurt, am 21. April

Symanzik, Walter, aus Seedorf, Kreis Lyck, jetzt Kämpenstraße 3, 58456 Witten, am 21. April

Zwikler, Liesbeth, geb. **Druba**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, jetzt Lötzener Straße 14 A, 44793 Bochum, am 22. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Blume, Margarete, geb. **Felgendreher**, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, jetzt Gleimstraße 12, 38820 Halberstadt, am 20. April

Borchert, Fritz, aus Klimmen, Kreis Ebenrode, jetzt Burscheider Straße 438, 51381 Leverkusen, am 22. April

Felker, Alfred, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Auestraße 4, 38159 Vechelde, am 21. April

Glanert, Erna, geb. **Weinz**, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, jetzt Schulstraße 19, 79774 Albbruck, am 15. April

Hartmann, Anita, geb. **Waitkus**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Peter-Spahn-Straße 12, 65375 Oestrich-Winkel, am 22. April

Herforth, Sophie, aus Breslau, jetzt Beim Rethpohl 70, 28307 Bremen, am 16. April

Hübers, Eleonore, geb. **Jeschull**, aus Palmnicken, Kreis Samland, jetzt Reeperbahn 4, 24376 Kappeln, am 18. April

Ilg, Irmgard, geb. **Dorowski**, verw. **Palluck**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, jetzt Am Sonnentau 18, 27798 Hude, am 20. April

Kaiser, Hildegard, geb. **Moneta**, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, jetzt Schönewerdaer Straße 3, 06571 Bottendorf, am 21. April

Kristandt, Karl-Heinz, aus Fischhausen, Kreis Samland, jetzt Bergstraße 35 A, 24226 Heikendorf, am 22. April

Kurkowski, Erwin, aus Moditten, Kreis Samland, jetzt Anton-Riemerschmid-Straße 55, 84489 Burghausen, am 18. April

Lange, Liesbeth, geb. **Grigull**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, jetzt Sterkrader Straße 288, 46539 Dinslaken, am 16. April

Liebert, Gerda, geb. **Gurgsdies**, aus Ansorge, Kreis Elchniederung, jetzt Uhlandstraße 3, 55257 Budenheim, am 20. April

Peyinghaus, Marianne, aus Alt Gertlauken, Kreis Labiau, jetzt Vogelsangstraße 12, 53498 Bad Breisig, am 15. April

Plewe, Luise, geb. **Behrendsen**, aus Groß Ponnau, Kreis Wehlau, jetzt Eichtensteinstraße 48, 72770 Reutlingen, am 11. April

Taubner, Elsa, geb. **Nuckel**, aus Germau, Kreis Samland, jetzt Eschstraße 72, 32257 Bünde, am 24. April

Vorrath, Christel, geb. **Bliewe**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Wagrierweg 92, 22455 Hamburg, am 18. April

Waschk, Alfred, aus Rübenzahl, Kreis Lötzen, jetzt Donaustraße 38, 38120 Braunschweig, am 20. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Andresen, Liesbeth, geb. **Pfeiffer**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, jetzt Albertsweg 4, 25813 Husum, am 20. April

Belusa, Kurt, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, jetzt Landesstraße 32, 21776 Wanna, am 18. April

Bienert, Bruno, aus Ortelsburg, jetzt Neue Bachstraße 27, 58313 Herdecke, am 21. April

Bleier, Gertrud, geb. **Podlesch**, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Stadtstieg 5 A, 37083 Göttingen, am 21. April

Czychy, Georg, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Zanderweg 15, 70378 Stuttgart, am 24. April

Dettmann, Hans, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Hirtenstraße 45 B, 20535 Hamburg, am 12. April

Hühn, Jutta, geb. **Kroehnert**, aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, jetzt Bäckerweg 5, 21502 Geesthacht, am 22. April

Imbs, Eva-Maria, aus Schwalgenort, Kreis Treuburg, jetzt Amselring 5, 38159 Vechelde, am 23. April

Kamienke, Ursula, geb. **Surek**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Hammer Landstraße 168, 20537 Hamburg, am 22. April

Kilanowski, Helga, geb. **Schulz**, aus Lyck, jetzt Kradepohlsmühlenweg 1 A, 51469 Bergisch Gladbach, am 18. April

Kritzler, Jutta, geb. **Maiwald**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Schwelmer Straße 220, 42389 Wuppertal, am 18. April

Kuske, Gertrud, geb. **Kliewer**, aus Lindental, Kreis Elchniederung, jetzt Kiesselbachstraße 40, 40589 Düsseldorf, am 22. April

Markowski, Hildegard, geb. **Krooß**, aus Allenstein, Sensburger Straße 11, jetzt Adam-Stegerwald Straße 31, 28329 Bremen, am 7. April

Posywio, Lucia, geb. **Karbaum**, aus Sonnenstuhl, Kreis Heiligenbeil, jetzt Müllensiefenstraße 14, 44894 Bochum, am 20. April

Rapski, Ursula, geb. **Kaminski**, aus Richtenberg, Kreis Treuburg, jetzt Birkenweg 8, 89186 Illerrieden-Wangen, am 22. April

Riedel, Emma, geb. **Gusek**, aus Lehmanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Hinterm Vogelherd 49, 22926 Ahrensburg, am 23. April

Rogowski, Gerda, geb. **Bredlau**, aus Mohrungen, jetzt Humboldtstraße 11, 42857 Remscheid, am 23. April

Schneider, Dorothea, aus Rohren, Kreis Ebenrode, jetzt Bohldamm 23 A, 29525 Uelzen, am 21. April

Schöl, Elisabeth, geb. **Lang**, aus Leißienen, Kreis Wehlau, jetzt Lärchenweg 2, 51503 Rösrath, am 15. April

Soldanski, Walter, aus Maldanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Frankenweg 1, 59494 Soest, am 18. April

Stoepel, Herbert, aus Treuburg, jetzt Riedeselstraße 43 A, 64283 Darmstadt, am 21. April

Struckmann, Christel, geb. **Worat**, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, jetzt Drei 9 / Holnis, 24960 Glücksburg, am 20. April

Szech, Kurt, aus Milussen, Kreis Lyck, jetzt Drosselweg 17, 53119 Bonn, am 20. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bauschat, Dorothea, geb. **Junker**, aus Kinderfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Rua M. Budag 183, 89045 – 110 Blumenau, SC, Brasilien, am 22. April

Berg, Ruth, geb. **Lehrke**, aus Ortelsburg, jetzt Hanhoopsfeld 17, 21079 Hamburg, am 19. April

Brandt, Margarete, geb. **Floetenmeyer**, aus Ebenrode, jetzt Bogenstraße 18, 25421 Pinneberg, am 24. April

Buyny, Ruth, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, jetzt Wiener Straße 63, 60599 Frankfurt, am 22. April

Finke, Helga, geb. **Schwarz**, aus Groß Hanswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Rotenburger Straße 2, 27404 Brüttendorf, am 23. April

Flade, Eitel, aus Klein Hanswalde, Kreis Mohrungen, jetzt Wilhelmstraße 45, 47198 Duisburg, am 22. April

Fröhlich, Gertrud, geb. **Majewski**, aus Aweyden, Kreis Sensburg, jetzt Achterkamp 9 A, 26197 Großenkneten, am 21. April

Garstka, Georg, aus Ortelsburg, jetzt Lentzeallee 103, 14195 Berlin, am 20. April

Gesien, Gerda, geb. **Weiden**, aus Groß Klingbeck, Kreis Heiligenbeil, jetzt Eilper Straße 30 A, 58091 Hagen, am 24. April

Godau, Hans, aus Pillau, Kreis Samland, jetzt Gartenstraße 8, 30453 Hannover, am 20. April

Grunau, Karl-Heinz, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Burgstraße 55 A, 27612 Stotel, am 19. April

Hellmer, Ursula, geb. **Patschewitz**, aus Kuckerneese, jetzt Talstraße 26, 35457 Lollar, am 24. April

Jenny, Gerda, geb. **Schumus**, aus Göritten, Kreis Ebenrode, jetzt Alpskinstraße 10, 8570 Weinfelden, Schweiz, am 19. April

Labodda, Helmut, aus Moithienen, Kreis Ortelsburg, jetzt Brückenstraße 45, 42857 Remscheid, am 22. April

Langhoff, Hanna, geb. **Margenburg**, aus Hasselpusch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Backwinkelstraße 8, 45326 Essen, am 22. April

Maida, Erna, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Kriemhildstraße 37, 44319 Dortmund, am 23. April

Müller, Klaus Herbert, aus Kukkerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Hohwies 14, 55743 Idar-Oberstein, am 23. April

Nierenz, Regina, geb. Lange, aus Lüdtkenfürst, Kreis Heiligenbeil, jetzt Adendorfer Straße 29, 21379 Scharnebeck, am 24. April

Paul, Heinz, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Schürzband 2, 44369 Dortmund, am 21. April

Petrat, Günther, aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, jetzt Leningrader Straße 63, 18507 Grimmen, am 18. April

Rafalzik, Hugo, aus Treuburg, jetzt Mechthildstraße 39,

Glückwünsche. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 16

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Mittwoch, 27. April, 18 Uhr, Haus der Heimat, großer Saal: Veranstaltung der Landesgruppe, Dr. Marianne Kopp referiert über **„Agnes Miegel – Leben und Werk“.**

Buchen – Freitag, 27. bis Sonntag, 29. Mai: **Busfahrt der Kreisgruppe der Ostpreußen, Westpreußen und Pommern in 74722 Buchen zum Deutschlandtreffen.** Der Preis für Bus, zwei Übernachtungen mit Frühstück in einem 3-Sterne-Hotel sowie eine Stadtrundfahrt verbunden mit einem Rundgang durch die Altstadt von Erfurt beträgt 138 Euro. Nähere Informationen erteilt Rosemarie S. Winkler unter Telefon (06281) 8137.

Ludwigsburg – Dienstag, 26. April, 15 Uhr, im „Krauthof“, Beihinger Straße 27: Frühlingsfest der Gruppe.

Reutlingen – Reise der Gruppe zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen. Reiseroute, Busreise Erfurt und Umland. Preis pro Person: 230 Euro im Doppelzimmer, Einzelzimmerzuschlag 40 Euro. Leistungen: drei Übernachtungen mit Frühstücksbüffet im Hotel Park-Inn, Erfurt-Apfelstadt, Hin- und Rückreise im Reisebus. Besichtigung der Wartburg, Eisenach, Eintritt für Saalfelder Feengrotten und Feenwäldchen. Anmeldungen an Ilse Hunger, Steinachstraße 54, 72770 Reutlingen, Telefon (07121) 52541. Bitte den oben genannten Betrag bis spätestens 30. April auf folgendes Konto überweisen: Ilse Hunger, „Ostpreußentreffen Erfurt“, Kreissparkasse Reutlingen, BLZ 640 500 00, Konto 53198.

Stuttgart – Sonnabend, 30. April, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, großer Saal: Monatstreffen der Westpreußen mit einem Bildervortrag von Ursula Gehm, Landeskulturreferentin der Landsmannschaft Ostpreußen: „Der Königsberger Dom“. – Mittwoch, 4. Mai, 10 Uhr: Maiwanderung der Kreisgruppe. Treffpunkt und Ziel werden noch bekannt gegeben.



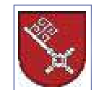
BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Erlangen – Sonnabend, 16. April, 17 Uhr, Jugendzentrum Frankenhof, Raum 20, Südliche Stadtmauerstraße 35: Die Gruppe trifft sich zum Tilsiter Käseessen, gewürzt mit Geschichten und Anekdoten aus Ostpreußen.

Landshut – Dienstag, 3.. Mai: Ausflug nach Abensberg, 10 Uhr Abfahrt auf dem Messeparkplatz, 11.15 Uhr. Die Gruppe trifft sich zum Mittagessen im Jungbräu, 12.40 Uhr Besichtigung der Brauerei Kuchelbauer mit Hundertwasser-Turm.

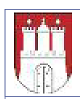
München – Jeden Montag 18 bis 20 Uhr im Haus des deutschen Ostens: Treffen des Ostpreußischer Sängerkreises. Ansprechpartner Dr. Gerhard Graf, Telefon (08106) 4960.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@-online.de

Bremerhaven – Freitag, 29. April, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Kulturnachmittag oder Tagesausflug.

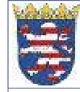


HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

Hamburg-Billstedt – Dienstag, 3. Mai, 14.30 Uhr, Kulturpalast Billstedt, Café-Restaurant Schrebers, Öjendorfer Weg 30a, 22119 Hamburg. Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat. (Im Juli und August findet kein Treffen statt). Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Annelie Papiz, Telefon (040) 739 26 017.



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Dillenburg – Mittwoch, 27. April, 10 Uhr, Café Eckstein: Treffen der Gruppe zur **Busfahrt nach Bad Ems** mit Besichtigung der russischen Kirche und einer anschließenden Bootsfahrt auf der Lahn von Balduinstein bis Limburg. Rückkehr in Dillenburg gegen 19 Uhr. – **Dia-Vortrag über eine Memellandreise.** Nach Begrüßung und abschließenden Mitteilungen zur Fahrt nach Bad Ems am 27. April hielt Wolfgang Post aus Herborn einen Dia-Vortrag über seine dreiwöchige Rucksack-Wanderung durch das Memelland, die er gemeinsam mit einem Freund im Juni/Juli 2004 unternommen hatte. Die Beiden fuhren mit der Fähre von Rostock nach Libau/Lettland. Dann ging es weiter nach Litauen, zunächst nach Polangen, wo sie das Bernsteinmuseum besichtigten. Hier erwarb Wolfgang Post seinen ersten Bernstein mit Einschlüssen. Von Memel, dem heutigen Klaipeda, zeigte er Bilder mit der alten deutschen Post, dem Ännchen-von-Tharau-Standbild auf dem Simon-Dach-Brunnen auf dem Marktplatz und von anderen noch erhaltenen deutschen Häusern. Die Freunde wanderten weiter auf der Kurischen Nehrung über Schwarzort vorbei an alten Fischerhäusern mit Holztafeln, die den Verkauf von Bratfischen anzeigten, nach Nidden mit dem Thomas-Mann-Haus, Kurenkähnen auf dem Haff und den hohen Dünen. Leider war das Wetter fast die ganze Zeit schlecht. Es regnete sehr oft und es war für die Jahreszeit zu kalt. So kamen sie nicht zum Baden in der Ostsee und es klappte auch nicht oft mit dem geplanten Übernachten im Freien im Schlafsack. In Minge fanden sie ein Nachtquartier bei einer älteren Deutschen, die sich freute, mal wieder deutsch sprechen zu können. Bei Heydekrug überschritten sie dann die Grenze zwischen Litauen und dem nördlichen, jetzt russischen Ostpreußen. In Tilsit sahen sie die Königin-Luise-Brücke über die Memel und erhalten gebliebene deutsche Bürgerhäuser. Im Königsberger Gebiet haben sich viele Russlanddeutsche angesiedelt, zum Beispiel aus Kasachstan. In Trakehnen, das die Beiden auch besuchten, gibt es eine „Gesellschaft für Siedlungshilfe“, die den Umsiedlern Häuser gebaut und für die Kinder eine deutsche Schule eingerichtet hat. Pferde gibt es in Trakehnen nicht mehr, das Gestüt befindet sich jetzt in Georgenburg. Auch in Gumbinnen wohnen viele Russlanddeutsche, die sich in der wieder aufgebauten Salzburger Kirche treffen. Im dazugehörigen Diakoniezentrum konnten Wolfgang Post und sein Freund übernachten und natürlich sahen sich sich den brühmten „Gumbinner Elch“ an. Nach Insterburg, wo wieder internationale Reitturniere stattfinden, fuhren sie mit dem Bus. Dort fanden sie im von Deutschen geführten Hotel „Zum Bären“ ein preiswertes Quartier. Das russische Luxushotel war ihnen zu teuer. Zum Schluss ging es dann nach Königsberg. Dort sahen die Freunde den Dom, das Schauspielhaus, den Pregel und die Börse, die Kant-Tafel und vieles mehr. Wolfgang Post stellte fest, dass seit seinem letzten Besuch vor zehn Jahren vieles besser geworden war. Vor allem auf den Haufen war ja sehr viel erhalten geblieben. Nach drei Wochen Fußwanderung mit 15 Kilo Marschgepäck fuhren die beiden Freunde vom Königsberger Hauptbahnhof im Schlafwagen zurück nach Berlin. Als Erinnerung brachten sie zirka 700 Fotos mit von den besuchten Städten und Landschaften, einschließlich der Rominter Heide und vielen Seen. Schließlich ist Ostpreußen ja das „Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen“. Nur Elche, außer dem bronzenen in Gumbinnen, haben sie nicht gesehen.

> **Ostpreußenchor Hamburg e.V.**
>
> Frühlingskonzert am 13. Mai um 15 Uhr in der St. Gabriel Kirche, Hartzloh Platz 17 unter der Leitung von Hanna Guzinski. Der Eintritt ist frei!
> Die Kirche kann mit dem HVV-Bus von Barmbek mit der Linie 172 oder Linie 7 bis zur Haltestelle „Hartzloh“ erreicht werden. Von hier aus sind es zirka sieben Minuten Fußweg.
>
> *Informationen erteilt die erste Vositzende Ilse Schmidt, Telefon (040) 254 39 35.*

Gelnhausen – Dienstag, 19. April, Gaststätte „Bierbrunnen“, Brentano 1: Jahreshauptversammlung der Landsmannschaft der Ost-, Westpreußen und Pommern. Kreisgruppe Gelnhausen. Zu den wichtigsten Programmpunkten gehört die Wahl des Kassierers/Kassiererin für die im Februar verstorbene Edeltraud Schatzky. Um rege Teilnahme wird gebeten. Informationen bei Renata Gognè, Telefon (06055) 5681-

Hanau – Sonnabend,7. Mai, 15 Uhr, Gaststätte Sandelmühle, Philipp-Schleißner-Weg 2a: Alljährliches Frühlingsfest. Gemeinsam mit Gästen will die Gruppe Frühlings- und Wanderlieder singen, die Lm. Schulz musikalisch begleiten wird. Dazwischen werden lustige Gedichte und Geschichten vorgetragen. Die Veranstaltung wird mit Kaffee und Kuchen beginnen. Die Kosten übernimmt die Landsmannschaft. Gäste sind herzlich willkommen. – Die Frauengruppe trifft sich jeden 2. Mittwoch im Café Menges.

Wiesbaden – Beim Monatstreffen hatte die Landsmannschaft Dr. Bärbel Beutner, Vorsitzende der Internationalen Ernst-Wiechert-Gesellschaft, zu Gast. Unter dem Titel „Er kam aus jener großen Stille“ erzählte sie vom Leben und Wirken des 1887 im masurischen Kleinort bei Sensburg geborenen Schriftstellers Ernst Wiechert. „Mit der Landschaft seiner ostpreußischen Heimat ist er zeitlebens verbunden geblieben.“ Besonders der Wald mit dem Forsthaus, in dem er aufgewachsen war, haben den Dichter geprägt. „Ich komme aus einer großen Landschaft, die vieles an mir gebildet hat, und aus jener Einsamkeit, in der ein Mensch noch wachsen und werden kann“, ist in den Aufzeichnungen des Dichters zu lesen. Nur ungern ist Wiechert „in die Stadt“ gefahren. Wenn er zurückkam in die Wälder, habe er den Schmutz der Stadt abgespült, zitierte Dr. Beutner den Dichter. Ostpreußen ist auch der Rahmen und der Hintergrund vieler seiner Werke. Kritisch hat er wiederholt zu den Ereignissen seiner Gegenwart Stellung bezogen, im Auftreten und in seinen Werken. Wiecherts Gegnerschaft gegenüber der nationalsozialistischen Ideologie brachte ihn zeitweise ins Konzentrationslager. Sein Roman „Der Totenwald“ ist ein 1939 literarisch verfasster Bericht seiner Erlebnisse als politischer Häftling im KZ Buchenwald. Sieben Jahre hatte er die Manuskripte vergraben, bis das Buch 1945 veröffentlicht wurde. Seine Werke „Hirtennovelle“, „Das einfache Leben“ (1939 Bestseller), „Die Jerominkinder“ und besonders „Der Totenwald“ begründen seinen ethischen und moralischen Anspruch und seine christliche Grundeinstellung. Vor seiner Tätigkeit als freier Schriftsteller war Ernst Wiechert von 1911 bis 1933 Lehrer im höheren Schuldienst, zuerst in Königsberg am „Königlichen Hufengymnasium“ und dann in Berlin am „Kaiserin-Augusta-Gymnasium“. Danach verlegte er seinen Wohnsitz nach Ambach am Starnberger See, später nach Wolfratshausen (Hof Gagert). 1948 ging er in die Schweiz nach Uerikon, wo er am 24. August 1950 verstarb. Eine Reihe seiner Bücher sind in polnischer und russischer Übersetzung erschienen. „Es ist für mich immer wieder überwältigend, wenn ich die Begeisterung der Russen und auch der Polen für die ostpreußische Literatur erlebe“, resümierte die Referentin. Das Geburtshaus Wiecherts in Kleinort, an dem eine Gedenktafel an den Schriftsteller erinnert, ist zu einem Museum umgestaltet. Ein kleines Museum gibt es auch in Sensburg und in Königsberg eine Wiechert-Stube, die die Russen

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Glückwünsche
Fortsetzung von Seite 15

44379 Dortmund, am 19. April

Rehse, Heinz, aus Kirpehnen, Kreis Samland, jetzt Sutelstraße 50 B, 30659 Hannover, am 20. April

Stegat, Bruno, aus Deschen, Kreis Elchniederung, jetzt Zimelerstraße 19, 72202 Nagold, am 20. April

Tietze, Irmgard, geb. **Rattay**, aus Neuendorf, Kreis Treuburg, jetzt Eichelkamp 53, 38440 Wolfsburg, am 22. April

Venohr, Lilli, geb. **Zilz**, aus Drawen, Kreis Ebenrode, jetzt Feldbergstraße 5, 78647 Trossingen, am 22. April

Wagner, Lydia, geb. **Goy**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, jetzt Langgönser Straße 40, 36625 Hüttenberg, am 11. April

Winkler, Berta, geb. **Nitsch**, aus Groß Schönau, Kreis Gerdauen, jetzt Richard-Wagner-Straße 13, 49137 Wallenhorst, am 20. April

Wojdyla, Irmgard, geb. **Gregel**, aus Aulacken, Kreis Lyck, jetzt Freiburger Straße 17, 58091 Hagen, am 18. April

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

mit viel Liebe eingerichtet haben.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 27. April, 15 Uhr, Stadtparkrestaurant (Eingang Sozialverband), Jasperallee: Treffen der Gruppe. Andreas Hartmann trägt eine bunte Mischung unterschiedlicher heiterer und amüsanter Geschichten vor. – Beim Treffen der Gruppe im März fand die **Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen** statt. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Fritz Folger wurde die Beschlussfähigkeit und Tagesordnung festgestellt und genehmigt. Der 1. Vorsitzende Fritz Folger verlas den Rechenschaftsbericht für die Zeit vom 25. März 2009 bis 25. März 2011 und es folgten die Tätigkeitsberichte des Kassenwarts, des Kassenprüfers und der Kulturreferentin. Nach der Aussprache zu den Berichten ohne Beanstandungen wurde dem Vorstand Entlastung erteilt. Die anschließende Wahl ergab folgenden geschäftsführenden Vorstand: 1. Vorsitzender Fritz, Folger, Stellvertreter Hagen Mörig, Kassenwart Horst Neumann, Stellvertreter Werner Stein, Schriftführerin Monika Bötticher, Stellvertreterin Gisela von Nebenborn.

Osnabrück – Dienstag, 10. Mai, 16.45 Uhr, Hotel „Ibis", Blumenhaller Weg 152: Treffen der Gruppe zum Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Düren – Montag, 9. Mai, 14.30 Uhr, Haus des deutschen Ostens, Holzstraße 7 A: Die Frauengruppe trifft sich zum Thema „Muttertag".

Düsseldorf –– Mittwoch, 4. Mai, 15 Uhr, GHH, Raum 311: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Mittwoch, 4. Mai, GHH / Eichendorfsaal, 1. Etage: Singprobe der Düsseldorfer Chorgemeinschaft unter Leitung von Radostina Hristova. – Donnerstag, 5. Mai, 13.45 Uhr: Wanderung zur Ostdeutschen Heimatstube Neuss, Oberstraße 17. – Freitag, 27. Mai, 8 Uhr, bis Dienstag, 31. Mai: Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt. Ausführliches Programm siehe RS I/2011. Fahrpreis bei HP 459 Euro, EZ-Zuschlag 76 Euro.

Gütersloh – Donnerstag, 21. April, 15 Uhr, Gütersloher Brauhaus, Unter den Ulmen 9, 33330 Gütersloh: **Treffen der Frauengruppe zur Osterfeier.** – Sonnabend, 30. April, 21 Uhr, Einlass ab 20.30 Uhr, Landhaus Heitmann, Gütersloher Straße 63, 33443 Herzebeck-Clarholz (Pixel): Tanz in den Mai. Eintritt 9 Euro (für Mitglieder 6 Euro). Es spielt das Duo Robertos Musik Express aus Leverkusen. Im Landhaus besteht keine Übernachtungsmöglichkeit. Eine kleine Speisekarte wird am Abend vorbereitet. – Montag, 2. Mai, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Information bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343. – 3-tägige Fahrt zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt vom Freitag, 27. Mai bis Sonntag, 29. Mai. Leistungen: Fahrt im modernen 3-Sterne-Reisebus, der Bus bleibt vor Ort, 2 Übernachtungen im 4-Sterne Victor's Residenz-Hotel Erfurt, 2 mal Frühstück vom Buffet, 2 mal Drei-Gang-Menü oder Dinnerbuffet im Rahmen der Halbpension, Eintritt und Führung Marienglashütte in Friedrichsroda, geführter Stadtrundgang in Erfurt, Eintrittsplaketten zum Deutschlandtreffen. Pro Person im DZ 245 Euro, EZ-Zuschlag 40 Euro. Anmeldung über Marianne Bartnik, Königstraße 45, 33330 Gütersloh, Telefon (05241) 29211, E-Mail: marianne.bartnik@t-online.de. Es stehen nur begrenzt Plätze zur Verfügung.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Mülheim an der Ruhr – Freitag, 29. April, 15 Uhr, Bürgergarten: BdV-Frühlingsfest. Eine Kapelle gibt den musikalischen Rahmen für die Kaffeetafel und es findet ein buntes Programm mit heimatlicher Unterhaltung auf der Bühne statt. Der Eintritt ist frei.

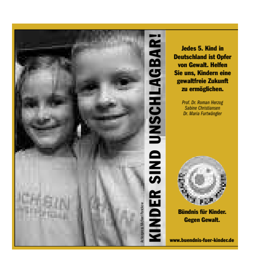
Neuss – Sonnabend, 1. Mai, 15 Uhr, Marienhaus in Neuss, Kapitelstraße 36: Frühlingsfest mit Tanz, Vorträgen und Tombola der Kreisgruppe Neuss. – Donnerstag, 5. Mai, 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube Neuss, Oberstraße 17: „Tag der offenen Tür" mit Kaffee und Kuchen.



RHEINLAND-PFALZ

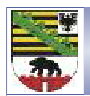
Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Reise in das Ermland und Masuren. Eine 12-tägige Busreise vom Mittwoch, den 27. Juli bis Sonntag, den 7. August. Programm: 2 Tage Zwischenübernachtung in Pommern bzw. Posen, 3 Tage Frauenburg und 6 Tage Heilsberg. Leistungen: 11 x Halbpension, Führung Marienburg, Freizeit auf der Frischen Nehrung, Schiffausflug über die Rollberge nach Elbing, Gottesdienst im Dom zu Frauenburg und Fahrt über Braunsberg, Mehlsack, Wormditt, Crossen, Migehnen nach Heilsberg. Freier Tag in Heilsberg. Wallfahrt nach Springborn mit Gottesdienst. Masurenausflug mit Stakenfahrt auf der Krutinna und Schiffausflug Ruciane Nida nach Nikolaiken. Rundfahrt über Seeburg, Lautern, Heiligelinde, Rößel, Santoppen, Bischofstein, Kiwitten und Heilsberg. Rundfahrt Reichenberg, Guttstadt, Allenstein, Dietrichswalde (mit Marienlob) und zurück nach Heilsberg. Auf der Heimreise besuchen wir die Stadt Thorn. Preis: 880 Euro und 110 Euro EZ- Zuschlag. Fahrtroute mit Zusteigemöglichkeiten: Simmern, Koblenz, Bonn Hbf, Köln Hbf (Breslauer Platz) und nach Abstimmung an den Raststätten der Autobahnen A1, A2 und A10 (Michendorf). Übernachtungsmöglichkeiten im Bahnhof Koblenz und im Hotel Waldesrand an der Autobahnausfahrt A2, Herdorf Ost, dort hält im Absprache auch der Bus. Organisation, Anmeldung und Reiseleitung: Peter Teschner, Leipzigerstr. 10, 56075 Koblenz, Tel. 0261/53947, E-Mail: teschner.peter@arcor.de Bitte umgehend anmelden!



Neustadt a. d. Weinstraße – Sonnabend, 30. April, 15 Uhr, Heimatstube, Fröbelstraße 26: Humorvolles aus Ostpreußen. Kleine Geschichten, Anekdoten und humorvolle „Dammeleien" stehen im Mittelpunkt an diesem Nachmittag. Eigene Beiträge können gerne mitgebracht werden. – Obwohl einige Landsleute bereits über 30 Jahre im Vorstand der Kreisgruppe aktiv mitarbeiten, haben sie sich noch einmal in den Dienst der Landsmannschaft Ostpreußen gestellt. Bei der Jahreshauptversammlung wurden in den Vorstand gewählt: 1. Vorsitzender Manfred Schusziara, 2. Vorsitzender Werner Amling, Schriftführerin Erika Melzer, Kassenwart Otto Waschkowski, Beisitzer Brigitte Buttgereit, Britta Hiller, Elfriede Schaedler, Annemarie Schusziara, Dieter Melzer, Kassenprüfer Karl-Heinz Beyer, Paul Schulzki.

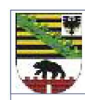
Weiden – Heimatnachmittag der Ost- und Westpreußen. Die Kreisgruppe traf sich zum monatlichen Treffen in der Gaststätte Heimgarten. Dazu konnte der 1. Vorsitzende Hans Poweleit viele Mitglieder und Gäste begrüßen. Danach wurden zuerst die Heimatlieder „Land der dunklen Wälder" und „Westpreußen mein lieb Heimatland" gesungen. Im Anschluss daran gratulierte die Kassiererin Ingrid Uschald den Mitgliedern, die im April Geburtstag feiern. Zum Frühlingsanfang trug sie das Gedicht „Frühlingssehnsucht" vor. Von Stups dem kleinen Osterhasen sangen die Kinder Barbara und Andreas zum kommenden Osterfest. Die Landsleute durften den 2. Vorsitzenden Norbert Uschald, der Frühlingslieder spielte, gesanglich begleiten. Uschald lud die Landsleute zum Bundestreffen der Landsmannschaft am 28. und 29. Mai nach Erfurt ein. Außerdem lud er zum Maibaumaufbau durch den Heimatring Weiden am 1. Mai in die Weidener Altstadt ein. Er informierte die Anwesenden noch über den aktuellen Stand bei der Angelegenheit Egerer Stadtwald. Schließlich beschenkte der Osterhase alle mit gefärbten Eiern und Süßigkeiten. Mit dem Lied „Kein schöner Land" verabschiedete man sich bis zur Muttertagsfeier am 8. Mai im Heimgarten.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Dessau – Donnerstag, 5. Mai, 14 Uhr, Krötenhof: Treffen der Gruppe zum Muttertag.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Magdeburg – Dienstag, 26. April, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen. – Freitag, 29. April, 16 Uhr, TUS: Singproben des Singekreises. – Dienstag, 3. Mai, 16.30 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Vorstandssitzung.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Schönwalde am Bungsberg – Freitag, 29. April, 19 Uhr, „Landhaus Schönwalde": Jahreshauptversammlung. Tagesordnung: Eröffnung und Begrüßung, Bericht des Vorsitzenden, Bericht der Kassenwartin, Bericht der Kassenprüfer und Entlastung, Entlastung des Vorstandes, Grußworte der Gäste, Darbietung, Aufführung, Verschiedenes. Wie alljährlich gibt es auch an diesem Abend ein Königsberger Klopsessen. Der Kostenbeitrag beträgt 8 Euro. Um Anmeldung bis zum 24. April wird gebeten beim ersten Vorsitzenden Hans-Alfred Plötner, Telefon (04528) 495 oder beim zweiten Vorsitzenden Ulrich Schrank, Telefon (04528) 9901.

Zum Jahr der Taufe

Die Ausstellung „Ich habe dich bei deinem Namen gerufen" im Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg dauert noch bis zum 23. Oktober. Aus christlicher Sicht ist die Taufe ein wichtiges Sakrament, für die gesamte Familie, nicht nur für Eltern. *OL*

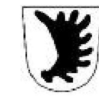
Gospelnacht in Hersbruck

Unter dem Titel „Friends meet friends" tritt am Freitag, dem 29. April um 20 Uhr der Harfa Gospel Choir aus Marienwerder (Kwidzyn), in der Stadtkirche Hersbruck am Nikolaus-Selnecker-Platz auf. Das Gospelkonzert findet im Rahmen der Regionalpartnerschaft des Bezirks Mittelfranken mit der Woiwodschaft Pommern statt. Dabei handelt es sich um den Gegenbesuch des Chores der Nikolaus-Selnecker-Kantorei Hersbruck, der im vergangenen Jahr bei einer Polen- und Baltikum-Fahrt auch in Marienwerder aufgetreten war. Am Sonntag, den 1. Mai 2011 umrahmt der Chor zudem den morgendlichen Gottesdienst in der Stadtkirche. *mef*

Sonderführung Mollenhauer

Am Dienstag, dem 3. Mai um 14.30 Uhr führt Dr. Jörn Barfod durch die Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum „Gemalte Naturgewalt– Ernst Mollenhauer in Nidden und auf Sylt". Die Werke Ernst Mollenhauers zeigen mit Motiven aus Nidden und Sylt die kraftvoll expressionistische Malweise. Die Sonderführung im Rahmen der Reihe „Museum erleben" wird gerade diese Aspekte besonders hervorheben. *OL*

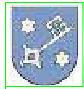






Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



GERDAUEN

Kreisvertreter: Arnold Schumacher, Hüttenstraße 6, 51766 Engelskirchen, OT Rümderoth, Telefon (02263) 902440. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

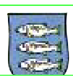
Bekanntmachung zur **Neuwahl der Mitglieder des Kreistages** (Wahlperiode2011-2015): Die Wahlvorschläge des Vorstandes für den neuen Kreistag sind in der „Preußischen Allgemeinen Zeitung" Folge 2 vom 15. Januar 2011 sowie im Heimatbrief Kreis Gerdauen Nr. 46 (Dezember 2010) veröffentlicht worden. Bis zum Ablauf der Einreichungsfrist am 28. März 2011 sind keine weiteren Vorschläge aus den Reihen der Mitglieder bei der Vorsitzenden des Wahlausschusses eingegangen. Nach § 5 Absatz 3 unserer Wahlordnung gelten daher nachfolgende, vom Vorstand vorgeschlagene Personen als per Friedenswahl gewählte Mitglieder des Kreistages der Heimatkreisgemeinschaft Gerdauen: Kirchspiel Gerdauen: Jörg Beißel, Hans Ekkart Meyer, Lothar Scharnowski, Brigitte Trennepohl, Brigitte Prang; Kirchspiel Nordenburg: Doris Biewald, Brigitte Havertz-Krüger, Walter Mogk, Margitta Romagno; Kirchspiel Assaunen: Arnold Schumacher, Dr. Jürgen Wokulat; Kirchspiel Friedenberg: Klaus-Dietrich Rahn; Kirchspiel Groß Schönau: Karin Leon; Kirchspiel Klein-Gnie: Dirk Bannick, Ilse-Annemarie Bannick; Kirchspiel Laggarben: Gertrud Holtermann; Kirchspiel Löwenstein: Anita Laube; Kirchspiel Molthainen (Molteinen): Wolfgang Mischor; Kirchspiel Momehnen: Heidrun Walter; Kirchspiel Muldszen (Mulden): Anita Motzkus; Vertreter GIRDAWE: Klaus Christeleit, Wolfgang Gay. Die neue Wahlperiode (2011-2015) beginnt mit der ersten Sitzung des neugewählten Kreistages am Sonnabend, 28. Mai 2011, um 9 Uhr im Evangelischen Augustinerkloster, Augustinerstraße 10, 99084 Erfurt, die im Rahmen des zusammen mit dem Deutschlandtreffen der Ostpreußen anberaumten Hauptkreistreffens stattfindet.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

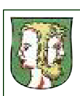
Freitag, 15. April, Museum Stadt Königsberg: Herzliche **Einladung zum traditionellen Kantgedenken!** 18 Uhr Treffen an der Kant- Tafel am Duisburger Rathaus-Turm. Anschließend im Vortragssaal des Museums Stadt Königsberg, Duisburg, Eingang Karmelplatz 5: Vortrag von Lorenz Grimoni: „Immanuel Kant – Ernstes und Heiteres aus seinem Leben". – Freitag, 20. Mai 2011, 17 Uhr Museum Stadt Königsberg, Eingang: Karmelplatz 5: Wechselausstellung aus eigenen Beständen und mit Leihgaben des Preussen-Museums in Wesel. „Königsberger Königskrönungen – Vor 150 Jahren: Selbstkrönung Wilhelm I." Lorenz Grimoni: Einführung zu den Krönungen von Friedrich I. und Wilhelm I. Im Rahmen dieser Ausstellung: Ehrung für Klaus Weigelt anlässlich seines 70. Geburtstages durch die Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr). Hinweis für Jahresausflüge: Jahresausflug nach Duisburg. Bewährt hat sich ein Besuch im Museum Stadt Königsberg, ein gemeinsames Mittagessen und eine Hafenrundfahrt. Alles Anlaufpunkte sowie der Busparkplatz liegen eng beieinander, auch gehbehinderte Landsleute können Duisburg besuchen, im Hause gibt es einen Aufzug. Anmeldungen bei Frau Fischer (Telefon montags, mittwochs, freitags von 9-13 Uhr (0203) 2832151. Ein Besuch in der neugestalteten Dauerausstellung und der Wechselausstellung zu den Krönungen lohnt immer! – 28./29. Mai Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt. Am Stand der Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr.) in Halle 2 wird über die Arbeit der Stadtgemeinschaft in Duisburg und in Königsberg/Kaliningrad, über den Königsberger Bürgerbrief und über ihre Publikationen informiert. Postkarten, alte und neue Bürgerbriefe sowie gebrauchte Bücher und Königsberg-Fahnen, Gläser, Aufkleber, den neuen Stadtplan mit deutsch/ russischen Straßenbezeichnungen und vieles mehr werden zum Verkauf angeboten.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@freenet.de

„Tag der offenen Tür" im Lötzener Heimatmuseum in der Patenstadt Neumünster, Brachenfelder Straße 23, von 10 bis 16 Uhr. Zu sehen ist, neben der ständigen Ausstellung zur Geschichte und Kultur von Stadt und Kreis Lötzen in vier Räumen, die Sonderausstellung „Kunst aus unserer Patenstadt Neumünster – Fotokunst von Michael Ermel". Besucher, die an anderen Tagen das Heimatmuseum mit seinen Ausstellungen oder das Lötzener Archiv besuchen möchten, melden sich bitte an unter (040) 608 30 03 (U. Eichler) oder (04326) 14 36 (M. Kickstein).



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Johanna Lask ist verstorben. Am 6. April verstarb Johanna Lask. Sie wurde am 17. Juli 1928 in Selmenthöhe, Kreis Lyck geboren. Seit 1987 bis zu ihrem Tode war sie Ortsvertreterin ihres Heimatdorfes Selmenthöhe und seit 1997 auch Bezirksvertreterin des Bezirkes V Selment. Für ihre Verdienste wurde sie am 2007 mit dem Verdienstabzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen ausgezeichnet. Die Kreisgemeinschaft Lyck behält Johanna Lask in dankbarer Erinnerung.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Faszination Lampenglas

Ausstellung »Das Glas, die Lampe und ich« im Glasmuseum Rheinbach

Was ein Besucher der aktuellen Sonderausstellung im Rheinbacher Glasmuseum unter dem Titel „Das Glas, die Lampe und ich" erwartet, ist nicht einfach zu formulieren. Laien würden vermuten, es gehe um dekorative Glasobjekte, die mit einer Lichtquelle, sprich Lampe, zu tun haben. Andere könnten sich daran erinnern, dass glitzernde Christbaumkugeln irgendwie mit Lampenglas in Verbindung gebracht werden. Doch weit gefehlt. Der Begriff „Lampenglas" bezeichnet nämlich eine besondere Technik, mit der filigrane Glasobjekte nicht am Ofen, sondern vor der Flamme eines Gasbrenners, der sogenannten „Lampe", gestaltet werden. Die Ursprünge der heute recht selten angewandten Technik reichen bis in die Antike. In den Glasfachschulen Zwiesel und Hadamar sowie in den böhmischen Einrichtungen in Steinschönau und Haida wird diese spannende Technik allerdings gelehrt.

Nachdem Dr. Ruth Fabritius, die Leiterin des Rheinbacher Glasmuseums, eine Lampenglasausstellung im Glasmuseum Frauenau/ Bayerischer Wald gesehen hatte, war sie davon so begeistert, dass sie sich für eine ähnliche Präsentation im Eifelstädtchen stark gemacht hat. Eine Aufgabe des Spezialmuseums für böhmisches Glas liegt darin, seinen Besuchern die Vielfalt der Glasentwicklung bis in die Gegenwart hinein vorzustellen. In diesen Kontext reiht sich die neue Sonderausstellung ein. Eine Gruppe von vier Künstlern aus Thüringen und Bayern zeigt anhand ausgewählter Exponate, dass Skulpturen aus Lampenglas eine besondere Faszination darstellen. Die Lampenglasproduktionen gelten im Thüringer Wald seit Jahrhunderten als ein traditionsreicher Erwerbszweig. Allerdings kann der gesamte grenzüberschreitende Kulturraum Schlesien, Böhmen, Bayerischer Wald und Thüringer Wald als eine große Heimat für Glaskunsthandwerker betrachtet werden.



Lampenglas: Besonders filigrane Kunst Bild: D.G.

Die Vernissage im Rheinbacher Glasmuseum bot dem Publikum die Möglichkeit, im Rahmen einer Live-Demonstration zu beobachten, wie eine Lampenglas-Skulptur entsteht. John Zinner – einer der vier beteiligten Künstler – hat vor den Augen der neugierigen Zuschauer mit Hilfe eines Tischbrenners eine seiner typischen Teufelsfiguren geschaffen. John Zinner aus Lauscha / Thüringer Wald ist einer der talentiertesten Vertreter der neuen Generation Lauschaer Glasgestalter. Interessante philosophische Ideen hat der profilierte Lampenglas-Künstler André Gutgesell aus Thüringen umgesetzt. „Sichtweisen" und „Zwei Schönheiten" sind zwei seiner ausgestellten Exponate, die zum Nachdenken anregen.

Hermann Ritterswürden aus Zwiesel zählt zu den renommiertesten Lampenglaskünstlern Deutschlands. Er hat als Kurator die Ausstellung im Glasmuseum Frauenau betreut und zugleich die bekanntesten Lampenglasmacher Bayerns und Thüringens zusammengeführt. Der geborene Sylter erlernte sein Handwerk an der Glasfachschule in Zwiesel, wo er als freischaffender Künstler lebt und arbeitet. Er montiert aus Draht und lampengeblasenen Glasteilen fast zwei Meter hohe Plastiken, in die er maritime Elemente einbaut. Auch Ritterswürdens Objekte aus der Rheinbacher Ausstellung erzählen faszinierende Geschichten. Kunstwerke wie „Kaddri in der Wake", „Jakubsons Zuflucht" und „Totentanz von Reval" hat Ritterswürden in Anlehnung an den Erzählband des baltendeutschen Literaten Werner Bergengruen „Tod in Reval" geschaffen. Dass auch die Künstlerin Nadja Recknagel aus Bad Homburg das Spiel mit Glas, Licht, Farben und Formen beherrscht, beweisen ihre filigranen Lampenglas-Skulpturen wie „Füllhorn" und „Kopflos".

Die vier Künstler haben jeder für sich einen unkonventionellen Weg im Umgang mit der Materie Glas gewählt und geben dem Begriff „Lampenglas" eine zukunftsorientierte, moderne Dimension. Die Skulpturen sprechen eine eigene Sprache, sie vermitteln besondere Inhalte und zeigen eine individuelle Herangehensweise. Doch die gemeinsame Präsentation bietet dem Betrachter ein vielfältiges „Glas-Erlebnis".

Die Sonderausstellung im Rheinbacher Glasmuseum ist bis zum 1. Mai zu besichtigen. *Dieter Göllner*

»Mutter der Nation« erlag Krebsleiden

Die bekannte Schauspielerin Witta Pohl ist tot – Helferin für Menschen in Not

Ihre Freunde nannten sie die „Mutter der Nation", ein Begriff, den sie gar nicht gern hörte. Und doch: Witta Pohl hatte etwas Mütterliches an sich. Ihr Blick, ihre Art, sich um andere zu sorgen. Und als sie dann noch in der ZDF-Serie „Diese Drombuschs" die Rolle der energischen Mutter Vera Drombusch übernahm und mit ihr Erfolge feierte, hatte sie den Namen weg.

Schon in Königsberg hat Witta, 1937 als Tochter des Gynäkologen Wilhelm Breipohl geboren, Theater gespielt. Mit den Kindern der Straße, die gern zu ihr nach Hause kamen. Bereits im Alter von fünf Jahren wurde Witta Pohl dann aber zu Verwandten nach Westfalen geschickt, wo sie aufwuchs. Es zog sie zum Theater, doch ließ sie sich zunächst als Kosmetikerin und Maskenbildnerin ausbilden. Dann aber ging es auf die Bühne. Nach



Witta Pohl Bild: Archiv

Schauspielunterricht bei Herma Clement in Berlin debütierte sie 1957 am Kasseler Theater in „Das Tagebuch der Anne Frank".

Entbehrungsreiche Jahre mit der alleinerziehenden Mutter und fünf Geschwistern haben sie nachhaltig geprägt. In einem Interview sagte sie einmal, dass sie damals gebetet und versprochen habe, wenn die vom Frost geschundenen Füße geheilt würden und der Hunger aufhöre, dann wollte sie anderen Menschen in Not helfen.

Erst spät konnte sie dieses Versprechen einlösen. Zuvor feierte sie Erfolge am Theater und beim Fernsehen. 1960 spielte sie ihre erste Fernsehrolle in „Das Floß der Medusa". 1963 kam sie in das Ensemble des Deutschen Schauspielhauses in Hamburg und des Staatstheaters Darmstadt. Sie gab Gastspiele auf anderen Bühnen und war auf dem Bildschirm zu sehen. Ihre letzte Rolle spielte sie in einer Folge der ARD-Vorabendserie „Großstadtrevier". Witta Pohl war dreimal verheiratet. Mit ihrem zweiten Ehemann, dem „Tatort"-Kommissar Charles Brauer, hat sie zwei Kinder, die Zwillinge Florian und Stefanie. In den 1980er Jahren konnte sie schließlich beginnen, ihr Versprechen einzulösen. Sie übernahm Patenschaften für Kinder in Sri Lanka, auf den Malediven, in Uganda und in Polen. Für kranke Kinder organisierte sie Aufenthalte in Kliniken und Operationen.

Ehrenamtliches Engagement für Kinder

1991 gründete sie den Hamburger Verein Kinder-Luftbrücke e.V., der sich um Sozialwaisen kümmerte. Im gleichen Jahr wurde sie Unesco-Ehrenbotschafterin des Tschernobyl-Hilfsprogramms.

Am 4. April erlag Witta Pohl einem Krebsleiden in einer Hamburger Klinik. *os*

50 Jahre im Dienst

Ostpreuße weltweit ältester Bürgermeister

Der älteste Bürgermeister Deutschlands und wohl auch weltweit ist 91 Jahre alt. Seit 50 Jahren ist der gebürtige Ostpreuße Karlheinz Poredda, 91 Jahre alt, Bürgermeister von Hipstedt im Landkreis Rotenburg/Wümme. Zu seinem 50jährigen Dienstjubiläum gratulierten ihm hochrangige Politiker, selbst Ministerpräsident David McAllister (CDU) kam persönlich, um zu gratulieren. Der Rekordhalter sitzt seit mehr als 30 Jahren im Kreistag und außerdem im Rat der Samtgemeinde Geestequelle, zu der Hipstedt gehört.

Nach vierjähriger Gefangenschaft kam Poredda 1948 ins niedersächsische Hipstedt. Dort beteiligte er sich von Beginn an am Aufbau in seiner neuen Heimat. Als seine größte Leistung bezeichnet er seine erfolgreichen Bemühungen um das Zusammenschweißen der Bevölkerung nach dem Krieg. Hipstedt war ein Ort, in dem sich die Bevölkerung durch die Vertriebenen verdoppelt hatte. Zunächst hatte Poredda sich beim „Bund der Vertriebenen und Entrechteten" engagiert, dann gründete er 1973 die Wählergemeinschaft Freier Bürger (WFB). Trotz eines schweren Sturzes im vergangenen Jahr nahm er seine Aufgaben weiterhin gewissenhaft wahr. Nun will er sich aber allmählich zur Ruhe setzen. *MRK*

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 16. April, 16.10 Uhr, arte: Mit der SS Hand in Hand. Die französische Miliz.

Sonnabend, 16. April, 20.15 Uhr, EinsExtra: So reiste das Politbüro. Hinter den Kulissen der Macht.

Sonntag, 17. April, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 17. April, 16.30 Uhr, SWR: Böhmen – Land der hundert Teiche.

Sonntag, 17. April, 20.15 Uhr, Phoenix: Operation Luftbrücke.

Sonntag, 17. April, 21 Uhr, Phoenix: Die Superbombe.

Montag, 18. April, 15.30 Uhr, MDR: Unterwegs in Thüringen.

Montag, 18. April, 22.15 Uhr, RBB: Tschernobyl, all inclusive.

Montag, 18. April, 22.30 Uhr BR: Hitlers Kampf mit Roosevelt.

Dienstag, 19. April, 20.45 Uhr, MDR: Mit dem Raddampfer elbaufwärts.

Dienstag, 19. April, 23.05 Uhr, Phoenix: Kriegskinder auf Heimatsuche.

Mittwoch, 20. April, 23.30 Uhr, ARD: Die Atom-Ruinen von Tschernobyl und Fukushima.

Donnerstag, 21. April, 15.15 Uhr, NDR: Ostern in Ostpreußen.

Freitag, 22. April, 13.15 Uhr, HR: Legenden – Johannes Heesters.

Freitag, 22. April, 20.15 Uhr, ARD: Es geschah in NRW. „Adenauers letzte Reise".

Zusammenspiel von Literatur und Fotografie

Erstmals fand im Hamburger Ziviljustizgebäude eine Vernissage mit gleichzeitiger Lesung zweier bekannter Ostpreußen statt

Wer an diesem Abend im Rund der denkmalgeschützten Grundbuchhalle im Ziviljustizgebäude des Landgerichtes Hamburg dabei sein konnte, erlebte ein Zusammenspiel besonderer Art: Christian Papendicks Fotoausstellung zu seinem Bilddokumentationsband „Der Norden Ostpreußens – Land zwischen Zerfall und Hoffnung“ und Arno Surminskis Lesung aus seinem Ostpreußenroman „Sommer vierundvierzig – oder Wie lange fährt man von Deutschland nach Ostpreußen?“ ergänzten sich mühelos, weshalb Arno Surminski resümierte: „Die Bilder im Kopf aus den Buchkapiteln und die an der Wand plazierten stimmen überein, sind harmonisch.“ Der sechsundsiebzigjährige Schriftsteller und Journalist aus Jäglack bei Rastenburg und der aus Königsberg gebürtige vierundachtzigjährige Architekt und passionierte Fotograf hatten die außergewöhnliche Idee des Arbeitskreises „Kultur und Justiz“ des Richtervereins Hamburg, Christian Papendicks große Fotoausstellung mit einer Auswahl seiner faszinierenden und zugleich erschütternden Bilder aus dem nördlichen Ostpreußen gemeinsam zu eröffnen, mit Interesse begrüßt. Ein Novum, das auch beim Hamburger Publikum gut ankam.

Für Christian Papendick, der nach Kriegsende in Hamburg an der Hochschule für Bildende Künste Architektur studierte, sich bereits 1960 als freischaffender Architekt selbstständig machte, in den achtziger Jahren von der Hamburgischen Architektenkammer zum Landschaftsarchitekten ernannt wurde und jetzt als Fotograf und Buchautor in Hamburg lebt, bedeutete es zunächst einen Kraftakt. Seit Mai 2009 ist sein großformatiges Buch mit einem Umfang von 488 Seiten und 1057 farbigen sowie 170 historischen schwarzweißen Abbildungen erhältlich. In der Bilddokumentation hat er Zustand, Verfall, aber auch Wiederaufbau der Kulturdenkmäler im nördlichen Ostpreußen in den Jahren 1992 bis 2008 in eindrucksvollen und aufrüttelnden Fotos festgehalten. Um die historischen Baudenkmäler im Königsberger Gebiet, der heutigen Oblast Kaliningrad, zu retten, zieht er auf seinen von ihm geleiteten kulturhistorischen Reisen gegen eine Mischung aus Lethargie und Unwissenheit zu Felde. In einer gemeinsam konzipierten Ausstellung präsentierte das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg vor wenigen Monaten eine Auswahl seiner schönsten und eindrücklichsten Bilddokumente als Großfotos, die das kulturell verarmte Nachkriegs-Ostpreußen zeigen, jedoch den anspruchsvollen Aufbruch Königsbergs mit inzwischen einer Reihe restaurierter Königsberger Bauwerke nicht aussparen.



Christian Papendick: Gefeierter Fotograf und Buchautor — Bild: A.M.

Bilder im Kopf und an der Wand stimmen überein

Für Papendick war die Ausstellung in der Hansestadt in der von dem berühmten Hamburger Baudirektor Fritz Schumacher konzipierten und ausgeführten Grundbuchhalle eine besondere Herausforderung. Mit großem Elan erweiterte Papendick die Bildergalerie um weitere aktuelle Fotografien sowie bisher nicht verfügbar gewesene historische Schwarzweißaufnahmen vom alten Königsberg, die er einem russischen Kalender entnehmen konnte, auf mehr als hundert Bilder und platzierte sie in der Publikumshalle mit ihren zwei hohen Galerien auf zwei Ebenen.

Angesichts des großen Besucherinteresses sah sich der Hausherr und Gastgeber, Gerhard Schaberg, Vorsitzender des Vereins „Freunde der Grundbuchhalle“ sowie des Arbeitskreises „Kultur und Justiz“ in seinem Anliegen, bildende Kunst, Fotokunst und Literatur zu verbinden, bestätigt. Hierbei sei Ostpreußen eine interessante Region, dessen Norden er bereits 1994 habe kennen lernen dürfen. Es müsse ein Anliegen bleiben, Brücken zwischen dem Gestern und Heute zu schlagen. Christian Papendick sei hier ein Vorbild, so wie als Ziel im Mittelpunkt des bedeutenden Schaffens von Arno Surminski Erinnerung erhalten und Versöhnen stünden. Dr. Joachim Mähnert, Direktor des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg, begrüßte es, dass die Fotoausstellung Papendicks, die ihren Ausgang in Lüneburg genommen hatte, sich in Hamburg wieder finde. Wer heute nach Ostpreußen reise, so referierte Mähnert, staune über die imponierende Wiederaufbauleistung im südlichen, heute polnischen Ostpreußen und im alten Memelland, heute Litauen. „Aus verfallenen Gutshäusern, aus Kirchenruinen und traurigen Resten der Burgen des Deutschen Ordens sind wieder Leuchttürme einzigartiger, so eindrucksvoller Baukunst erwachsen.“ Für das nördliche Ostpreußen gelte das leider nur partiell. Ohne baldiges Handeln werde so eine jahrhundertealte Architektur in absehbarer Zeit fast vollständig verschwunden sein. Das Landesmuseum thematisiere und präsentiere, was mit der deutschen Kulturtradition nach 1945 geschah und geschieht, im Positiven wie im Negativem.

Christian Papendick berichtete von seiner ersten frühen Reise nach der Öffnung des Ostens nach Königsberg, „Zuerst war es ein Schock. Doch ich staunte, man begann mit dem Wiederaufbau des Domes… In mir reifte der Entschluss, für dieses Land etwas zu tun.“ Papendick verfolgte und dokumentierte den langen Prozess von 1992 bis 2008 des in deutsch-russischer Zusammenarbeit wieder erstandenen Königsberger Doms und begleitete die auf deutsche Initiativen und Spenden zurückgehenden Restaurierungen der kunsthistorisch bedeutsamen, kleineren, Ordenskirchen wie Mühlhausen, Heiligenwalde, Arnau, Neuhausen, Friedland und Groß-Legitten in Bildern.

Arno Surminski war der erste namhafte Schriftsteller, der sich

Surminski hält Bilder in Büchern fest, Papendick mit Fotos

der Vertreibungsthematik annahm. Die Hälfte seiner rund dreißig herausgegebenen Bücher hat etwas mit Ostpreußen zu tun. „Sommer vierundvierzig“ ist einer seiner bedeutendsten Romane, aus dem er an diesem Tag las. Arno Surminski trug so ruhig vor wie er schreibt. Der Autor las von der Hochzeit an der Minge, die Fritz Kurat und Huschke feiern, und vom Nehrungsdorf, von Rauschen an der viel gerühmten Steilküste des Samlands, dem mondänen Kurort Cranz, den malerischen Fischerdörfern am Fuße der Kurischen Nehrung von Sarkau bis Sandkrug, und der Hohen Düne. „Der Sand leuchtete, der Himmel leuchtete, und die Sonne brachte sogar das unbewegte Haff zum Leuchten. Eine unerhörte Feierlichkeit.“

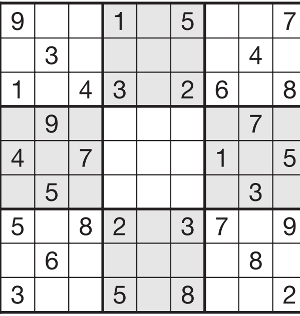
Arno Surminskis literarische Bilder, lebensnah, von großer Tiefe und vermittelnder Stimmung, korrespondierten mit den wunderbaren Fotos an der Wand: den meisterhaft eingefangenen Dünenlandschaften, den Küsten, den malerischen Häusern an den Wassern. Er las weiter über den August im Sommer vierundvierzig. Auch für dieses Kapitel vom Untergang Königsbergs durch alliierte Bomber standen die eindrucksvollen Fotografien Christian Papendicks vom heutigen Königsberg und die Schwarzweißaufnahmen des alten wunderbaren Königsbergs heute Pate.

Zum Abschluss bedanke Gerhard Schaberg, ehemaliger Vorsitzender des Hamburgischen Richtervereins und heute dessen Ehrenvorsitzender, sich bei Fotograf und Autor, die beide heute in Hamburg leben, für das harmonische Zusammenwirken. Ihr Schaffen vermittle und bewahre eine vielhundertjährige Geschichte und Kultur, und bringe sie gleichzeitig auch den heutigen Bewohnern Ostpreußens nahe.

Anita Motzkus

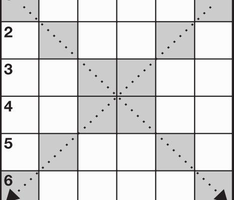
Die Ausstellung ist zu sehen bis zum 27. April im Ziviljustizgebäude des Landgerichts Hamburg, Sievekingplatz 1.

Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



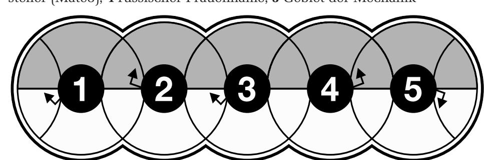
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei gebrannte Platten zur Wandverkleidung.

1 Muskelzusammenziehung
2 Leibesmitte
3 brasilianische Stadt
4 Wald-, Rabenvogel
5 Raucherzubehör (Kzw.)
6 Baumfrucht

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Schwierigkeit, Fraglichkeit.

1 hart und doch brüchig, 2 waffelähnliches Gebäck, 3 spanischer Schriftsteller (Mateo), 4 russischer Frauenname, 5 Gebiet der Mechanik



Dünenritt auf der Nehrung

Gedankenen über Beobachtungen der Naturerscheinungen

Obwohl nur zwei Meilen von Cranz entfernt, das in dem glühenden Dunste ferne auftaucht, glaubt sich der Wanderer hier schon losgelöst von allem, was ihn mit der Welt verbindet. Im Osten erblickt er in weiter Entfernung die Fischerboote der Sarkauer, die bald auf der Haff-, bald auf der Seeseite ihre Angeln und Netze stellen, dahinter erscheint der spärliche Strandwald, der sich von hier noch weiter als eine Meile fortzieht, und darüber ein bleiches, gelbliches Gebilde, das mit dem Nebel verschwimmt – die ersten Dünen.

Ich ritt längs dem Haffstrande. Rechts die Flut, links der tiefe Sand der Heide: es blieb nur der schmale angefeuchtete Saum zwischen beiden.

Vergebens sucht die Phantasie unter den vergangenen Bildern nach einer Parallele. Weder die Schneefelder der Alpen noch die Kreideabhänge des Rügenschen Hochlandes gestatten eine Parallele. Im Nebeldunste wasserblau und atlasglatt; von einem Sonnenstrahle getroffen aufglühend wie flüssiges Gold oder verfließend zu einem elektrischen Gelb; wenn dichte Wolkenschatten über die schillernden Flächen gleiten, tief violett, immer aber durchsichtig, ätherisch, fast körperlos: der tief einsame Wanderer hat Mühe, sich dieser geisterhaften Erscheinung gegenüber zu behaupten.

Anfangs tritt noch eine Pflanze, ein Busch aus dem Sande heraus, sei's, dass sie versucht haben, in der Düne Wurzeln zu schlagen oder von der wandernden Welle bis auf eine kleine Spitze bedeckt wurden. Später hört jedes vegetative Leben auf. Es reiht sich Hügel an Hügel, Rücken an Rücken zu einer unabsehbaren Kette, zu einem Walle sich schließend, der von der See aus langsam aufsteigt, um nach dem Haff zu abzufallen in

Sonnenstrahlen umspielen Sand und Wellen

hundert und mehr Fuß hohen, steilen Abfällen. Der Wind treibt die Sandkörner die mäßig ansteigende Fläche auf der Seeseite hinauf, bis sie im Schutze des Dünenwalles auf der Haffseite hinab rieseln und so in Tausenden von Sandfällen die Dünenkette weiterschieben, die weiter wandert, gleich einer einzigen Welle. Das Seltsamste aber ist das Fehlen jeden Maßstabes. Wohl stehen am Fuß des Dünenwalles Büsche und Weiden, die letzten Zeugen des einstigen lebhaften Verkehrs auf dieser Nehrung; aber die Sandabhänge selbst sind kahl und einförmig wie die Schneedecke im Winter. Nur der Sand selbst bildet oft Flecken, Adern und Figuren, die an den Marmor erinnern. Auch der kleinste Vogel, eine Schwalbe oder Drossel, ist auf der Sandfläche deutlich zu erkennen, und oft bezeichnet eine feine Spur die Stelle, wo der Vogel gesessen oder spielend weiter gehüpft ist.

Den ganzen vollen Eindruck der Dünenkette empfängt der Wanderer erst vom Möwen-Haken. Sie begleitet ihn unausgesetzt, ununterbrochen weiter; es vergeht Stunde um Stunde, aber es tritt kein anderes Bild vor sein Auge. Zuletzt wirkt sie auf seinen Geist wie eine fixe Idee oder wie ein einziger lang gehaltener Ton, der wohl zuweilen anschwillt oder nachlässt, ihn aber festhält, verfolgt, fast bis zur Erschöpfung.

Mich rettend vor dem vernichtenden Eindruck des Dünenwalles, betrachtete ich das Haff, über dem der Wasserdunst wogte, sichtbar und fühlbar. Stetig wehte der heiße Wind über die Wasserfläche und trieb die Wellen an das Ufer, wo der Schaum in langen Streifen, gleichsam Rollen, sich nebeneinander legte, bis ihn zuletzt der Wind ergriff und die Flocken in das Land wehte. Die Sonne glitzerte nur leicht in dem kräuselnden Wellenspiel; wo aber, von zwei Zungen umschlossen, eine Wasserfläche unbewegt vom Winde dalag, erschien das leuchtende Sonnenbild immer blendend und plötzlich. *Louis Passarge*

Überraschende Einladung

Ehe die Oma sich's versah, zog der Enkel sie ins Caféhaus hinein

Als Sebastian von der Schule heimwärts radelte, sah er vor dem Stadtcafé seine Großmutter. Er bremste ab, bugsierte sein Gefährt zwischen den parkenden Autos hindurch und tippte ihr fröhlich auf die Schulter: „Na, Omi, welche soll's denn sein – Nuss oder Schwarzwälder Kirsch?“ Ein zärtliches Lächeln huschte über das Gesicht der Frau. Sie deutete auf die Torten in der Auslage: „Sehen gut aus, nicht wahr? – Früher, als dein Großvater noch lebte, waren wir eifrige Cafébesucher. Nach einem Einkauf oder Arzttermin haben wir uns immer Kaffee und Kuchen gegönnt.“

„Warum gehst du nicht rein und bestellst dir was?“ „Allein? Ich weiß nicht, irgendwie käme ich mir ganz verloren vor.“ Sebastian betrachtete sie aufmerksam. Er mochte seine Großmutter; vielleicht, weil sie seiner Mutter so sehr ähnelte. Beide Frauen waren von feinfühliger, zurückhaltender Art – ein Wesenszug, der dem 16-Jährigen mittlerweile auch bei Mädchen seines Alters gefiel.

„Weißt du“, lächelte sie ihm jetzt zu. „Mir geht's gar nicht so um die Torten – ich mag einfach nur diese besondere Caféhaus-Atmosphäre. Die gedämpften Stimmen, das leise Klirren der Teller. Man sitzt gemütlich im Warmen und lässt sich bedienen.“ Der Einfall kam ihm ganz plötzlich. Für einen Cafébesuch würde sein Taschengeld zweifellos reichen. Ehe seine Großmutter wusste, wie ihr geschah, hatte Sebastian sein Rad abgeschlossen, um ihr nun – ganz Kavalier – den Arm zu reichen: „Darf ich bitten? Heut' geht die Rechnung auf mich!“ Er zwinkerte ihr zu. „Auf Kaffee bin ich nicht so scharf, aber ein ordentliches Stück Käsekuchen – das ist schon okay.“ Das Aufleuchten ihrer Augen war Antwort genug. Fünf Minuten später saßen die beiden an einem Tischchen in Fensternähe und ließen sich von der Bedienung, einem ausnehmend hübschen Mädchen Kaffee und Kuchen kredenzen. Sebastians Herz klopfte ziemlich heftig. „Nicht schlecht, der Käsekuchen“, wandte er sich lässig, wenn auch mit roten Ohren, seiner Großmutter zu. „Oder was meinst du?“ „Er ist sehr gut“, erwiderte diese mit feinem Lächeln, wissend, dass dieser Cafébesuch mindestens zwei Menschen glücklich gemacht hatte. *Renate Dopatka*

Augenblicke

Ein Besuch in der Heimat weckt Erinnerung

Barfuß stand ich im Dünensand vor der sanft rauschenden See. Brandrot lag die Morgensonne auf dem Wasser, und die Kiefern hinter mir hauchten ihren würzigen Atem über den Strand. Der Wind schlief noch, nur ein paar unentwegte Möwen strichen über die Wellen. Ein tiefes Glücksgefühl des Angekommenseins bemächtigte sich meiner. Dank würgte mir in der Kehle, Dank dafür, dass ich noch einmal in der Heimat sein durfte. Und die Gedanken wanderten zurück in jene Kinderjahre, als die Eltern mit mir in der Samlandbahn an die See fuhren., Bilder wogenden Glücks stiegen in diesen Augenblicken wieder in mir auf und wurden Gegenwart. So saß ich nun nach mir unzählig scheinenden Jahren endlich wieder am Strand der heimatlichen See. Weit schweifte der Blick in die Ferne, hinweg über die in Gold getauchten Wellenkämme in der Morgensonne. Ich lauschte dem Rauschen und konnte es kaum fassen, wieder zu Hause zu sein. Dieses Glück ist so unwirklich, so unfassbar, dass mir noch einmal ein solcher Morgen in der Heimat geschenkt wurde. *Ottokar G. E.Wagner*

Vermittler zwischen zwei Welten

In Bremen hilft ein gehörloser Berufsberater Betroffenen bei Problemen am Arbeitsplatz

Der Berufsberater Kai Wehner ist bundesweit eine Ausnahmeerscheinung: Er ist gehörlos und berät andere Gehörlose bei Problemen mit dem Chef oder den Kollegen.

Bei Kai Wehner im Büro klingelt das Telefon nicht. Es blitzt und lässt einen kleinen Signalgeber in seiner Hosentasche vibrieren. So bekommt der Berufs- und Integrationsberater mit, dass ihn jemand anruft. Zum Telefonieren legt er den Hörer neben das Telefon und schaut auf den daran montierten kleinen Bildschirm. Dort kann er die Gebärden seines Gesprächspartners sehen. Über die ebenfalls auf das Telefon gebaute kleine Kamera beobachtet sein Gegenüber am anderen Ende der Leitung Wehners Antwortgebärden.

Kai Wehner ist gehörlos. Das bedeutet, dass er von Geburt an nicht hören und deshalb auch keine Lautsprache lernen konnte. Und als Gehörloser sei er bundesweit der einzige Berufs- und Integrationsberater, berichtet er. Seit 2003 arbeitet er beim Bremer „Integrationsfachdienst" (IFD). Die gemeinnützige Dienstleistungsgesellschaft will behinderte und schwerbehinderte Menschen in den Arbeitsmarkt integrieren und finanziert sich überwiegend aus der sogenannten Ausgleichsabgabe von Betrieben, die nicht die gesetzlich vorgeschriebene Zahl Schwerbehinderter eingestellt haben. Wehner ist dort inzwischen fest angestellt und berät andere Gehörlose, die Schwierigkeiten an ihrem Arbeitsplatz haben. Auch Arbeitgeber, die Betroffene beschäftigen, wenden sich gelegentlich an ihn. „Aber etwa 70 bis 80 Prozent derjenigen, die sich melden, sind gehörlose Angestellte", erklärt er. „Viele kommen mit einem Brief vom Arbeitgeber, den sie nicht verstehen." Oft sei es dann schon etwas spät, da meist bereits eine Abmahnung vorläge, erzählt Wehner. Die Betroffenen verstünden aber oft nicht, was sie falsch gemacht hätten. In solchen Fällen kann die Beratung und Begleitung schon mal ein paar Monate in Anspruch nehmen. Manchmal erreicht Wehner dann durch Aufklärung, dass eine Abmahnung zurückgenommen wird, weil Missverständnisse ausgeräumt werden können. Aber auch, wenn Wehner dabei unterstützen soll, einen Antrag zu stellen, ist seine zentrale Aufgabe klar: „Ich muss in meiner Beratung sehr viel Schriftsprache in verständliche Begriffe übersetzen."

Gebärdensprache seit 2001 als eigene Sprache anerkannt

Die Hauptursache für Probleme von Gehörlosen am Arbeitsplatz sind Kommunikationsstörungen. Dabei spielt eine Rolle, dass gehörlose Menschen ein deutlich weniger geübtes Text-Lese-Verständnis haben als Hörende. Der Grund: Lautsprache und Schriftsprache sind sehr viel enger miteinander verknüpft als die Deutsche Gebärdensprache (DGS) und die Schriftsprache.

Die Gebärdensprache hat eine eigene Grammatik und ein eigenes Lexikon. „Hörende lesen einen Text und wissen anschließend, was darin steht. Gehörlose, die einen Text lesen, fragen sich danach, was wohl darin stehen könnte", erklärt Integrationsberater Wehner und setzt hinzu: „Viele Gehörlose haben ungefähr so ein Textverständnis wie Viertklässler."



Mit den Händen reden: Staatlich geprüfter Gebärdensprachdolmetscher Jan Wolf vor einer Schulklasse Bild: Landschaftsverband Rheinland

Im Alltag lauern zwischen hörenden und gehörlosen Kollegen viele Missverständnisse. Ein Beispiel: Gehörlose nehmen mit großer Selbstverständlichkeit Körperkontakt zu anderen auf, etwa indem sie jemanden antippen oder ihm auf die Schulter klopfen, um auf sich aufmerksam zu machen. Hörende empfinden solche Gesten leicht als grob und grenzüberschreitend. Die Reaktion fällt entsprechend unfreundlich aus, der Konflikt ist geboren, aus purem Unwissen auf beiden Seiten. Kai Wehner zufolge haben sich viele Gehörlose in ihrem Alltag daran gewöhnt, nicht alle Informationen mitzubekommen, die ihre hörenden Kollegen erhalten. Also erschließen sie sich den fehlenden Teil aus dem Zusammenhang. Wenn Arbeitgeber ihre Arbeitsaufträge nicht in Gebärden oder mit technischer Unterstützung vermitteln können, laufen sie Gefahr, dass der gehörlose Angestellte die von den Lippen gelesene Information nicht vollständig mitbekommt und versteht. Kai Wehner sieht sich als Vermittler zwischen diesen verschiedenen Erfahrungswelten. Gehörlosen erklärt er, dass sie ihre Arbeitsaufträge nicht „irgendwie" und „ungefähr", so wie sie sie verstanden haben, erledigen können, sondern dass sie genau sein müssen, auch indem sie nachfragen. Den Arbeitgebern erklärt er, wie sie Arbeitsaufträge besser vermitteln können, dass es wichtig ist, sich Zeit für Erklärungen oder Nachfragen zu nehmen, und welche technischen Hilfsmittel es zur Verständigung gibt.

Seit die DGS im Jahr 2001 als eigene Sprache anerkannt wurde, haben Gehörlose einen Anspruch auf den Einsatz eines Dolmetschers. Darum erweitern sich allmählich ihre Arbeitsmöglichkeiten. Während ihnen früher nur wenige Berufsfelder offen standen – vor allem im Handwerk, im technischen Zeichnen, Bauzeichnen und in der Vermessungstechnik –, kommen jetzt Arbeitsplätze im Büro hinzu. Es ist möglich geworden zu studieren, sodass sich Gehörlose neue Berufsfelder erschließen. Berufsberater Wehner und der Integrationsfachdienst Bremen schätzen, dass es im Land Bremen etwa 500 Betroffene gibt, die Zahl der Hörgeschädigten sei allerdings wesentlich größer. Deutschlandweit gebe es ungefähr 80000 Gehörlose. Verlässliche Zahlen fehlen jedoch – auch darüber, wie viele Betroffene arbeitslos sind. Dass nicht mehr Gehörlose als professionelle Berater arbeiten, liege keinesfalls daran, dass es keine qualifizierten Betroffenen gebe, betont der IFD-Berater. Er sei vermutlich nach wie vor der einzige, weil die Anstellung eines Gehörlosen grundsätzlich höhere Kosten bedeute: Schließlich benötige auch er immer wieder einen Dolmetscher und diese Kosten müsse der Träger übernehmen.

Ulrike Bendrat

Mehr Informationen unter www.ifd-bremen.de

Für Sie probiert

Rezepte aus aller Welt

Seit zehn Jahren ist das „Weltessen" im Museumscafé Fulda eine Institution und über die Stadtgrenzen hinaus bekannt. Im heutigen Museumscafé befand sich in der Barockzeit das Refektorium (der Speisesaal) des damaligen Jesuitenkollegs. Die Köche der Aktion „Weltessen" haben schon in vielen Ländern der Erde gekocht und ihre Erfahrungen mit nach Fulda gebracht. Ganz gleich, ob afrikanisch, thailändisch, karibisch, afghanisch oder indianisch – die Gäste werden mit Spezialitäten der einzelnen Länder verwöhnt.



Bananenbrot mit Vanillesoße, Chapati, Lammgulasch mit Nussreis, Auberginenquiche mit Ziegenkäse, Kokossuppe mit Hühnchen, Straußenkebabs mit gelbem Reis sind nur einige Spezialitäten, die marktfrisch zubereitet werden. Das Weltessen im Museumscafé findet immer donnerstags ab 19 Uhr statt (Büffet 14.50 Euro, Reservierungen unter 0661/2400299). Am 21. April geht es australisch zu, am 28. April indisch/afghanisch, am 5. Mai afrikanisch, am 12. Mai thailändisch, am 19. Mai indianisch und am 26. Mai karibisch. Im Juni dann weiter in der gleichen Reihenfolge. Wer keine Gelegenheit hat, nach Fulda zu fahren, der kann die Gerichte auch bequem zu Hause nachkochen. Im „Weltkochbuch" findet man entsprechende Rezepte für köstliche Menüs. *os*

***Walter M. Rammler: „Weltkochbuch"**, Michael Imhof Verlag, Petersberg 2010, 78 Seiten, 60 farbige Abbildungen, Ringheftung, 16 Euro*

Wo Rasputin geboren wurde

In Sibirien sagen sich keineswegs Bär und Wolf »Gute Nacht«, dort gibt es ein abwechslungsreiches Kulturleben

Ein Himmel voller Sterne wölbt sich über der Taiga. Ihr Licht lässt das Wasser des Sees silbern aufblitzen. Aus der Tiefe des Waldes dringen Tierlaute ans Ohr. Plötzlich raschelt es im Unterholz und ein Elch mit mächtigem Geweih betritt die Lichtung, nimmt Witterung auf und verschwindet im Dickicht. Mit dem Hubschrauber waren wir vor Stunden aus Tjumen aufgebrochen, um im Angel- und Jagdparadies Kunjaks einen Kurzurlaub fernab jeglicher Zivilisation zu verbringen. Bereits der Flug macht mit der Weite dieses Landes vertraut.

Ein Feriendorf in unberührter Natur

Schier endlose Birkenwälder, unterbrochen von spiegelnden Teichen und Tümpeln, prägen das Bild der Landschaft, die fast nahtlos in einen dichten Nadelwald übergeht. Erst jüngst wurde hier ein kleines Feriendorf erbaut. Um einen idyllisch gelegenen See gruppiert sich eine Reihe uriger, einfach ausgestatteter Holzhütten. „Natürlich müssen wir noch etwas nachrüsten", gibt Victor, einer der Initiatoren des Projektes, zu. „Aber das Konzept ist stimmig und dürfte in Zukunft auch Menschen aus Deutschland anlocken, die auf Öko-Tourismus stehen." Vieles spricht dafür, dass gerade Angler und Jäger in Kunjaks ihr Eldorado entdecken werden. Die Gewässer der Umgebung sind makellos sauber, der See vor der Haustür randvoll mit Fischen.

In Tjumen, dem „Tor nach Sibirien", brummt es rund um die Uhr. Des Volkes wahrer Himmel ist der Rummelplatz im Zentrum der Stadt, ein Mini-Disneyland mit schreiend bunten Plastikschwänen auf einem künstlichen Teich und mehreren Pommesbuden, aus denen ohrenbetäubende Musik schallt. Die 1586 gegründete Stadt hat aber auch manch schöne Ansicht zu bieten. Blendend weiß erstrahlt die elegante Erlöserkirche in der gleißenden Mittagssonne. Und die vielen mit kunstvollem Schnitzwerk verzierten pastellfarbenen Häuser aus dem 19. Jahrhundert sind echte Hingucker.

Als absoluter Höhepunkt erweist sich Tobolsk mit seinem imposanten Kreml (Festung). Die Stadt erhielt erst jüngst eine gründliche Verschönerung. Und das ist Präsident Wladimir Putin zu verdanken. Als er vor zwei Jahren vorbeikam, war er nicht erfreut über den desolaten Zustand der einstmals prächtigen Gebäude. Er soll nur kurz gesagt haben: „Da müsst ihr was tun." Und so geschah es auch mit schnell bewilligten Geldern aus der Staatskasse.

Sibirien mit seinen reichen Öl- und Gasvorkommen ist ein wohlhabendes Land. Nur leider, beklagen die Einheimischen hinter vorgehaltener Hand, muss zu viel von diesen Einnahmen nach Moskau abgeführt werden.



Tobolsk: Der imposante Kreml Bild: Buhr

In Tobolsk vollzog sich übrigens eine der dramatischsten Episoden der russischen Geschichte. Nach der Oktoberrevolution wurde die Familie des letzten Zaren Nikolaus II. kurzerhand im Gouverneurspalast interniert, bevor Bolschewiki sie 1918 in Jekatarinburg ermordeten.

„Jeden Schritt überwachten die neuen Machthaber", erzählt Stadtführerin Inna in perfektem Deutsch. „Nur an seinem Schreibtisch durfte der Zar allein sitzen." Heute lassen sich Touristen hinter diesem erlesenen Möbelstück für die Nachwelt ablichten.

Inzwischen sind die Romanows weitgehend rehabilitiert und in manchen russisch-orthodoxen Kirchen auf kostbaren Ikonen zu bewundern. Dafür, dass dem berühmtesten Sibirjaken aller Zeiten, Grigori Rasputin, auch endlich Gerechtigkeit widerfährt, hat sich bereits während der Sowjetzeit eine unerschrockene Dame eingesetzt. Jurgewna Smirnowa hütet das Erbe des Wunderheilers und Zarenfreundes in dessen Heimatort Pokroskoje wie ihren Augapfel. Natürlich war Rasputin während der Zeit des Eisernen Vorhanges tabu, erzählt die agile Blondine, während sie ihre Gäste durch sein ansehnliches Wohnhaus führt und sämtliche Fotos und Gegenstände akribisch erklärt.

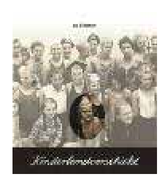
Eine aufregende Geschichtsstunde

Zum Schluss überrascht sie uns noch mit einer Sensation. Neueste Erkenntnisse aus jüngst freigegebenen Dokumenten sollen belegen, dass kein Russe, sondern ein führendes Mitglied des britischen Geheimdienstes, Rasputin angeblich 1916 in St. Petersburg ermordete, berichtet Smirnowa ihrer atemlos lauschenden Zuhörerschaft.

Nach dieser aufregenden Geschichtsstunde geht es auf einen der schönen alten Bauernhöfe, an denen Sibirien reich ist. Sie rufen lebhafte Erinnerungen an Erzählungen und Romane großer russischer Schriftsteller wie Leo Tolstoi und Fjodor Dostojewski hervor. Die in ihre farbenfrohen Trachten gekleideten Dorfbewohner empfangen uns nach Landessitte mit Brot und Salz. Zu den Klängen vom Akkordeon und Balalaika wird bis spät in den Abend hinein getanzt.

„In einer Stunde sind wir im Tartarendorf", sagt Fahrer Igor am nächsten Morgen und fügt verschmitzt hinzu: „In einer sibirischen Stunde." Denn in diesem gigantischen, zehn Millionen Quadratkilometer großen Land gehen auch die Uhren etwas anders als sonst wo auf der Welt.

Endlich erreichen wir den Ort, in dem Flora Abba, die gestrenge Matriarchin eines alten Tartarenclans, uns in der Moschee zu Tisch bittet. Wir Frauen werden höflich, aber bestimmt gebeten, unsere Köpfe zu bedecken. Auf dicken Teppichen im Schneidersitz kauernd, genießen wir Pelmeni, leckere gefüllte Teigtaschen, und von Honig triefendes Gebäck. Dazu wird Fruchtsaft gereicht. „Hier sind die Sitten strenger als anderswo", flüstert ein junger Mann. Bei manchen Muslimen stehe sogar die Wodkaflasche auf dem Tisch. „Denn der Prophet hat den Gläubigen ja nur den Genuss von Wein verboten. Und Wodka kannte er noch nicht." Ein Narr, der Schlechtes dabei denkt! *Uta Buhr*



973 Tage fern von daheim

Kinderlandverschickung

„Aus der Versenkung geholt" hat die ehemalige Berliner Grafikerin Isa Salomon eine umfangreiche Sammlung von persönlichen Zeugnissen ihrer Kinderlandverschickung (KLV) in den Jahren 1942 bis 1945. Insgesamt 973 Tage, und damit vermutlich wesentlich länger als im Durchschnitt, verbrachte die damals zwölf- bis 15-jährige Schülerin in KLV-Lagern in sogenannten luftsicheren Gebieten, wohin Großstadtkinder nach dem Beginn der Bombenangriffe auf Deutschland seit Herbst 1940 evakuiert wurden. Die Teilnahme erfolgte bis Ende 1943 auf freiwilliger Basis, die Unterbringung nach Geschlechtern getrennt. Eine Auswahl ihrer damaligen Briefe, Tagebucheintragungen und Fotos hat Isa Salomon in ihrem Buch „Kinderlandverschickt – Aus Briefen und Tagebüchern 1942 bis 1945" veröffentlicht. Die inhaltlichen Überleitungen der Autorin dienen dem besseren Verständnis. Hervorzuheben sind die reizvollen, farbig abgebildeten Skizzen und Zeichnungen, welche die besondere gestalterische Ausdruckskraft ihrer Urheberin verraten. Nacheinander nahm das junge Mädchen, teils in Begleitung ihrer älteren Schwester, an Lagern auf Usedom, in Mähren, im Riesengebirge und zuletzt im Harz teil. Die Orte sind auf Ausschnitten zeitgenössischer Karten markiert. Der von dem Sohn der Autorin, Mathias Salomon, liebevoll gestaltete Band ist ein aussagekräftiger autobiographischer Beitrag zur Geschichte des Dritten Reichs, da er einen detailreichen Einblick in das KLV-Lagerleben gewährt.

Ab 1934 lebte Isa Salomons Familie in Piesteritz bei Wittenberg (Lutherstadt), wo ihr Vater als Schulrektor tätig war. Nach dessen frühem Tod 1935 plante die Mutter einen Umzug nach Berlin, der jedoch erst im Januar 1942 durch einen Ringtausch ins Werk gesetzt wurde. Trotz des Arguments der besseren Ausbildungsmöglichkeiten für die beiden Töchter ist dieser Entschluss ihrer Mutter angesichts der häufigen Bombenangriffe auf die Reichshauptstadt für die Autorin heute schwer nachvollziehbar. Möglicherweise aber geschah dies mit Blick auf die Aussicht, ihre Kinder zur Verschickung in ein KLV-Lager anmelden zu können, wo eine bessere Verpflegung für sie in Aussicht stand. Ihrem für drei Monate vorgesehenen Aufenthalt in Bansin ab Mai 1942 sah Isa Salomon mit Freude entgegen, zumal „Ostsee" in ihren Ohren wie „Riviera oder Venedig" klang. Der Aufenthalt war kostenlos und entlastete die Haushaltskasse ihrer Mutter erheblich.

KLV-Lager boten viele Vorteile

Weitere Vorteile der KLV-Lager waren der von Bombenalarm unbeeinträchtigte Nachtschlaf und ein störungsfreier Schulunterricht. Ansonsten bestand auch in den Lagern ein Mangel an allen notwendigen Utensilien des täglichen Lebens. Das Kriegsgeschehen wurde weitgehend ausgeblendet. Seit Februar 1944 lebte Isa Salomon in Johannisbad im Riesengebirge, wohin ihre Schule von Berlin-Weißensee im Oktober 1943 verlegt worden war. Ende Februar 1945 erfolgte das schon tagelang erwartete Signal zur Flucht. Mit der Bahn wurden die Bewohnerinnen des KLV-Lagers aus dem Sudetengau gebracht und gelangten unbeschadet nach Stolberg im Südharz.

D. Jestrzemski

Isa Salomon: „Kinderlandverschickt – Aus Briefen und Tagebüchern 1942 bis 1945", Bod, Nor-derstedt 2010, kartoniert, Fotos, 159 Seiten, 12,90 Euro



Unsichtbare Kriegsverletzung

Bundeswehr: Seelische Folgen der Auslandseinsätze untersucht

Dieser Tage wird die passive Haltung der deutschen Bundeskanzlerin bezüglich des Militäreinsatzes in Libyen von vielen Seiten kritisch beäugt. Sollte Deutschland sich nicht doch an einem Militäreinsatz gegen den libyschen Herrscher Muammar al-Gaddafi beteiligen, also Kampfflugzeuge, Waffen und – natürlich nicht zu vergessen – Soldaten dorthin entsenden?

Was viele bei dieser Debatte außer Acht lassen, wenn Sie von „Truppen entsenden" sprechen, ist, dass es sich bei den Soldaten der Bundeswehr zwar um ausgebildete, aber nichts desto trotz um normale Männer und Frauen handelt. In dem Buch „Ich krieg mich nicht mehr unter Kontrolle – Kriegsheimkehrer der Bundeswehr" berichtet Ute Susanne Werner von ihren Interviews mit Kriegsheimkehrern, Bundeswehsoldaten, die ihre Einsätze im ehemaligen Jugoslawien und Afghanistan und die Gefühle nach der Heimkehr noch mal Revue passieren ließen.

Besonders wichtig ist es der Autorin, in und mit diesem Buch die Sicht der Betroffenen darzustellen und diese auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Da ihr gleich zu Beginn ihrer Recherchen diverse Steine seitens der Bundeswehr in den Weg gelegt wurden und sich die seltsamen Zufälle häuften, ist es ihr wichtig, folgenden Verdacht bereits im Vorwort zu benennen: „Was in Auslandseinsätzen passiert, welche Folgen das Erlebte für die Soldaten noch lange Zeit nach ihrer Rückkehr haben kann und wie es ihr Leben verändert – das alles soll anscheinend nicht in die Öffentlichkeit gelangen. Deshalb will dieses Buch einen Eindruck davon vermitteln, womit deutsche Bundeswehrsoldaten in Auslandseinsätzen konfrontiert sind. Und zwar in Zeiten, in denen offenbar seitens der Bundeswehr Vorbehalte bestehen, die Öffentlichkeit an dieser Wirklichkeit in all ihren Facetten teilhaben zu lassen. Eine öffentlich Diskussion ist – offensichtlich – unerwünscht."

Eine dieser Facetten, mit denen viele der Kriegsheimkehrer zu kämpfen haben, lautet PTBS. Das ist die Abkürzung für Posttraumatische Belastungsstörung und beschreibt die zeitlich verzögerten Folgen, welche ein traumatisches Erlebnis, in diesem Falle die Kriegserfahrung, auf die Psyche haben kann. Symptome für eine solche PTBS sind klassischerweise die sich immer wieder aufdrängenden Erinnerungen und Bilder an das das Trauma auslösende Ereignis, sogenannte Flashbacks, sowie Teilnahmslosigkeit, Freudlosigkeit und das Vermeiden von Situationen, die das Trauma wieder wachrufen könnten. Diesem einer Depression ähnlichen Zustand, sind die Soldaten häufig hilflos ausgeliefert. Erst in den letzten Jahren hat die Bundeswehr hier Maßnahmen zur Vermeidung und Nachsorge entwickelt.

Heimkehrer werden laut Autorin nicht umfassend betreut

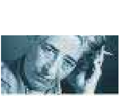
1996 kam es nach dem Bosnienkrieg durch Beschluss der Nato im Rahmen der Ifor erstmalig wieder zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Danach folgten ab 1999 Einsätze im Kosovo (Kfor) und ab 2001 in Afghanistan (Isaf). Befasst man sich mit den einzelnen Einsätzen, so fällt auf, dass nicht nur die Quantität der Auslandseinsätze sich verändert hat, sondern auch die Qualität der Einsätze in Afghanistan eine deutlich andere ist als jene damals im Rahmen der Ifor.

Werner zeigt anhand der Berichte von unter anderem einem Bundeswehrlogistiker, einem Infanteristen und einem Rettungsassistenten, wie die Soldaten nach der Heimkehr mit ihren Erlebnissen umgingen, wie sie sich veränderten und was dies für ihre Zukunft und ihre Familien und Freunde bedeutete und bedeutet.

„Ich krieg mich nicht mehr unter Kontrolle – Kriegsheimkehrer der Bundeswehr" bietet nicht nur einen interessanten, sondern auch wichtigen Blick hinter die Kulissen der Auslandseinsätze der Bundeswehr. Denn in Zeiten, in denen die Reformen und Kosten der Bundeswehr im Vordergrund zu stehen scheinen, sollte sich die Politik vielmehr die Frage stellen, wie man die Soldaten der Bundeswehr noch besser auf Auslandseinsätze vorbereiten kann, und wie man sie nach der Heimkehr, sofern erforderlich, wieder bestmöglich in den häufig fremd gewordenen Alltag integriert.

Vanessa Ney

Ute Susanne Werner (Hrsg.): „Ich krieg mich nicht mehr unter Kontrolle – Kriegsheimkehrer der Bundeswehr", Fackelträger Verlag, Köln 2010, geb., 288 Seiten, 19,95 Euro





Zwei Intelektuelle über Eichmann

Arendt und Fest über den Mann, der selbst für ein Ungeheuer zu dumm war

Das „Dritte Reich" ist nicht tot. Immer wieder tauchen neue Dokumente auf, die den Anlass dazu bieten, sich wieder einmal mit der Vergangenheit, die nicht vergehen will, auseinanderzusetzen. So ist es auch in diesem Fall: Nach fast 50 Jahren wurden nun die Briefe zwischen Hannah Arendt und Joachim Fest über Adolf Eichmann und die Frage, wie ein „erschreckend normaler" Mensch zu einem Verbrecher werden konnte, entdeckt.

Die Briefschreiber sind nicht irgendwer. Arendt lehrte nach ihrer Emigration in die USA – in Deutschland hatte sie Philosophie, Theologie und Griechisch unter anderem bei Heidegger, Bultmann und Jaspers studiert – Politische Theorie. Fest legte 1963 seine Porträtsammlung „Das Gesicht des Dritten Reiches" vor. Später sollte der Autor einer monumentalen Hitler-Biographie das Feuilleton der „FAZ" verantworten.

Zwei ausgewiesene Arendt-Kenner haben die Einleitung zu dem jetzt erschienenen Buch geschrieben: Ursula Ludz und Thomas Wild. Die kluge Einleitung der beiden Herausgeber öffnet den Blick dafür, dass es einige damals als Skandal empfanden, dass Arendt in ihrem Prozessbericht „Eichmann in Jerusalem" dessen abgrundtiefe Oberflächlichkeit herausgestellt hatte. Eichmann war in ihren Augen kein „Ungeheuer", sondern eher ein „Hanswurst".

Im folgenden sind ein Rundfunkgespräch zwischen Fest und Arendt sowie ihr Briefwechsel in den Jahren 1964 bis 1973 abgedruckt. Texte von Golo Mann, Mary McCarthy, Reinhard Baumgart und des Council of Jews from Germany runden das Buch ab.

Denjenigen, die der Deutschen Dauerbeschäftigung mit der braunen Vergangenheit ihres Landes noch nicht vollends überdrüssig geworden sind, mag diese Neuerscheinung ans Herz gelegt werden.

Ansgar Lange

Hannah Arendt und Joachim Fest: „Eichmann war von empörender Dummheit – Gespräche und Briefe", Piper, München 2011, broschiert. 208 Seiten, 16,95 Euro



Ohne Wahrheit keine Versöhnung

Heinz Nawratil über die in der Öffentlichkeit gern verdrängten Fakten zur deutsch-polnischen Vergangenheit

Die beiden zentralen Thesen des Buches „Die Versöhnungsfalle – Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewusstsein" von Heinz Nawratil sind: Die Vertreibung der Deutschen aus den Ostgebieten fand zwar infolge des Zweiten Weltkrieges statt, war aber nicht nur zur kollektiven Bestrafung der NS-Verbrechen gedacht, sondern vielmehr die Ausführung eines Planes, der schon auf die Zeit vor Hitler zurückgeht. Daraus ergibt sich die zweite These: Der frühere polnische Chauvinismus steht dagegen, für die Vergangenheit die Polen ausschließlich als Opfer und die Deutschen ausschließlich als die Täter der historischen Verbrechen im gegenseitigen Verhältnis zu bezeichnen.

Nawratils Thesen sind in der öffentlichen Debatte unerwünscht. Doch in seinem Buch lassen sich zahlreiche Belege finden. Diese werden gekrönt durch ein Zitat aus den Schriften des Historikers Andreas Hillgruber, an dessen wissenschaftlicher Reputation nichts zu rütteln ist: „Die Komplexität des Geschehens (im Zweiten Weltkrieg) wurde auf unzulässige Weise ausschließlich – fast monokausal – als sachlogische Konsequenz der hybriden Ziele der hitlerschen Expansionspolitik und ihrer rassenideologischen Grundlage interpretiert, ohne dass die davon unabhängigen Ziele der östlichen und westlichen Gegenmächte viel untersucht wurden. Doch war das gegnerische Konzept nicht nur eine Reaktion auf die nationalsozialistische Herausforderung, es entsprach vielmehr lange herkommenden Vorstellungen, die im Kriege nur zum Durchbruch gelangten."

Und das Niveau unserer deutschen Verantwortlichen in dieser Thematik wird in diesem Buch aus einem Zitat des Bundeskanzlers Helmut Schmidt von 1979 deutlich: „Wenn man ein bisschen in der Geschichte zurückdenkt oder sich orientiert, wie es damals war – 20, 30, 100 oder 200 Jahre – dann gibt es Gebiete, in denen haben nacheinander Wenden und slawische Völker, dann Polen, Russen, dann Deutsche Ritter, dann wieder Polen gesiedelt – ein ewiges Hin- und Hergeschiebe. Um Gottes willen, lasst uns da nicht wieder anfangen." Unsere Staatsmänner haben „verinnerlicht", wie man seit ungefähr 1968 sagt, dass in der deutschen Politik nationale Akzente nach außen im Zweifel nicht konsensfähig sind und nach innen nichts bewirken, als der jeweiligen Opposition die Revanchismuskeule in die Hand zu drücken. So vorsichtig verhält sich auch unsere aktuelle Bundeskanzlerin. Anders ist es nicht erklärlich, dass sie die von Polen her rüde beleidigte Erika Steinbach schlicht im Stich ließ.

Polnische Expansion unabhängig von Hitler

Wohlgemerkt: Dem Autor geht es keinesfalls um die nachträgliche In-Frage-Stellung der Oder-Neiße-Grenze. Denn ebenso wenig wie man von denjenigen, der über politische Merkwürdigkeiten bei unseren französischen Nachbarn berichtet, deswegen gleich behaupten kann, er wolle Elsaß-Lothringen zurückfordern, darf derjenige, der einige Einzelheiten über polnischen Chauvinismus zum Besten gibt, als Polenfeind abgestempelt werden.

Eines bleibt allerdings bestehen: In Polen scheint man sich insgeheim dessen bewusst zu sein, dass die deutschen Ostgebiete durch blutiges Unrecht, das gemäß manchen Völkerrechtlern sogar den Tatbestand des Völkermordes erfüllt, erworben worden sind. An diesem fortwährenden Bewusstsein ändern auch die unverrückbarsten Verträge mit den deutschen Nachbarn nichts. Also muss es nach Kräften verdrängt werden, weshalb man zum Beispiel behauptet, man hätte 1945 die deutschen Ostgebiete gar nicht haben wollen. Aber die West-Ideologen vor 1945, etwa Dmowski, hatten deren Gewinnung als eine „Rückkehr" ehemals piastischer Gebiete gefordert, die von den Deutschen nur entfremdet worden seien. Schon auf dem Prager Slawenkongress von 1848 waren Stimmen laut geworden, die Slawen müssten die Germanen kräftig nach Westen zurückdrängen, denn auf beiden Seiten, auf „germanischer" (deutscher) und auf slawischer, begann man damals, sich in eine Art gegenseitiger Endkampf-Stimmung hineinzusteigern.

Es ist einzuräumen – das tut der Autor allerdings nicht –, dass eine polnische West-Expansion über die 1918/19 erreichten Grenzen hinaus zwar viele publizistische Befürworter fand, aber nicht offizielle polnische Außenpolitik gewesen ist. Der Fall ist ähnlich wie mit der Außenpolitik der Zaren im 19. Jahrhundert, die man nicht für alle Grotesken des in der Intelligenz des Reiches grassierenden Panslawismus in Haftung nehmen kann. Offen bleibt jedoch dabei die Frage, wie expansiv die polnische Deutschland-Politik geworden wäre, wenn die Machtverhältnisse es gestattet hätten.

Madagaskar-Plan keine deutsche Erfindung

Nach der Lektüre des Buches entsteht der Eindruck, dass, da man doch nun in Europa friedlich zusammenleben muss, nach 1945 auf deutscher Seite weitaus mehr an selbstkritischer Aufarbeitung der Vergangenheit stattgefunden hat als auf polnischer. Der Autor zitiert Josef Ratzinger, der 1979 sagte, eine Liebe, die den Verzicht auf Wahrheit voraussetze, sei keine Liebe. Diese Anhebung auf die theologische Ebene ist gerade bei den Polen gerechtfertigt, da bei ihnen schon länger die Vorstellung umgeht, sie seien ein „messianisches" Volk, da eigentlich dazu da sei, eine Art göttlicher Harmonie unter den Völkern zu garantieren. Bei Papst Johannes Paul II. wurde daraus die Vorstellung, Polen müsse der EU beitreten, um diese von innen heraus moralisch zu läutern.

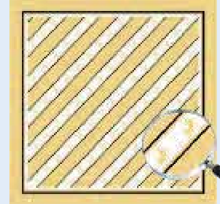
Mit Geschichtsklitterungen kommt man auf diesem Wege jedoch nicht vorwärts, siehe Ratzinger. Auch nicht mit dem in Polen unleugbaren Antisemitismus. Der berüchtigte Madagaskar-Plan zur Abschiebung der europäischen Juden war eine polnische, keine deutsche Erfindung! Das hat damit zu tun, dass ein „messianisches" Volk sich in Konkurrenz empfinden muss zum „auserwählten" Volk ...

Bernd Rill

Heinz Nawratil: „Die Versöhnungsfalle – Deutsche Beflissenheit und polnisches Selbstbewusstsein", Universitas München 2011, gebunden, 263 Seiten, 19,95 Euro

Edle Ostpreußen-Accessoires – nur begrenzte Stückzahl

Ostpreußen-Seidenkrawatte
Edle Seidenkrawatte in den Farben Preußens mit der Elchschaufel
Farben: schwarz/weiß mit der Elchschaufel
Best.-Nr.: 7091



Damen-Ostpreußen-Seidentuch
Edles Seidentuch, Maße: 70x70 cm
Farben: Beige, schwarz, weiß, mit der Elchschaufel auf den weißen Streifen
Best.-Nr.: 7092



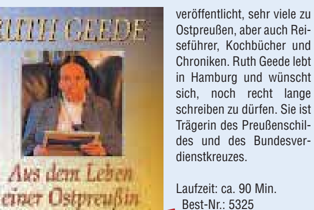
Ostpreußen-Seidenkrawatte, blau- weiß
Schwarze Seidenkrawatte mit blauen und weißen Streifen und der Elchschaufel in Wappenform
Best.-Nr.: 7094

Die Geschenkidee zu Ostern – Nur bei uns!

je € 29,95

Uwe Rada
Die Memel
Kulturgeschichte eines europäischen Stromes
Geb., 366 Seiten mit SW-Fotos im Text, 8 farb. Fototafeln
Best.-Nr.: 7077, € 19,95

DVD



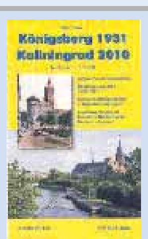


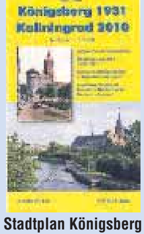
Ruth Geede
Aus dem Leben einer Ostpreußin
Kindheit und Jugend, Beginn der schriftstellerischen Tätigkeit, Flucht aus Königsberg, Neubeginn nach KriegsendeRuth Geede wurde 1916 in Königsberg geboren und veröffentlichte bereits 1934 Märchen und Erzählungen in Zeitschriften, sowie erste Rundfunkbeiträge für den Reichssender Königsberg. Es folgten bald plattdeutsche Sagen und Erzählungen, Dramen und Lustspiele. Sie leitete 40 Jahre die Redaktion eines Niedersächsischen Zeitungsverlages in Hamburg. Außerdem ist sie Mitarbeiterin der ersten Stunde beim Ostpreußenblatt / Preußische Allgemeine Zeitung und hat zahlreiche Bücher veröffentlicht, sehr viele zu Ostpreußen, aber auch Reiseführer, Kochbücher und Chroniken. Ruth Geede lebt in Hamburg und wünscht sich, noch recht lange schreiben zu dürfen. Sie ist Trägerin des Preußenschildes und des Bundesverdienstkreuzes.

Laufzeit: ca. 90 Min.
Best.-Nr.: 5325

Angebot gültig bis Ende Mai 2011

statt € 14,95 nur noch € 9,95

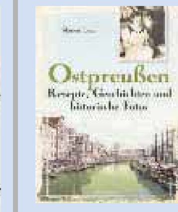




Stadtplan Königsberg 1931 / Kaliningrad 2010
Maßstab 1 : 10.000, Karte 75 x 50 cm, gefalzt, 15 x 25 cm
Best.-Nr.: 7067, € 5,95



Alfred de Zayas
Völkermord als Staatsgeheimnis
Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 7082, € 26,90



Marion Lindt
Ostpreußen - Rezepte, Geschichten und historische Fotos
Geb. Buch, Pappband, 128 Seiten, 17,0 x 23,0 cm
Best.-Nr.: 7085, € 9,95

Elch, großes Standbild

Wunderschöne Darstellung, gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe 21 cm,
Breite: 28 cm,
Gewicht: 2,7 kg
Best.-Nr.: 4013





€ 149,95

Die schönsten Volkslieder
Gesungen von Peter Schreier, Tenor und Theo Adam, Bariton mit dem Rundfunk- und Thomanerchor und dem Gewandhausorchester Leipzig unter der Leitung von Horst Neumann und der Dresdner Philharmonie unter der Leitung von Johannes Winkler
1 Wenn alle Brünnlein fließen; 2 Im Krug zum grünen Kranze; 3 Das Wandern ist des Müllers Lust; 4 Im Wald und auf der Heide; 5 Ein Jäger längs dem Weiher ging; 6 Mit dem Pfeil, dem Bogen; 7 Ein Jäger aus Kurpfalz; 8 Bald gras ich am Neckar; 9 Im schönsten Wiesengrunde; 10 Sah ein Knab' ein Röslein steh'n; 11 An der Saale hellem Strande; 12 Kein Feuer, keine Kohle; 13 Ach, wie ist's möglich dann; 14 Mein Mädel hat einen Rosenmund; 15 In einem kühlen Grunde; 16 Ännchen von Tharau; 17 Ade zur guten Nacht; 18 Kein schöner Land in dieser Zeit; 19 Weißt du wieviel Sternlein stehen; 20 Guten Abend, gute Nacht; 21 Der Mond ist aufgegangen

CD

Gesamtspielzeit: 50:16 Min
Mit allen Liedertexten im Beiheft
Best.-Nr.: 6893

€ 13,90



lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Erstklassige Naturaufnahmen und die teilweise von Luise Wolfram selbst verfassten Texte vermitteln das eindrucksvolle Bild einer faszinierenden Landschaft mit den für sie typischen Störchen, Seen und alten Ordensburgen.



Luise Wolfram
Land der dunklen Wälder und kristallnen Seen
Streifzüge durch Ostpreußen
Eine Bilderreise durch Ostpreußen

Ostpreußen ist Luise Wolfram ans Herz gewachsen. Nach längeren Aufenthalten in Königsberg/Kaliningrad und vielen Reisen in die Region kennt sie die schönsten Schauplätze dieser unvergleichlichen Landschaft, die heute zu Polen, Russland und Litauen gehört. Und sie kennt die Fragen, die angesichts der wechselvollen Geschichte des Landes gestellt werden.

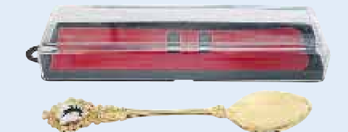
Geb., 32 Seiten, mit zahlr. Farbfotos
Format: 16 x 15 cm
Best.-Nr.: 6626

statt € 7,95 nur noch € 4,95



Zuckerlöffel Ostpreußen-Elchschaufel
Vergoldeter Sammellöffel mit der Elchschaufel. Die Lieferung erfolgt in einem Kunststoff-Etui
Best.-Nr.: 6926

nur € 12,95



2 CDs

Wir machen Musik!
Deutsche Tonfilmperlen der 20er bis 40er Jahre
Mit Hans Albers, Zarah Leander, Willy Fritsch, Margot Hielscher, Heinz Rühmann, Anny Ondra, Max Schmeling, Merlene Dietrich,u.v.a
36 Titel auf 2 CDs
Best.-Nr.: 7074, € 12,95

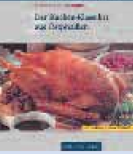
Heimatklänge aus Ostpreußen
Lieder, Gedichte und Schmunzelgeschichten mit Agnes Miegel, Marion Lindt, Ruth Geede und Dr. Alfred Lau
Die schönsten Lieder und Tänze aus der alten deutschen Provinz Ostpreußen verbinden sich auf diesem Tonträger mit wunderbaren Schmunzelgeschichten in ostpreußischem Dialekt, mit humorvollen Verteilkes und nostalgisch-wehmütigen Gedichten zu einem unvergeßlichen Reigen aus ostpreußischen Heimatklängen. Für viele Ostpreußen ist dieses Hörerlebnis eine akustische Wiederbegegnung mit unvergessenen Interpreten wie Marion Lindt, Ruth Geede und dem gebürtigen Insterburger Dr. Alfred Lau. So finden auf dieser CD Musik und Wort zu einer klanglichen Einheit, die heimatliches Erinnern und Bewahren verbinden und auch den Nachgeborenen Freude am Neuentdecken der ostpreußischen Kultur geben möchte. Gesamtlaufzeit: 1:17:25
Best.-Nr.: 6770, € 12,95

Mit dem Ostpreußenlied

CD

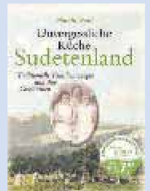
Ostdeutsche Küche





Doennigs Kochbuch
Der Küchen- Klassiker aus Ostpreußen mit mehr als 1500 Rezepten
Geb., 632 Seiten
Best.-Nr.: 1354, € 19,95

Marianne Kopp
Beetenbartsch und Klunkermus - Ostpreußische Küche
Geb., 96 Seiten, zahlr. farb. Abbildungen
Best.-Nr.: 7001, € 9,95



Harald Saul
Unvergessliche Küche Sudetenland
Traditionelle Familienrezepte und Geschichten
Geb., 128 Seiten
Best.-Nr.: 6944, € 7,95



Harald Saul
Unvergessliche Küche Schlesien
Traditionelle Familienrezepte und Geschichten
Geb., 128 Seiten
Best.-Nr.: 6943, € 7,95

statt € 15,90 nur noch € 7,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820, € 7,95

Erich Murawski
Der Kampf um Pommern
Die letzten Abwehrschlachten im Osten
Diese umfangreiche und detailgenaue Dokumentation behandelt die Eroberung Pommerns durch die Rote Armee von Januar 1945 bis zur Kapitulation im Mai 1945. Murawski gelingt es, die verzweifelten, erbittert-harten und außerordentlich verlustreichen Abwehrkämpfe der deutschen Truppen anschaulich darzustellen. Vom Zusammenbruch der deutschen Ostfront an der Weichsel bis zu den letzten Absetzbewegungen der zerschlagenen deutschen Truppen nach Mecklenburg und über die Ostsee werden alle wesentlichen militärischen Aktionen beschrieben. Der Autor konnte dazu neben deutschen auch polnische und sowjetische Quellen auswerten. Ein wissenschaftlich fundiertes Werk von großer militär- und landesgeschichtlichen Bedeutung!



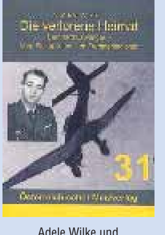
Neuauflage

Geb., 512 Seiten, gebunden, Hardcover, 16 Seiten Bilder, zahlreiche militärische Lageskizzen
Best.-Nr.: 7078

€ 24,80



General Otto Lasch
So fiel Königsberg
Geb., 160 Seiten (mit 8 militärischen Lageskizzen) + 16 Bilderseiten
Best.-Nr.: 1318, € 16,80



Adele Wilke und Bernhard Ellwanger
Die verlorene Heimat
Kart., Format A5, 250 Seiten, 30 Abb.
Best.-Nr.: 7090, € 21,90

Gunter Nitsch
Eine lange Flucht aus Ostpreußen
Arno Surminski führt in diesen authentischen Lebenslauf eines ostpreußischen Jungen ein.Gunter Nitsch erzählt die Geschichte seiner Familie, die im Februar 1945 über das zugefrorene Frische Haff vor der Roten Armee flieht, um dann doch nicht in den Westen zu gelangen, sondern in Palmnicken an der Ostsee den Russen in die Hände zu fallen. Bis dahin verbrachte Gunter Nitsch, damals sieben Jahre alt, eine unbeschwerte Kindheit auf dem Bauernhof seines Großvaters in Langendorf im Herzen Ostpreußens. Doch dann brach eine Hölle von Gewalt, Chaos und Hunger los. Die Helden der Erinnerung sind der Großvater und die Frauen der Familie. Den ganzen Tag schuften sie auf einer russischen Kolchose östlich von Königsberg. Zwischendurch und nachts organisieren sie das bisschen Essen, das das Überleben ermöglicht. Die „lange Flucht" dauerte dreieinhalb Jahre, und sie endete in einem Flüchtlingslager in der Lüneburger Heide. Die Geschichte liest sich wie ein Abenteuerroman, war aber traurige Realität.



NEU

Geb., 320 Seiten
Best.-Nr.: 7084

€ 19,95

Hans von Ahlfen
Der Kampf um Schlesien 1944 / 1945
Ein authentischer Dokumentarbericht
Der Verfasser dieser groß angelegten, systematischen Darstellung über die Kriegsereignisse in ganz Schlesien, Generalmajor Hans von Ahlfen, hat dort selbst gekämpft. Durch mühevolle Forschungen, durch Befragungen vieler Persönlichkeiten – von Oberbefehlshabern der Armeen bis zu Bataillonsführern, von hohen Verwaltungsbeamten bis zu einfachen Flüchtlingen – sowie durch das Studium neu erschlossener Quellen konnte er das ergänzende authentische Material erarbeiten, das, zusammen mit seinen persönlichen Erinnerungen, diesem Dokumentarbericht zugrunde liegt. Der gesamte Ablauf des Kampfes vor, in und um Schlesien ist hier in klarer Gliederung dargestellt. Dabei wird nicht nur über das Geschehen an der Front, sondern auch über die Ereignisse im Hinterland und über die Schrecken der Flucht berichtet. Im Anhang finden sich unter anderem die Namen der am Kampf beteiligten Einheiten sowie wichtige Zeitdokumente mit Lagekarten.



Geb., 285 Seiten (mit 10 militärischen Lageskizzen) + 16 Bildseiten
Best.-Nr.: 7086

€ 19,80



Dieckert / Großmann
Der Kampf um Ostpreußen
Geb., 264 Seiten (mit 14 militärischen Lageskizzen) und 24 Bildseiten
Best.-Nr.: 1472, € 19,80



Wolfgang Budde
Die gescheiterten Kommandounternehmen
Deutsche Fallschirmpioniere
Kart., 191 Seiten
Best.-Nr.: 3800, statt € 9,90 nur noch € 3,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 15/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Lohnende Hilfestellung

St. Petersburg – Als Rektor der Bergbau-Akademie St. Petersburg verhalf Wladimir Litwinenko dem heutigen Premier Wladimir Putin 1997 zum Doktortitel, obwohl der aus einem amerikanischen Lehrbuch abgeschrieben hatte. Jetzt wurde bekannt: Von seinem ehemaligen Doktoranden protegiert, wurde Litwinenko 2010 Aufsichtsratschef beim größten russischen Phosphatdüngerproduzenten. Außerdem hält er daran Anteile im Wert von 250 Millionen Euro. *J. H.*

90 Jahre Kremler Sondergarage

Moskau – Lenin fuhr „Rolls Royce“ aus dem Nachlass von Zar Nikolaj II., Stalin liebte US-Straßenkreuzer, seit Breschnew fahren Russen-Herrscher „Mercedes“. Gewartet werden die Autos von der „Sondergarage“ (GON) im Kreml, die 2011 90. Geburtstag feiert. Dazu erschien das Buch „Autos und Politik“, das Details ausplaudert, etwa dass der vertrottelte Lenin ein Liebling von Autodieben war. Mehr erlaubt der „Föderale Sicherheitsdienst“ nicht, der die oberste Aufsicht über die GON hat. *W. O.*

ZUR PERSON

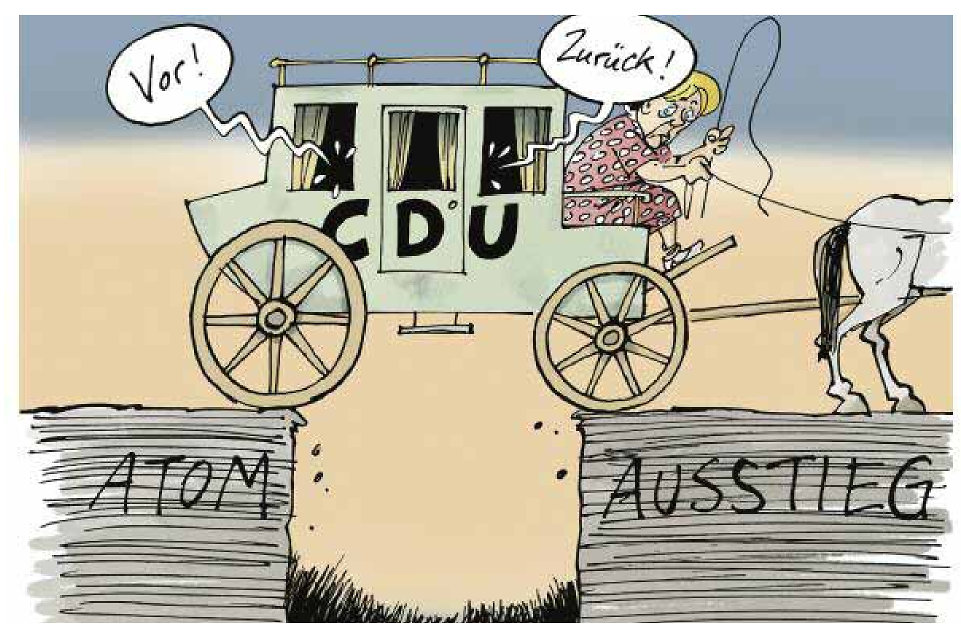
Linker Durchstarter

Führungskrise bei der Partei „Die Linke“: Nach der Kommunismus-Debatte und den Wahlniederlagen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz ist das Vorstandsduo Gesine Lötzsch und Klaus Ernst demontiert. Ihre Wiederwahl 2012 ist unwahrscheinlich. Als Alternative zur glücklosen Parteiführung gilt der Linkspartei-Schatzmeister und Bundestagsabgeordnete **Raju Sharma**.

Sharma wurde 1964 als Sohn eines indischen Vaters und einer deutschen Mutter in Hamburg geboren. Hier studierte er Rechtswissenschaften und eröffnete eine Anwaltspraxis. Ab 1990 war er im schleswig-holsteinischen Landesdienst tätig, unter anderem im Sozialministerium, in der Staatskanzlei und beim Landesrechnungshof. Von 2003 bis 2005 war er Geschäftsführer der Kulturstiftung des Deutschen Fußball-Bundes. Von dort wechselte er in die Kieler Staatskanzlei zurück. Nachdem er der DKP und verschiedenen kommunistischen Vereinigungen angehört hatte, trat er 1992 in die SPD ein. Seit 2005 ist er Mitglied der Linkspartei, für die er 2009 in den Bundestag einzog.



Auf dem Bundesparteitag wurde er im Mai 2010 mit 82,3 Prozent der Stimmen zum Bundesschatzmeister gewählt. Anfang des Jahres machte der als „Realo“ geltende Sharma als Mitautor des alternativen Programmentwurfs, mit dem die Partei für neue Themen geöffnet werden soll, auf sich aufmerksam. Sich selbst sieht er als Mannschaftsspieler und plädiert dafür, jeden dort einzusetzen, wo seine Fähigkeiten optimal für die Mannschaft genutzt werden können. Für manchen seiner Parteifreunde gehört er selbst an die Parteispitze. Derartige Ambitionen mag Sharma nicht bestätigen, er dementiert sie aber auch nicht ausdrücklich. Den Gedanken an eine Rückkehr Oskar Lafontaines hält er dagegen für „völlig absurd“. *J. H.*



Routenplanung Zeichnung: Mohr

Auf der Geisterbahn

Wer hat Angst vor Oskar Lafontaine? / Wie man Bürger umfruchtet / Warum Guttenberg kein Zauberlehrling ist / Der Wochenrückblick mit KLAUS J. GROTH

Bange machen gilt nicht, Herr Gysi. Wer gerade mitten durch die Geisterbahn rast, der ist nicht mehr zusätzlich zu erschrecken, wenn das Gespenst des roten Oskar an die Wand projiziert wird. Vermutlich hatte Gregor Gysi folgende Überlegung angestellt: Wenn das Personalkarussell überall so toll in Schwung ist, wenn überall Abschied und hoffnungsvoller Neubeginn ist, dann müsste meine Linke vielleicht auch mal ein bisschen ihr Personal wechseln. Mangels eines zu Hoffnungen berechtigenden roten Jungtriebes fiel ihm dann sein alter Freund und Genosse Oskar Lafontaine ein. Der müsste sich da unten im Saarland doch inzwischen ausreichend erholt haben? Gysi dachte es – und malte prompt beim Frühstück mit Presseleuten den roten Oskar an die Wand. Für den Notfall, wie er einschränkend hinzufügte. Jeder hat eben so seine Nothelfer. Dass die amtierenden Vorsitzenden der Linken ob dieser Personalidee erst einmal vom Hocker fielen, das focht den Urheber der Idee nicht an, schließlich hat Gregor Gysi aus seiner Vergangenheit einschlägige Erfahrung damit, willkürlich über das Leben der anderen zu bestimmen.

Nicht, dass Klaus Ernst und Gesine Lötzsch zu bedauern wären. Bewahre! Als Vorsitzende der Partei „Die Linke“ gehören sie zum Inventar der Geisterbahn, sie haben uns schon genug erschreckt. Klaus Ernst, das ist der, der rastlos mit dem Porsche durch die Gegend rast, um in jedem Winkel schlimme soziale Ungerechtigkeit zu entdekken. Davon zutiefst erschüttert, sucht er sein inneres Gleichgewicht auf seiner Alm zu finden. Gesine Lötzsch hat sich auch auf den Weg gemacht. Zwar weiß sie, wohin sie will, aber noch nicht so genau, wie sie auf den Weg zum Kommunismus kommen kann. Leider hilft ihr dabei kein Navi. Deshalb will sie sich „auf den Weg machen und ausprobieren“. Dabei lässt sie sich auch gerne schon mal von der ehemaligen RAF-Terroristin Inge Viett beraten, die immer noch von einer „kämpferischen Praxis“ auf dem Weg zum Kommunismus faselt. Das sei nur deshalb in Erinnerung gerufen, weil Klaus Ernst jüngst auf seiner Alm eine neue Wählerschicht entdeckte: Er will sich dem „sozial denkenden, aufgeklärten Bürgertum stärker zuwenden“. In der vergangenen Woche hatten wir an dieser Stelle den Grünen-Trittin zitiert mit seiner Erkenntnis: „Ich kenne nur noch bürgerliche Parteien.“

Die kreative Lebensmittelindustrie hat einen neuen Begriff geprägt: Umfruchten. Dabei werden billige, massenhaft geerntete Moosbeeren mittels Presse zu Kirschen oder Himbeeren geformt und mittels Aromastoffen auf den entsprechenden Geschmack getrimmt. Offenbar ist jetzt das Bürgertum an der Reihe, umgefruchtet zu werden. Umgeformt und mit der passenden Geschmacksvariante versehen, erfreut sich der vielgeschmähte Bürger als Fruchtzweig einer Wiederentdeckung nach dem Motto: Erschrecken ist die erste Bürgerpflicht. Wenn so viele Geisterfahrer unterwegs sind, wird das nicht schwerfallen. Wenn Oskar Lafontaine dann noch dazu kommt, dann fällt das auch nicht weiter auf.

> Natürlich geht auch Brennelementesteuer ohne Brennelemente, siehe die Sektsteuer ohne des Kaisers Flotte

Der gute zu Guttenberg wird die Geister nicht los, die er rief. Ihm ergeht es wie weiland Goethes Zauberlehrling. Dem gelang es nicht, jenen alten Besen zu stoppen, den er mit einem Zauberspruch zum Zwecke der Arbeitserleichterung zu Leben erweckt hatte. Der alte Besen schöpfte Wasser und schleppte es heran, bis das Haus absoff; zu Guttenberg schöpfte Wissen ab, bis der Krug brach. Dafür musste er als Verteidigungsminister zurücktreten und gut wäre es gewesen. Ist es aber gar nicht, denn nun behaupten die gefoppten Professoren der Universität Bayreuth, der zu Guttenberg, der habe ganz bewusst abgeschrieben. Ja, was denn sonst? Wenn einer bei einer Klassenarbeit abschreibt und anschließend behauptet, das habe er nicht bewusst getan, das sei ihm einfach so ins Auge geflattert, setzt der auf einen Schwindel noch einen weiteren obendrauf. Freiherr von und zu Guttenberg jedenfalls setzt Anwälte in Marsch, damit die Professoren in Bayreuth nicht offiziell feststellen, der Freiherr habe gewusst, was er tat, als er sich mit fremden Federn schmückte. Ob er sich auch über die möglichen Schlussfolgerungen im Klaren ist, wenn festgestellt wird, er habe noch nicht einmal bewusst abgekupfert? Weil er nicht einmal wusste, worum es ging? Bei Goethe ist in diesem Fall kein Rat nachzuschlagen. Da konnte der Zauberlehrling in seiner Verzweiflung nach dem Meister rufen: „Herr, die Not ist groß, die ich rief, die Geister, werd ich nun nicht los!“ Und der Meister stoppt den aus dem Ruder gelaufenen Besen: „In die Ecke, Besen, Nesen! Seid's gewesen!“ Damit herrscht Ruhe. Bei den Professoren in Bayreuth klappt das mit diesem Spruch ganz bestimmt nicht. Zudem endet der Bannspruch bei Goethe so: „Denn als Geister ruft euch nur, zu seinem Zwecke erst hervor der alte Meister.“ Die alten Meister aber, die haben eine Professur in Bayreuth.

So einen schönen Bannspruch wünscht Umweltminister Norbert Röttgen sich ebenfalls. Ab in die Ecke, Besen, Nesen! Seid's gewesen, ihr Atommeiler. Weil das aber so nicht funktioniert, fordert er aktuell: Schluss mit der Laufzeitverlängerung für die deutschen Kernkraftwerke. Union und FDP müssten „klar sagen: Wir korrigieren unsere Beschlüsse vom vergangenen Herbst!“ Über Nacht heckte Norbert Röttgen mit Rainer Brüderle einen Sechs-Punkte-Plan aus, wie schon morgen aus jeder Steckdose nur noch erneuerbare Energie fließen kann. Mit Rainer Brüderle von der FDP! War das nicht der, der noch gestern den Kumpels von den Atommeilern versichert hatte, nichts werde so heiß gegessen, wie vor der Wahl gekocht? Wenn das mit der Wende in der Energiepolitik in diesem Tempo so weiter geht, dann entsteht eine Reibungshitze, die vorerst genügend Energie liefern dürfte, um nach vollständiger Abschaltung der Kernkraftwerke über die Runden zu kommen. Neue Verbündete strömen in Scharen zu, niemand will sich vorhalten lassen, nicht rechtzeitig auf den Gegenzug aufgesprungen zu sein. Nur die vier großen Atomkonzernen RWE, E.on, EnBW und Vattenfall, die wollen nicht abschalten, die schalten auf stur. Sie machen den Geldhahn zu, mit dem der Ökofonds für erneuerbare Energie gespeist werden soll. Wieso Brennelementesteuer zahlen ohne Brennelemente, fragen die Bosse von Brokdorf und Isar. Diese Bockigkeit empört im politischen Berlin. Schließlich wurde die Sektsteuer einst zur Finanzierung der kaiserlichen Flotte eingeführt – und nun haben wir weder einen Kaiser noch eine kaiserliche Flotte. Aber die Sektsteuer, die haben wir noch. Und den Solidaritätszuschlag, den haben wir auch noch, obgleich 20 Jahre nach der Wiedervereinigung von der Solidarität nur noch der Zuschlag geblieben ist. Merke: Eine glücklich eingeführte Steuer braucht keinen erklärten Verwendungszweck. Deshalb braucht eine Brennelementesteuer auch keine Brennelemente. Wer das heute noch nicht versteht, der wird es auch nicht mehr lernen.

Falls es jemanden gibt, dem diese Logik dauerhaft verschlossen bleibt, macht das auch nichts. In der Panik, die Fukushima hierzulande auslöst, wird alles und jedes verdächtig, was auch nur in die Nähe der Kernkraft zu rücken ist. Zum Beispiel die Suche nach 2285 radioaktiven Kugeln, die angeblich aus den Forschungsreaktor Jülich verschwunden waren. Fieberhaft wurde von der rot-grünen Regierung in Düsseldorf nach dem Verbleib der Kugeln gesucht, die exakt dort lagerten, wo sie nach den Unterlagen der Forschungsanstalt auch sein sollten, nämlich in der Anlage selbst. Soviel Ordnung ist im Prinzip zwar lobenswert, aber so gar nicht im Sinne der Programmierer auf der Geisterbahn. Da fehlt der Gruseleffekt. Weil man den aber braucht und gegenwärtig grundsätzlich jedem zu misstrauen ist, der irgendwie irgendwas mit Kernkraft zu tun hat, wurde von nordrhein-westfälischen Antiatom-Politikern weiter nach etwas gesucht, was gar nicht verschwunden war. Damit es dem verängstigten Publikum auf der Geisterbahn so richtig schön gruslig werden konnte, rechnete ein grüner Experte flugs vor, wie viele schmutzige Bomben aus dem verschwundenen Uran samt Thorium zu basteln seien. Doch letztendlich wurde aus der Bastelstunde nichts, weil im Kernforschungszentrum Jülich nichts abhanden gekommen war. Aber es hätte ja sein können, sagen die Antiatom-Experten, schon das allein beweise nachdrücklich und unbestreitbar, wie gefährlich die Atomspalterei sei.

Hans Heckel ist im Urlaub.

MEINUNGEN

Donald Rumsfeld, Ex-US-Verteidigungsminister unter Ex-Präsident George W. Bush, wundert sich im „Spiegel“ vom 4. April über das Libyen-Engagement seines Landes:

„Aber ich frage mich natürlich, was ist wirklich wichtig für uns in der Region. Da sehe ich zunächst Iran, wo die Menschen nach Freiheit streben und unterdrückt werden. Syrien ist ein ähnlicher Fall. Beide Staaten unterstützten die Hisbollah und andere Terrorgruppen. Sie schaden uns in Afghanistan und haben uns im Irak schwer geschadet. Ich denke auch an Ägypten und Saudi-Arabien, sehr wichtige Nationen. Stattdessen engagieren wir uns jetzt in Libyen.“

Die in Berlin lebende Halbtürkin und Schauspielerin ***Jasmin Gerat*** *wundert sich in der „TV-Movie“ über den* ***Kontrast Istanbul/Berlin:***

„Ich bin aus allen Wolken gefallen, als ich die modernen Frauen und Männer in Istanbul gesehen habe. Das Gegenteil von Berlin-Kreuzberg.“

„Focus“-Redakteur Alexander Wendt hält die ***Islamkonferenz*** *für unnötig:*

„Niemand braucht diese sinnentkernte Islamkonferenz. Die deutschen Muslime sollten ... die Frage klären, welcher Islam zu einem säkularen Deutschland passt. Ein Islam, der an den Strafen der Scharia festhält, kann es jedenfalls nicht sein. Nur: Diese Debatte müssen die Muslime untereinander führen. Die Schnittchenteller des Innenministers brauchen sie dafür nicht.“

Verwirrfahrten

Manche Seefahrt ist nicht lustig
und nicht wie im Liede schön,
sondern ausgesprochen frustig,
ja geradezu obszön.

Denn nicht alle überleben,
und der Schlepper, der das weiß,
der kassiert im voraus eben
seinen überhohen Preis.

Wer geschleppt wird solcherweise,
steigt ins Boot als Emigrant,
wird zum Flüchtling auf der Reise
und kommt an als Asylant!

Doch die wundersame Wandlung
ist Etappe nur, nicht Ziel,
weiter nämlich geht die Handlung
wie beim Pyramidenspiel:

Prompt erhebt sich ein Gewinsel:
Viel zu viele sind schon da!
Selber schuld, denn eure Insel
liegt zu nah an Afrika!

Aber Silvio, dem frommen,
kam die rettende Idee:
Er bringt alle, die gekommen,
auf das Festland stantepe.

Da auch dort die Leute maulen
und da Lager nicht human,
stellt er, um nicht zu vergraulen,
einfach Visa aus spontan!

Dass jetzt anderswo man quengelt,
ist Theaterdonner bloß,
denn Europa ist verschengelt,
führungs-, hirn- und grenzenlos.

Doch es predigen die Guten,
denen das zu danken ist,
uns, die laufend dafür bluten:
Wer sich wehrt, ist ein Rassist!

Größten Anspruch hat auf Bleibe,
wer für andersrum optiert,
und ich wett', indes ich's schreibe,
drunten hat man's längst kapiert ...

Pannonicus